Nr. 347 ♦ 42. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 178

Morgenausgabe

10 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,– Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" mit „Siedlung und Kleingarten" sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen" und Frauenbeilage „Frauenstimme" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,– Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion Dönhoff 292–295 Verlag: Dönhoff 2506–2507

Sonnabend, den 25. Juli 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Das Volk wehrt sich!

Die Berliner Massenkundgebung gegen Zoll- und Mietswucher.

Am Brandenburger Tor, am einen Ende der Linden, tagt der Reichstag. Er beriet gestern nicht die großen Wirtschafts- und Steuergesetze, zu deren Durchpeitschung er noch versammelt ist. In aller Eile erledigte er das Personalabbaugesetz und begann die Beratung der Amnestievorlage. Die Parteien, die durch ihre Zoll- und Steuerpolitik dem werktätigen Volke schwere Lasten auferlegen wollen, beschlossen gestern in aller Eile ein Ausnahmegesetz gegen die verheirateten Beamtinnen. Ein kleines Unrecht — so könnte man sagen — gegenüber dem gewaltigen Unrecht, das die Zollvorlage der Regierung und der Rechtsparteien gegen das ganze Volk bedeutet. Aber Unrecht bleibt Unrecht, und die Parteien der Mehrheit des Reichstags häufen Unrecht auf Unrecht.

Zur selben Stunde vollzog sich am anderen Ende der Linden, im Lustgarten, der Aufmarsch der Demonstranten gegen Zollwucher und Lebensmittelteuerung. In allen Zugangsstraßen marschierten die Züge der Arbeiter, die dem Rufe der Berliner Arbeiterorganisationen gefolgt waren. Rot und schwarzrotgold leuchteten die Fahnen in den Straßen und wogten im Lustgarten. Im Lustgarten versammelten sich die Vertreter der Massen, die von den Zollplänen und Steuerplänen der Mehrheit des Reichstags bedroht werden, zum Protest. Zum Protest dagegen, daß diese Mehrarbeit über ihr Wohl und Wehe hinwegschreitet — ohne Verständnis für die bange Sorge, die das werktätige Volk quält, wenn es sich überlegt, wie es werden soll, wenn die Pläne der Zollparteien Gesetz werden.

Durch die Straßen marschierten nach Arbeitsschluß die Züge der Demonstranten. Die Kampflieder der Arbeiterschaft erklangen, die Fahnen leuchteten. Dieser Marsch zur Demonstration im Lustgarten war eine ernste Mahnung an die gesamte Bevölkerung, an alle, die sich in den Straßen und Straßenbahnen drängten, während die Demonstranten zum Lustgarten marschierten. Dieser Marsch zur Demonstration rief ihnen zu: um euch und um euer Geschick, um euer und eurer Kinder Wohl und Wehe handelt es sich! Es gilt den Mehrheitsparteien des Reichstages zu zeigen, daß ihr euch nicht willenlos unterwerfen wollt, wenn sie Elend und Leiden über die Massen des werktätigen Volkes verhängen wollen. Wir demonstrieren, wir marschieren, nicht nur für uns, für euch, für euch und eure Kinder, für die wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes! Wir marschieren — warum seid ihr nicht dabei? Warum marschiert ihr nicht mit uns, warum erhebt ihr nicht eure Stimme mit uns?

Im Lustgarten strömten die Demonstranten zusammen, wohl an Hunderttausend. Trotz der fürchterlich drückenden Hitze kamen sie — in stundenlangen Märschen. Berlin hat gewaltigere Demonstrationen gesehen, erregtere Massen — und doch war diese Demonstration, die viele Fahnen, viele anklagende Schilder und Plakate mitführte, eine eindrucksvolle Kundgebung, eine ernste politische Demonstration gegen das Schwere, das auf die Schultern der Massen gelegt werden soll. Ueber der Demonstration die roten Fahnen — das Symbol der kämpfenden Arbeiterschaft, die sich nicht unterwirft, wenn sie niedergedrückt werden soll, die sich ihrer politischen Bedeutung, ihrer Kraft und ihres Willens bewußt ist!

Die Mehrheitsparteien des Reichstages mögen ihre Augen vor den demonstrierenden Massen des werktätigen Volkes verschließen, sie mögen auf ihre zahlenmäßige Mehrheit im Parlament pochen — die Massen des werktätigen Volkes sind da! Ihr Wille, ihre Empörung ist nicht minder ein politischer Faktor, wie der Wille der Interessenorganisationen, des Reichslandbundes, des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die der Regierung ihren Willen diktiert haben und durch die ihnen gefügigen Parteien ihren Willen im Parlament zum Gesetz erheben. Die Vertreter der Massen des werktätigen Volkes haben ihnen gestern im Lustgarten ihren Protest in die Ohren geschrien. Sie werden den Kampf gegen die Wucherpläne der Reichstagsmehrheit fortsetzen. Er wird nicht zu Ende sein mit der Annahme der Zollgesetze und Steuergesetze im Reichstag — er wird fortgesetzt werden, mit dem Stimmzettel bei kommenden Entscheidungen nach den Vorschriften der demokratischen Verfassung, in den großen Lohnkämpfen, die nach der Annahme solcher Gesetze die Arbeiterschaft führen muß, wenn sie nicht zu Boden sinken will.

Die Fahnen der demonstrierenden Arbeiterschaft wehten gestern im Lustgarten. Zu ihnen sprachen die Redner der Sozialdemokratie, die Massenpartei der Arbeiterschaft. Die Entschließung, die den Demonstranten von den Arbeiterorganisationen vorgelegt wurde, der sie einmütig zustimmten, ist flammender Protest gegen kommende Teuerung und gegen kommende Not. Die Massen wissen, daß Teuerung und Not nichts Unabwendbares sind, das getragen werden muß. Sie kennen die Interessen und Gruppen und Parteien, die sie ihnen des eigenen Vorteiles willen auferlegen wollen. Gegen sie richtet sich die Empörung, der Protest, ihnen gilt der Kampf.

Diese Demonstration war Aufruf und Auftakt zum Kampf, ein Kampfruf an alle, die es angeht, die von den Zoll- und Steuerplänen der Reichsregierung bedroht werden, eine Mahnung an die Mehrheitsparteien des Reichstages, die Unrecht auf Unrecht häufen wollen. Sie sind nicht unabhängig vom Willen des Volkes, und das Volk wird über das Unrecht richten!

Die Protestentschließung der Demonstranten.

Der Ortsausschuß Berlin des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, das Ortskartell Berlin der Afa, der Ortsausschuß Berlin des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes und der Bezirksverband Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei schlugen den Demonstranten die Annahme folgender Entschließung vor:

„Die am 24. Juli im Lustgarten versammelten Massen des werktätigen Volkes von Berlin haben mit Empörung von den Zollplänen der Mehrheitsparteien des Reichstags Kenntnis genommen.

Der sogenannte lückenlose Zolltarif, der alle Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland mit hohen Abgaben belegt, muß die jetzt schon vorhandene allgemeine Teuerung bis ins Unerträgliche steigern. Breite Volksmassen, die jetzt schon nicht mehr imstande sind, die Ausgaben für den notwendigsten Lebensunterhalt zu erschwingen, werden dadurch ins Elend gestoßen und der Verzweiflung überantwortet.

Während Löhne und Gehälter in Deutschland niedriger sind als in irgendeinem anderen Industrielande der Welt, sollen die Lebensmittelpreise künstlich über den Weltmarktpreis erhöht werden. Verteuerung der Produktion, Rückgang des Exports, Verminderung der Arbeitsgelegenheit sind die unausbleiblichen Folgen.

Zugleich mit der Steigerung der Lebensmittelpreise soll durch die Gesetzgebung des Reichs eine Erhöhung der Wohnungsmieten bis zur Friedenshöhe und darüber hinaus herbeigeführt werden. Die katastrophale Wirkung der geplanten gesetzlichen Maßnahmen wird dadurch ins unermeßliche gesteigert.

Die Versammelten erheben gegen diese Pläne, die nur der Bereicherung einer Minderheit dienen, aber allen Gesetzen einer vernünftigen Wirtschaftspolitik und allen Geboten der Menschlichkeit Hohn sprechen, schärfsten Protest.

Sie geloben, im Kampf gegen sie zusammenzustehen und ihre gewerkschaftlichen und politischen Abwehrorganisationen zu stärken. Nur durch Einigkeit kann das schaffende Volk die Macht gewinnen, alle Anschläge auf sein Lebensrecht siegreich zurückzuweisen.

An die Mehrheitsparteien des Reichstags richten die versammelten Massen einen Ruf dringender Warnung. Durch ihr Verhalten treten sie die Interessen von Millionen und aber Millionen ihrer eigenen Wähler mit Füßen, beschwören sie die Gefahr wirtschaftlichen Ruins für Ungezählte und schärfster Klassenkämpfe herauf. Mögen sie sich dessen bewußt sein, daß das Volk sie für ihre Handlungen zur Verantwortung ziehen wird!"

Nach den kurzen Ansprachen der Redner der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie erhoben sich die Fäuste der versammelten Massen für diese Entschließung — ein kraftvoller Ausdruck des Protests, ein Gelöbnis zum Kampf.

England für eine Ententekonferenz.

Um die Antwort an Deutschland zu beraten.

London, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß die englische Regierung nicht einen schriftlichen, sondern einen mündlichen Gedankenaustausch innerhalb der Entente über den Inhalt der deutschen Note und die Beantwortung wünscht. Es soll sich vor allem um eine Auseinandersetzung der juristischen Sachverständigen in den einzelnen Außenministerien handeln, da sowohl die Note Briands als auch die deutsche Antwort starke juristische Basis haben. Man spricht sogar davon, daß die Juristen u. a. auch einen vorläufigen Entwurf für den Pakt und für die Schiedsgerichtsverträge aufstellen, der den Ausgangspunkt für später zu veranstaltende mündliche Unterhaltungen der Außenminister bilden könne.

Auch eine Einheitsfront! Ein merkwürdiges Wahlbündnis ist für die Nachwahlen in den Kantonen Straßburg-Ost, Straßburg-West und Schiltigheim, wo überall der sozialistische Kandidat an der Spitze steht, zustande gekommen. In Straßburg-Ost und Schiltigheim unterstützen nämlich die nationalistischen Klerikalen die Kommunisten, in Straßburg-West die Kommunisten die Klerikalen. Für beide Gruppen kommt es nur darauf an, den sozialistischen Abgeordneten Weill zu Fall zu bringen.

Ottilie Baader.

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag entschlief im Alter von 78 Jahren still und friedlich Ottilie Baader. Damit endete ein arbeitsreiches Frauenleben, das sich im Dienste des Sozialismus und der Frauenbewegung erschöpft hatte.

Ottilie Baader wurde am 30. Mai 1847 zu Frankfurt a. d. O. geboren. Selbst erzählte sie uns, in wie dürftigen Verhältnissen sie aufgewachsen sei. Die letzten freundlichen Lichtblicke ihrer Kinderzeit datierte sie vor ihr siebentes Lebensjahr zurück. Ihre Mutter starb früh. Von ihrem Vater, der eine bessere Schule hatte besuchen können, aber nicht Gelegenheit fand, seine Kenntnisse für die Existenz seiner Familie zu verwerten, lernte sie lesen und schreiben. Nur 3 Jahre, von ihrem 10. bis 13. Jahre war es ihr vergönnt, die Volksschule in Frankfurt a. d. O. zu besuchen. Nach dem Tode der Mutter entbehrten die Geschwister, von denen sie die zweitälteste war, jeder weiblichen Fürsorge, da der sehr geringe Verdienst es dem Vater nicht gestattete, sich Hilfe ins Haus zu nehmen.

Für das herangewachsene Mädchen begann eine Zeit schwerster Sorgen und Mühen bei geringem Verdienst. Sie erlebte in ihrem Existenzkampf die Einführung der Nähmaschine, lernte den Einfluß dieser technischen Errungenschaft auf das Wirtschaftsleben und ganz besonders auf die Existenz der Frauen kennen und erlebte nach den Erfahrungen, die sie bei der Fabrikarbeit machte, auch das bittere Los der Heimarbeit als Wäschenäherin. Anschaulich plauderte sie oft von den ganz spontanen Lohnkämpfen während des Krieges 1870/71 und den wirtschaftlichen und politischen Erfahrungen der damaligen Zeit. Sie gehörte dann nach dem Krieg eine Zeitlang dem Arbeiterinnenverein von Lina Morgenstern an und sagte selbst von sich, daß sie damals noch nichts vom Sozialismus wußte. Einen sehr starken Eindruck hatte aber auf Ottilie Baader Bebels Buch „Die Frau und der Sozialismus" gemacht, das sie neben anderen Schriften mit ihrem Vater gemeinsam gelesen hat. Die damals lebenden Vorkämpferinnen der Arbeiterinnenbewegung zwangen ihr volle Achtung und Bewunderung ab. Der Vater Ottilie Baaders sah es als selbstverständlich an, stets gemeinsam mit seiner Tochter die Versammlungen der Arbeiter zu besuchen. Neben der väterlichen Güte war das auch der Egoismus des Aelteren, und wurde von Ottilie so empfunden. Wenn er nicht das Bedürfnis empfand, in die Versamlung zu gehen, so glaubte er auch das Interesse bei seiner Tochter nicht vorhanden. Je mehr sich aber Ottilie eine eigene Meinung bildete, empfand sie die väterliche Bevormundung als einen Druck. Von diesem Bewußtsein bis zur inneren persönlichen Freiheit war nur noch ein Schritt. Die erste Versammlung, in die sie allein ging, war von den Schäftearbeitern einberufen. Ein Vertreter der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine trat als Redner auf. Er fand aber durchaus nicht den Beifall der anwesenden Frauen und einer raschen Eingebung folgend trat ihm Ottilie Baader entgegen. Sie erntete von der Vorsitzenden der Versammlung den Ausspruch: „Die Frau, die jetzt gesprochen hat, hat das einzig Vernünftige vorgebracht, was zu dieser Sache zu sagen ist."

In der Folge wird Ottilie Baader an allen Versammlungseinberufungen der Frauen beteiligt, die damals während des Sozialistengesetzes und nachher notwendig waren, wenn die Frauen der Arbeiterkreise überhaupt die Möglichkeit haben wollten, sich mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage und mit dem Sozialismus zu beschäftigen. Damit stand sie mitten in der Frauenbewegung und im persönlichen Verkehr mit Frauen wie Emma Ihrer, Agnes Wabnitz, Pauline Staegemann u. a., war beteiligt an dem erbitterten Kampf, den die Frauen in der damaligen Zeit auszufechten hatten. Daß sie sich leidenschaftlich für die Ziele der Sozialdemokratischen Partei interessierte, war bei Ottilie Baader selbstverständlich. Ihre jederzeit klare und sachliche Einstellung, ihre einfache menschliche Art erwarben ihr das Vertrauen weiter Frauenkreise und so war es kein Wunder, daß sie im Jahre 1899 Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands wurde.

Mittlerweile hatten sich die politisch interessierten Frauen in Frauenagitationskommissionen, Frauen- und Mädchenbildungsvereinen, in Arbeiterinnenvereinen, verschiedenster Art organisiert. Sie kämpften zähe gegen polizeiliche Auflösung und Schikane. Nur gegen das System der einzelnen Vertrauenspersonen war die Polizei machtlos.

Ottilie Baader ist bis 1908, bis zum Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes, auf diesem Posten als Zentralvertrauensperson der Genossinnen geblieben. Man muß ihre Lebenserinnerungen lesen und die alten Bände der „Gleichheit" nachschlagen, um zu erkennen, wie stark diese bescheidene und zurückhaltende Frau auf ihrem Posten für die Frauen gewirkt hat. Die soziale Lage der Arbeiterin, wie sie hervorgeht aus der Berufsarbeit in Verbindung mit der Mutterschaft, die karge Entlohnung der Frau, ihre Rechtlosig-

keit, nötigten sie immer wieder und wieder im Verein mit ihren Gesinnungsgenossinnen nach neuen Wegen zu suchen, um zu helfen und um die Entwicklung vorwärts zu treiben.

Wer Ottilie Baader persönlich kannte, der weiß auch, daß zu der Ausübung der Stellung, auf die sie durch das Vertrauen der Genossinnen gekommen war, hohe menschliche Qualitäten gehörten. Anspruchslos und bescheiden in ihrem Auftreten, war Ottilie Baader ein kluger, klar blickender und fleißiger Mensch, daneben aber auch eine Frau mit starken mütterlichen Eigenschaften, die in ihrer Arbeit und in ihrem Verkehr mit den Genossinnen zum Ausdruck kamen und Früchte trugen. Sie war in ihrer ganzen Art ein in höherem Sinne religiöser Mensch, der im Wissen vom Sozialismus und im Glauben daran seine Kraft fand.

Ottilie Baader war bis in ihr ziemlich hohes Alter hinein unverheiratet. Erst spät hatte sie ein kurzes Frauenglück gefunden. Der Mann, mit dem sie sich verband, wurde ihr durch ein tückisches Leiden sehr bald wieder genommen. Sie mußte einen Teil der Kriegszeit und in der Folge ihren Weg wieder allein gehen. Aber immer hatte sie etwas, wofür sie mütterlich sorgen mußte. Das war ihres Lebens stärkstes Bedürfnis.

Ihre Anteilnahme und ihr Interesse an der Parteibewegung blieb lebendig bis in die letzten Tage ihres Daseins. Trotzdem sie schon lange sehr leidend war, hat sie auch während der Wahlbewegung für die Präsidentenwahl noch regelmäßig die Wählerversammlungen besucht. In den Frauenversammlungen und Zusammenkünften der Funktionärinnen war sie ebenfalls bis in die letzte Zeit ständiger Gast. Sie hat trotz allem Schweren, das sie erfahren, gern gelebt. Sie hoffte auch in diesem Sommer noch Erholung von ihrem schweren Leiden zu finden und suchte deshalb einen kleinen märkischen Ort an der Oder auf, wo sie abseits vom Großstadtgetriebe wieder zu gesunden hoffte. Diese Hoffnung sollte sich nicht erfüllen.

Wir verlieren in Ottilie Baader eine Genossin, die ihr ganzes Leben der Arbeiter- und Frauenbewegung widmete. Ueber ihren Tod hinaus werden die Worte nachklingen, die sie als Fünfundsiebzigjährige den Frauen in ihren Lebenserinnerungen zurief:

„Haltet die Rechte, die euch die neue Zeit gebracht hat, fest und gebraucht sie wie eine heilige Pflicht für die Zukunft, für den Sozialismus!"

Die Rechte der Beamtin.

Die Mehrheitsparteien gegen Frauenrecht.

Der Reichstag hat gestern die Novelle zur Personalabbauverordnung verabschiedet. Diese Novelle enthielt eine Bestimmung, die entgegen den Vorschriften der Reichsverfassung eine unterschiedliche Behandlung der weiblichen und der männlichen Beamten vorsieht. Weibliche verheiratete Beamte sollten nach dieser Bestimmung abgebaut werden. In der zweiten Lesung des Gesetzes gelang es der Sozialdemokratie mit Hilfe der weiblichen Abgeordneten aus den bürgerlichen Parteien, diese Bestimmung zu Fall zu bringen.

Die Regierung erhob gegen diesen Beschluß Einspruch und verlangte die Wiederherstellung dieser Bestimmung. In den bürgerlichen Fraktionen, besonders beim Zentrum und den Deutschnationalen wurde ein starker Terror auf die weiblichen Fraktionsmitglieder ausgeübt. Sie wurden aufgefordert, entgegen ihrer Ueberzeugung und entgegen ihrem ihren weiblichen Berufsorganisationen gegebenen Versprechungen sich dem Fraktionszwang zu fügen.

Bei der dritten Lesung setzten die Mehrheitsparteien ihren Willen durch. Die Bestimmung, die nicht nur eine Verletzung der Frauenrechte, sondern auch der Verfassung darstellt, wurde wieder aufgenommen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, für die Frau Pfülf auf das undemokratische und reaktionäre dieses Beschlusses hinwies, erhob den Einwand, daß diese Bestimmung eine Verfassungsänderung darstelle. Da eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit für diese frauenfeindliche Bestimmung nicht zustande gekommen war, wird nun zunächst geprüft werden müssen, ob eine Verfassungsänderung vorliegt.

Die Mehrheitsparteien des Reichstages haben auch auf dem Gebiet dmer Frauenrechte ihre reaktionäre Gesinnung gezeigt.

Warum die Aufregung?

Stresemann darüber entrüstet, daß man ihm vernünftige Gedanken unterstellt.

Die Stresemann-offiziöse „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz" schreibt:

Der „Fränkische Kurier" läßt sich gestern aus Genf melden, dort werde von Leuten, die unmittelbar aus Paris kommen und nach ihren ganzen Beziehungen als wohlunterrichtet gelten könnten, hartnäckig die Behauptung vertreten, von gewissen Stellen der deutschen Reichsregierung und in diesem Falle besonders vom Reichsminister Dr. Stresemann seien unter der Hand in Paris in der Zwischenzeit Versicherungen gegeben worden, daß die deutsche Reichsregierung bis zum September hoffe, den Sicherheitspakt unter allen Umständen durchzusetzen und außerdem sich bereit finde, auch ohne die notwendigen Voraussetzungen, wie sie bisher in den deutschen Forderungen enthalten waren, in den Völkerbund einzutreten.

Der Standpunkt der Reichsregierung zu dieser Frage dürfte nachgerade bekannt sein. Er steht in schroffem Gegensatz zu der vorstehend erwähnten Behauptung, und der Reichsaußenminister so wenig, wie irgend ein anderes Mitglied des Kabinetts hat irgendwo „unter der Hand" Versicherungen abgegeben, die sich im Gegensatz zu der öffentlichen Regierungserklärung befinden. Die Meldung, die offenbar geeignet ist, neuerdings Mißtrauen im Innern zu säen, dürfte unter dem Einfluß der auch in Genf herrschenden Hitze entstanden sein.

Auch dieses erregte Dementi dürfte unter dem Einfluß der Hitze entstanden sein. Die Vermutung, daß Botschafter von Hoesch bei seiner Unterredung mit Briand eine andere Sprache geführt hat, als die Herren Luther und Stresemann bei ihren Verhandlungen mit den Deutschnationalen, ist gar nicht so abwegig. Man ist vielmehr in Berliner politischen Kreisen überzeugt, daß die mündlichen Kommentare, die der deutsche Botschafter bei der Ueberreichung der Note gegeben hat, wesentlich dazu beigetragen haben, den ersten sehr günstigen Eindruck des Quai d'Orsay zu erzeugen. Ist es wirklich so empörend, daß man die Meinung in Paris und Genf vertreten wird, Deutschland hoffe auf baldigen Abschluß des Sicherheitspaktes und werde sich die Erreichung dieses Zieles nicht durch ein starres Festhalten an mehr formalistischen Bedenken über den Artikel 16 des Völkerbundsstatuts verbauen lassen?

Aber der „Fränkische Kurier" ist ein stramm deutschnationales Blatt bayerischer Couleur. Und da klappt der mutige Stresemann sofort zusammen. Mit lauter Entrüstung protestiert er dagegen, daß man ihm, wenn auch in etwas schroffer Form, Handlungen und Absichten unterstellt, die ausnahmsweise mutig und vernünftig wären.

Optimismus in Völkerbundkreisen.

Fährt Stresemann nach Genf?

Genf, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In hiesigen Völkerbundkreisen erwartet man erfolgreiche Verhandlungen mit der Wahrscheinlichkeit, daß Stresemann im September in Genf mit Briand, Chamberlain und Vandervelde in einer nichtoffiziellen Konferenz zusammentrifft. Ferner wird angenommen, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in den nächsten Monaten auf einer Sonderkonferenz erfolgt, die im Anschluß an eine internationale Abrüstungs- und Sicherheitskonferenz einzuberufen wäre.

Das „Blutbad" von gestern.

So machen sie „Einheitsfront"!

Die „Rote Fahne" erzählte gestern morgen vom Empfang einer kommunistischen Delegation im Gewerkschaftshaus das Folgende:

Die Delegation wurde im Gewerkschaftshaus, Zimmer 23, empfangen. Als sie verlangten, daß auch kommunistische Redner im Lustgarten zugelassen werden sollen, wurden sie angeschrien: „Wollt ihr ein Bludbad? Wenn ein kommunistischer Redner im Lustgarten zu sprechen versuchen sollte, wird Blut fließen, wir haben schon alles vorbereitet."

Jeder denkende Leser erkennt von selbst, daß es sich bei der geschilderten Unterredung um nichts anderes gehandelt hat als darum, vor den verhängnisvollen Folgen, die eine Störung der gestrigen Kundgebung haben könnte, zu warnen. Das kommunistische Blatt aber erzählt seinen Lesern, die Gewerkschaften hätten schon „alles vorbereitet", um ein Blutbad anzurichten!

Durch solche verbrecherischen Lügen versuchte das kommunistische Blatt seine Leser gegen die Veranstalter einer Kundgebung aufzuhetzen, zu deren Besuch es aufforderte!

So machen sie „Einheitsfront"!

Der Finanzausgleich.

Die Regierungsparteien gegen die Länder.

Der Steuerausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Freitag nochmals mit der Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei will auch die Versorgungsbetriebe zur Körperschaftssteuer heranziehen und außerdem die Abgabe von Gas und Elektrizität umsatzsteuerpflichtig machen. Ein demokratischer Antrag geht in der gleichen Richtung, will aber den Ertrag dieser Steuern den Gemeinden wieder zuleiten. Staatssekretär Popitz bekämpft alle Abänderungsanträge. Die Regierungsvorlage beruhe auf einem Kompromiß mit dem Reichsrat, das man nicht gefährden dürfe. Abg. Dr. Hertz (Soz.) empfiehlt den Antrag, gemischtwirtschaftliche Betriebe soweit frei zu lassen, als öffentliches Kapital dabei beteiligt ist. Die weitergehenden sozialdemokratischen Anträge, die auch die Befreiung aller öffentlichen Kreditinstitute, insbesondere der Sparkassen, wünschen, würden im Plenum gestellt werden. Da in der Abstimmung alle Anträge abgelehnt werden, bleibt es bei den Bestimmungen der Regierungsvorlage.

Der Ausschuß trat sodann in die Beratung des **Finanzausgleichgesetzes** ein. Staatssekretär **Popitz** erklärte, daß die Reichsregierung an der Regelung, wie sie in der ersten Lesung beschlossen ist, unbedingt festhalte. Um den Ländern und Gemeinden entgegenzukommen, wolle die Reichsregierung die Umsatzsteueranteile nach dem geschätzten Aufkommen von 1500 Millionen Reichsmark garantieren. Bezüglich der „Kontrollparagraphen" erklärte er, der Reichsregierung läge jede Kontrollabsicht fern, es handele sich nur um Finanzstatistik, die für die endgültige Regelung des Finanzausgleichs unerläßlich sei. Abg. Dr. **Horlacher** (Bayr. Vp.) gab nach längeren Ausführungen die Erklärung ab, daß er sich in diesem Stadium noch der Stimme enthalten werde. Die Bayerische Volkspartei wünsche aber, daß vor der Beratung im Plenum noch Einigungsverhandlungen zwischen der Regierung und dem Reichsrat stattfänden.

Der preußische Finanzminister **Höpker-Aschoff** bezifferte das Defizit Preußens nach der Ermäßigung der Beteiligungsquote auf etwa 550 Millionen Reichsmark. Demgegenüber wies Reichsfinanzminister von **Schlieben** darauf hin, daß das Reich vor allen Dingen für die im Londoner Abkommen übernommenen Verpflichtungen sorgen müsse. Deshalb könne man den Ländern nicht mehr zugestehen. Abg. **Keinath** (D. Vp.) unterstützte den Reichsfinanzminister. Die Regierungsparteien hätten sich die größte Mühe gegeben, Ländern und Gemeinden entgegenzukommen. Diese Grenze aber sei jetzt erreicht. Die von den Regierungsparteien vorliegenden Anträge stellten das Höchstmaß an Zugeständnissen dar. Die Beratungen wurden auf Sonnabend vertagt.

Theaterpläne.

Wenn im Sommer sich die Natur ihren Blütenschmuck anlegt, dann erblühen in der Phantasie gewisser „Fachleute" auch alljährlich die herrlichsten Theaterpläne; nicht bloß so herkömmliche Projekte, irgendwo einen neuen Laden mit Operetten- und Schwankvorstellungen aufzumachen, sondern vor allem auch großartige Ideen von Kulturtheatern ganz aparter Art, mit organisierter Besucherschaft als Unterbau usw. Die Volksbühne hat hier ein so schönes Beispiel gegeben. . . . Aber pfui Teufel, Volksbühne! Man könnte es doch noch viel besser machen! In lächerlicher Verblendung geht die Volksbühne ja immer an gewissen Genies und an gewissen „nationalen" Tendenzen vorbei. Und doch kommt es darauf an, diese in den Vordergrund zu stellen. Also: Nieder die Volksbühne! Es leben die neuen Pläne!

Der heurige Sommer hat unseres Wissens bisher „nur" zwei Projekte der hier gekennzeichneten Art zur Blüte gebracht; dafür werden sie aber mit um so größerer Inbrunst gepflegt.

Das eine will eine Theatergemeinde sammeln, um auf ihrem Rücken das leider von Pleite zu Pleite taumelnde Thaliatheater unter dem schönen, wenn auch nicht gerade sehr originellen Namen „Neues Volkstheater" zu einer Pflegestätte neuer Bühnenkultur zu machen. In der ersten Zusammenkunft, in der einer breiteren Schar geladener Gäste dieser Plan enthüllt wurde, trat als Künder der neuen Bühnenkultur ein merkwürdiges Doppelgespann auf: ein immerhin recht angesehener Autor vielgespielter Stücke, der in dem Ruf einer linksgerichteten sehr radikalen Gesinnung steht, und ein Regisseur, der für sich die Besonderheit einer „arischen Regiekunst" in Anspruch nimmt. Inzwischen munkelt man, daß diese „arische" Größe schon wieder ausgeschifft und daß dafür ein anderer Bühnenmann an Bord genommen sei. Es gibt ja auch so viele, die gerne in Berlin ein Theater haben möchten! In jedem Fall darf man nach den Ankündigungen, die in der ersten Zusammenkunft gemacht wurden, ohne weiteres annehmen, daß das Ei des Kolumbus mit dem neuen „Neuen Volkstheater" endgültig gefunden ist. Die Volksbühne wird glatt geschlagen — durch den Spielplan, den dieses neue Unternehmen bringen wird, wie durch die Eintrittspreise, mit denen es auszukommen gedenkt. Man wird unendlich viel Besseres bringen, und die Preise der Plätze werden sich zwischen 90 Pf. und 3 M. bewegen (das ekelhafte demokratische Prinzip des Einheitsbeitrages bei Auslosung der Plätze, das die Volksbühne hat, wird natürlich abgeschafft). Das 2000 Plätze fassende Theater am Bülowplatz braucht für seine Leistungen eine Tageseinnahme von nahezu 3000 M., die Künstler des neu lackierten Thaliatheaters mit seinen 1200 Plätzen machen es mit einer Tageseinnahme von 1600 oder 1800 M. (sofern das Haus restlos besetzt ist!!) Mein Herz, was willst du noch mehr?

Die Massen werden natürlich strömen, um der angekündigten Wunderdarbietungen im „Neuen Volkstheater" teilhaftig zu werden. Der erste Versuch, die großen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu gewinnen — man hatte sie zu der „Gründungsversammlung" sorgfältigst alle geladen — hatte zwar zunächst ein etwas klägliches Ergebnis: die meisten hatten gar keine Vertreter geschickt, die von einigen anderen entsandten, zeigten großenteils eine kühle Schulter. Aber du lieber Gott! das Gute wird sich schon Bahn brechen, und es wird eine Kleinigkeit sein, die 30 000 Menschen zusammenzubringen, die sich verpflichten, allmonatlich einmal das neue „Neue Volkstheater" zu besuchen, — sofern es überhaupt anfängt zu spielen, und solange es spielt.

Dieses Projekt unternehmungslustiger Regisseure und Stückeschreiber ist aber noch gar nichts gegen das zweite, für das z. Z. die Werbetrommel gerührt wird. Es kündet sich mit dem pompösen Namen „Nationalbühne" an, und unter dem Aufruf, der dafür wirbt, stehen mehr als drei Dutzend klangvollster Namen. Zwei Prinzen von Lippe, Durchlaucht, der vaterländische Graf v. d. Goltz, dazu noch ein Graf sowie eine Gräfin, Exzellenz von Loebell, der frühere Staatsminister, fünf hohe Militärs im Range zwischen Oberst und General der Infanterie, Exzellenz, ein Fähnlein evangelischer Pfarrer, mit den Herren Traub und Hofprediger Doehring an der Spitze, ganze Rudel von Räten, Geheimräten und Wirkl. Geheimräten, Bürgermeistern, Professoren, Generaldirektoren, Syndici usw.

Merkst du etwas, lieber Leser? Diese Nationalbühne soll nicht etwa eine Bühne sein, die im letzten Sinne der ganzen Nation dient, diese Nationalbühne soll vielmehr im Dienste einseitiger und engstirniger nationalistischer Tendenz stehen. Oder, wie der Prospekt es zart, aber verständlich ausdrückt: „Unser Spielplan wird die Werke der großen germanischen Dichter der Vergangenheit und das Schaffen der lebenden deutschen Dichter umfassen." Molière, Tolstoi bleiben verbannt, von den Juden ganz zu schweigen. Aber um so reicher wird sich Wildenbruchs Genie entfalten können.

Im übrigen gehen die Herren von der Nationalbühne aufs Ganze. Mit Hilfe einer zu bildenden Theatergemeinde soll nicht bloß irgendein abgetakeltes Theater neu aufgeputzt werden. „Da wir auch vor allem das Drama großen Stils pflegen wollen, so können wir nicht allein durch Pachtung von Theatern unser Ziel erreichen, wir müssen an Neubauten denken." Gleich in Mehrzahl: Neubauten! In möglichst vielen Stadtteilen sollen sie entstehen, und zwar, wie der Prospekt ausdrücklich hervorhebt, stets mit Schiebebühne und „Horizont". Im Norden Berlins soll der Anfang gemacht werden.

Die Theatergemeinde ist zwar noch nicht da, und mit dem Geld für die grandiosen Baupläne scheint es auch etwas mau zu stehen. Aber man gibt „Bausteine" und „Patronatsscheine" aus, die vier Prozent Zinsen tragen sollen, und man verspricht denjenigen, die nicht alle werden und sich als Mitglieder melden, „Stammsitze" im Theater, für die sie je Vorstellung nur 1 bis 3 M. zu zahlen brauchen (Auslosung der Plätze wird auch hier verabscheut). Wenn es bloß nicht gerade die „nationalen" Kreise wären, an die man sich wendet! Denn man weiß, daß diese überaus zurückhaltend sind, wenn's ans Zahlen geht und dreifach zurückhaltend, wenn sie dabei auch noch etwas von Kultur hören. Es ist ja auch nicht die erste „nationale" Bühne, zu der in Berlin aufgerufen wurde. . . .

In jedem Fall sieht man, wie herrlich auch in diesem Sommer wieder die Theaterpläne erblühen, damit uns ihre Früchte im Winter beglücken. Aber zunächst kommen noch die rauhen Herbstfröste. Und die haben sich von jeher solchen Projekten höchst gefährlich erwiesen. . . .

Die Schriftstellerorganisationen gegen die boykottierenden Buchhändler. Der Schutzverband Deutscher Schriftsteller, der Verband Deutscher Bühnenschriftsteller und der Verband Deutscher Erzähler bitten uns um Verbreitung folgender Notiz: Auf Grund der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich auch im Buchhandel neue Organisationen für den Vertrieb von Büchern entwickelt. Die deutschen Sortimenter — oder wenigstens ihr lautester Teil — glauben diesen Wettbewerb dadurch bekämpfen zu können, daß sie die beteiligten Autoren boykottieren. Sie haben in der Buchhändlerbörse eine Liste solcher Urheber veröffentlicht, die irgendwelche Werke diesen neuen Anstalten anvertraut haben, und haben die Buchhändler angewiesen, sich für die sonstigen Werke dieser Urheber nicht mehr einzusetzen. Gegen dieses Vorgehen, das rechtlich, wirtschaftlich und kulturell nicht scharf genug verurteilt werden kann, übrigens auch den Buchhandel selbst schwer schädigt, werden die oben genannten Verbände im Interesse des deutschen Geisteslebens mit allen Mitteln ankämpfen, bis die völlige Freiheit geistigen Schaffens — dem auch der Buchhandel zu dienen hat — erreicht ist. Entsprechende Schritte der Bedrohten, unter denen sich übrigens erste Namen befinden, sind eingeleitet.

Professor Köhler und das Anklassengesetz. Auch die Vorträge des als Gastprofessor in den Vereinigten Staaten weilenden Psychologen der Berliner Universität, Prof. Wolfgang Köhler, mußten unter der antievolutionären Gesetzgebung in Amerika leiden. Prof. Köhler, bekannt durch seine psychologischen Versuche an Menschenaffen, ist in diesem Sommer an der Harvard-Universität tätig, wo er ein Seminar über Gestaltpsychologie abhält. Infolge der Gesetzgebung der Staaten Tennessee und North Carolina mußten die an der Universität des letztgenannten Staates geplanten Vorlesungen Köhlers über die Schimpansen einstweilen abgesagt werden, weil man die Möglichkeit in Betracht zog, sie könnten mit den gesetzlich verdammten Lehren in Einklang stehen.

Das Rotorflugzeug. Der französische Fliegeringenieur Gligorin beabsichtigt, wie die „Umschau" mitteilt, auf einem von ihm konstruierten Flugzeug mit Rotorausrüstung den Flug zwischen Paris und New York ohne Zwischenlandung in 12 Stunden auszuführen. Der Ingenieur hat seine Erfindung, die auf dem Flettnerschen Prinzip basiert, den englischen und französischen Flugministerien vorgelegt, und die englische Regierung ist bereit, ein Probeflugzeug genau nach seinen Plänen erbauen zu lassen.

Sammlung für Scopes. Zugunsten des Professors Scopes, der im Affenprozeß zu 100 Dollar Geldstrafe verurteilt wurde, ist eine Sammlung eröffnet worden, um ihm die Fortsetzung seiner biologischen Studien zu ermöglichen. Bis jetzt sind bereits 10 000 Dollar gezeichnet worden.

Berufung an die Staatliche Hochschule für Musik. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Kultusminister den Prof. Artur Schnabel als Leiter einer Klavierklasse in die Staatliche Hochschule für Musik berufen.

Otto Wirz, der in Bern lebende Schriftsteller, hat von der schweizerischen Schillerstiftung dieser Tage eine Ehrengabe von tausend Franken für seinen Roman „Gewalten eines Toren" erhalten.

Der Mordanschlag auf Amendola

Die Faschistenpresse verhöhnt das Opfer!

Rom, den 22. Juli.

Italien muß wirklich den Kelch der Demütigung bis auf die Hefe leeren. Nach dem von offiziell-faschistischer Seite der Vizepräsident des Senats als „Luder", und der frühere Ministerpräsident und Inhaber des Annunziata-Ordens (Vetter des Königs!) Orlando als Oberhaupt der Maffia bezeichnet worden sind, findet das non plus ultra an Gemeinheit, der Anschlag auf Amendola, von derselben Seite Verteidigung und Rechtfertigung!

Man mache sich klar, wie sich dieser Ueberfall zugetragen hat, nach nicht beschlagnahmter, also offiziell gebilligter Lesart. Amendola, der Minister unter Facta war und schon einmal, am 24. Dezember 1923 in Rom von Faschisten auf offener Straße überfallen und verwundet worden ist, begab sich am 19. d. M. nach Montecatini, dem bekannten Kurort in Toscana. Er stieg gegen 3 Uhr im Grand-Hotel ab, in Begleitung eines Freundes. Um 7 Uhr begab sich der Leiter des Hotels zu dem Abgeordneten, einem großen, kraftvollen Mann anfang der Vierziger, teilte ihm mit, daß eine Zusammenziehung von Faschisten aus der Umgebung bevorstände und bat ihn, offenbar beschämt, doch wieder abzureisen. Angesichts des schweren Schadens, den sein Verweilen dem Hotel zugefügt hätte, erklärte sich Amendola zur Abreise bereit, da er nicht in Erfüllung einer Pflicht, sondern aus Gesundheitsrücksichten gekommen war. Inzwischen verteilten sich schon mehrere Hundert Faschisten zur Belagerung des Hotels. Zur Verteidigung standen ganze acht Carabinieri zur Verfügung, von einem Leutnant ihrer Waffe befehligt, und ein Polizeibeamter, der nur — das Hotelpersonal unter sich hatte. Das Hotel wurde „eingenommen", und man fing gerade an, darin faschistisch zu walten, als ein faschistischer Abgeordneter, ein gewisser Scorza, seine Leute von der Beute abzulenken verstand. Es wurde also vereinbart, daß Amendola sofort den Ort verlassen würde; man versprach ihm Einstellung der Gewalttätigkeit und angemessene Eskortierung. Welche Autorität des Fascio dieses Versprechen gegeben hat, wissen wir nicht. Jedenfalls hat sie das „Erröten Sigismunds" nicht gefürchtet.

Beim Einsteigen wurde Amendola mit den gemeinsten Schimpfwörtern überhäuft und entging mit knapper Not den Stockhieben; die Fenster des Autos gingen in Scherben. Die Eskorte bestand aus zwei Faschisten, die sich neben den Chauffeur setzten, damit dieser, nach halbstündiger Fahrt, den um halb ein Uhr nachts auf der Landstraße lauernden Faschisten ihr Opfer auslieferte.

Dann haben sich die fünfzehn Bewaffneten im Dunkeln auf den einen Waffenlosen gestürzt, und die Eskorte, dem Eide treu, hat im Hospital von Pistoia das abgeliefert, was nach so gewissenhafter Einhaltung des Paktes übriggeblieben war: einen aus vielen Wunden blutenden, durch Kopfverletzung fast bewußtlosen Mann!

An feiger Gemeinheit wird die ganze Sache kaum durch die Ermordung Matteottis übertroffen. Aber damals tat man wenigstens, als ob man sich schämte. Diesmal nicht. Farinacci erklärt, er könnte in seinem Gewissen diese Reaktion nicht bedauern. „Wir wollen für die Größe des italienischen Volkes arbeiten. Wer uns zu hindern sucht, der wird als elender Verräter behandelt werden." Das „Popolo d'Italia" hatte zuerst schüchtern bemerkt, die Erregung der wackeren Faschisten der Toskana sei begreiflich, aber man müsse selbst nicht ritterlichen Gegnern gegenüber immer ritterlich sein. Anstatt sich und sein Gewissen zu beruhigen, daß ein nächtlicher Ueberfall auf der Landstraße, wenn nicht gerade ritterlich, so doch durchaus raubritterlich ist, gibt das Blatt des Ministerpräsidenten am nächsten Tage Farinacci ganz recht und schreibt folgende Worte, die als offizielle Aeußerung eines Regierungsorgans einen Platz in der Kulturgeschichte verdienen:

„Warum hat keiner der 400 000 Leser des „Corriere della Sera", des „Mondo", des „Risorgimento", der „Stampa" und der niederen Tierart des „Becco Giallo" eingegriffen, um mit kühnem Mut die Sicherheit Amendolas zu verteidigen? Ist eine so ausgebreitete kollektive Feigheit (!) möglich? Ist es denkbar, daß faschistische Elemente, die jeden Tag und jede Stunde von den gemeinsten Verleumdungen verwundet werden, den Kampf aufnehmen und ihre Verleumder verteidigen sollten?... Für den Triumph des Faschismus sind Tausende von Opfern gefallen... Die letzte Herausforderung des Aventin zeigt die absolute Falschheit gegenüber dem Faschismus, die Verletzung aller Normen gesitteten Beisammenlebens und haben jede Möglichkeit der Annäherung aufgegeben. Wir können Farinacci nicht unrecht geben, wenn er an die Intransigenz des Faschismus erinnert und die Anwendung von Gesetzen fordert, die geeignet sind, die moralische Integrität, die geistige Essenz und die wirtschaftliche Kraft der Nation zu gewährleisten."

Die Gesetze, die Farinacci (von Beruf Eisenbahnbeamter, aber im Nebenamt einer der tiefsten Juristen aller Zeiten) verlangt, bestehen einfach in der Einführung der Verbannung mit Beschlagnahme des Besitzes, der Verschickung und der Todesstrafe für Gegner des Faschismus. Aber das ist noch ein Kulturextrakt im Vergleich zu der Auffassung des sozialen Zusammenlebens, wie sie aus den Worten des „Popolo d'Italia" aufleuchtet.

Macht sich denn das Blatt des italienischen Ministerpräsidenten, das so zartfühlend zum Bürgerkriege herausfordert, nicht klar, daß die ganze Faschistencourage überhaupt nur davon kommt, daß man die Gegner entwaffnet weiß? Hat man nicht bei den Straferpeditionen immer erst von der Polizei die Häuser durchsuchen lassen, ehe sich die „faschistische Tollkühnheit" auf ihre Opfer stürzte? Die „Tausende von Toten" des Faschismus waren nur 234, die einbegriffen, die von den Faschisten selbst getötet wurden. Glaubt man wirklich, daß man um so geringen Preis ein Land brandschatzen und wirkliche „Tausende von Toten" hätte säen können, wenn die Ueberfallenen nicht entwaffnet gewesen wären?

Will das Organ des Ministerpräsidenten den Bürgerkrieg, so mache es sich klar, daß selbst dieses dreimal verfluchte Wort noch etwas Höheres bedeutet, als den heutigen Zustand: es bedeutet, daß Bürger desselben Landes, desselben Blutes, derselben Sprache in Waffen gegeneinander stehen. Aber: Waffen hüben und Waffen drüben. Nicht, wie heute, wo man die Waffenlosen als Feiglinge zu bezeichnen wagt.

Plünderer und Brandstifter.

Rom, 24. Juli (Eigener Drahtbericht.) Wegen vorangegangener Reibereien zwischen Führern der Faschisten und Führern der Kriegsverstümmelten wurden am Donnerstag in Parma starke faschistische Kräfte zusammengezogen. Diese verwüsteten die Druckerei der Zeitung „Piccolo", verbrannten die Kanzlei des Advokaten und früheren sozialistischen Abgeordneten Albertoli und verübten auch sonst allerlei Verwüstungen zum Schaden antifaschistischer Politiker. Das faschistische Direktorium von Parma hat durch ein Schreiben an den Präfekten die Verantwortung für die Vorfälle übernommen. (!)

Dänemark gegen Kriegspielerei.

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben:

In der bevorstehenden Tagung des Reichstags wird eine scharfe Militärdebatte erwartet, weil die Regierung beabsichtigt, die Herbstmanöver 1925 ausfallen zu lassen. Das bestehende Gesetz schreibt vor, daß die Manöver der dänischen Armee nur einmal ausfallen dürfen und die Mannschaften, deren Manöver ausgesetzt wurde, im folgenden Jahre ihre Uebungen nachholen müssen. Da die Manöver auf Anordnung der sozialistischen Regierung bereits im vorigen Jahre nicht stattgefunden, müßte nunmehr der oben erwähnten Gesetzesbestimmung Folge geleistet werden. Die Regierung ist aber der Meinung, daß die dann notwendig werdenden Einberufungen sehr groß werden und weder die genügenden Pferde noch Kleidungsstücke für die Manöversoldaten zur Verfügung stehen. Der Verteidigungsminister will infolgedessen die bevorstehenden Herbstmanöver aussetzen und dem Lande eine Ausgabe von 1¼ Millionen Kronen ersparen. In Regierungskreisen hofft man, der aus diesem Regierungsbeschluß drohenden Krise Herr zu werden, da die Bauernpartei Venstre mit Rücksicht auf die Erntearbeiten mindestens einer Einschränkung der Manöver zustimmen dürfte.

Gescheitertes Parlamentsmanöver in Belgien

Das Frauenwahlrecht als Vorwand.

Brüssel, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer hatten am Donnerstag die konservativen Katholiken, namentlich die früheren Minister Jaspar und Carton de Wiart den verzweifelten Versuch unternommen, die Regierung durch Aufrollung der Frage des Frauenstimmrechts zu den Provinzialwahlen aus dem Sattel zu heben. Es kam zu einer überaus heftigen Fehde zwischen Sozialisten und Konservativen, wobei die Sitzung unterbrochen werden mußte. Vandervelde, der ein eifriger Anhänger des Frauenstimmrechts ist und bleibt, erklärte, die Regierung habe diese Reform nicht in ihr Programm aufgenommen, weil sie darüber nicht einig sei, und sie werde sich nicht dazu hergeben, daß diese Frage von den Konservativen, die das Frauenstimmrecht bisher stets sabotiert haben, nunmehr vorgeschoben werde, nur um die demokratische Regierung zu stürzen.

Am Freitag wurde nun der sozialistische Antrag auf Vertagung des Frauenstimmrechts zu den Provinzialwahlen mit 81 gegen 74 Stimmen und 9 Stimmenthaltungen angenommen. Damit hat die Regierung die bis jetzt gefährlichste Klippe glücklich umsegelt.

Getreide, Mehl, Reis.

Die Spezialdebatte über die Lebensmittelzölle.

In der Freitagssitzung des Zollausschusses wurde nach Abschluß der Generaldebatte die Spezialberatung durch den deutschnationalen Hochschutzzöllner Freiherrn von Richthofen eingeleitet. Mit der ganzen, nur dem Junker eigenen Arroganz, stellte er an die Spitze das „Entgegenkommen", das die Landwirtschaft durch das Kompromiß „gezeigt" habe. Sie seien aber, das stellte er ausdrücklich fest, dazu nur zu bewegen durch die Befristung, die in den Kompromißanträgen vorgesehen sei.

In der Aussprache wandte sich Genosse **Hilferding** entschieden gegen eine Befristung der Getreidezölle zu Ende März 1926.

Er fürchtet, daß dann die autonomen Sätze von 7 und 7,50 M. in Ansatz kommen

und plädierte, da das Gesetz bis zum 31. Juli 1927 befristet sei, eine Verlängerung der Getreidezollsätze bis zu diesem Termin. Der **Ernährungsminister** wandte sich gegen Hilferding. Es sei abzuwarten, welche Resultate die einzelnen Handelsvertragsverhandlungen bringen.

Lebendig wurden die Verhandlungen wieder, als der Genosse **Georg Schmidt** die sozialdemokratischen Anträge, die vorerst weiter Zollfreiheit für Lebensmittel auf ein Jahr verlangen, begründete. Auf Grund eingehender Untersuchungen sind wir Sozialdemokraten Gegner der Getreidezölle, da sie sowohl wirtschaftlich als auch sozialpolitisch von den größten Schäden begleitet sind. Wir stellen fest:

Die Zölle, die jetzt beschlossen werden sollen, dienen nur einem kleinen und zwar dem einflußreichen Teil des Reichslandbundes,

die große Masse der kleinen Landwirte, die Arbeitsbauern und die Landarbeiter haben nicht nur keinen Vorteil, sondern Nachteil. Auch die Landarbeiterschaft hat kein Interesse an den Wucherzöllen. Sie fühlt sich mit den Industriearbeitern absolut solidarisch. Sie weiß, daß ihre Lebenshaltung ebenfalls eine Belastung erfährt und daß die Getreidezölle nur gemacht werden, um einigen Großgrundbesitzern Vorteile zuzuwenden.

Das für den Arbeiterhaushalt wichtige Kapitel

Bohnen, Erbsen, Linsen

behandelte die Genossin **Pfülf**. Auch hier beabsichtigt die Regierung eine Verteuerung durch Zölle. Wie das sich auswirken wird, ergibt folgendes: Unter dem Zollschutz von 4 M. betrug die Einfuhr für Bohnen 1913 351 310 Tonnen. Die zollfreie Einfuhr im Jahre 1924 beträgt nur 339 081 Tonnen. Das ergibt eine Mindereinfuhr von 12 229 Tonnen. Unter der Zollfreiheit ist also die Einfuhr zurückgegangen und nicht etwa gestiegen. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei Erbsen und Linsen, wobei zu bemerken ist, daß wir bei Erbsen auch noch eine sehr wesentlich erhöhte Ausfuhr zu verzeichnen haben. Das wird sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern, denn Rußland, das Hauptanlieferungsland in der Vorkriegszeit für Erbsen und Linsen, fällt aller Voraussicht nach, aus.

Eine Verteuerung von Erbsen, Linsen, Bohnen einerseits, Futterbohnen, Lupinen, Wicken andererseits trifft die Ernährung der kleinen Leuten besonders hart. Da die Leguminosen wichtigste Nahrungsmittel der armen Bevölkerung sind, die Erhöhung des Zolls auf diese Futtermittel aber Fleisch und Eier verteuern.

Das nicht minder wichtige Kapitel:

Futtermittel, Gerste

behandelte Genosse **Unterleitner**. Er begründete die sozialdemokratischen Anträge auf Zollfreiheit. Ein Widerspruch zwischen der Vorlage und dem jetzt fertiggestellten Kompromiß ist sowohl von der Regierung als auch von den Parteien ungeklärt geblieben. Die Regierung forderte einen einheitlichen Satz für Futter und Malzgerste und begründete das treffend. Jetzt treten auf einmal wieder zwei Sätze in Erscheinung, ohne daß der Versuch einer Erklärung gemacht wird. Die Erhöhung der Zollsätze für Malzgerste bedeutet eine neue Erschwerung für das Bierbraugewerbe und eine Erhöhung der Bierpreise, die sich in Verbindung mit der Umsatz- und Biersteuer in sehr unangenehmer Weise auswirken wird.

Verfassungsfeier in preußischen Schulen.

Das preußische Staatsministerium hat angeordnet, daß der Verfassungstag in sämtlichen Schulen im Bereich des preußischen Kultusministeriums begangen wird. In einer würdigen Feier soll auf die geschichtliche Bedeutung dieses Tages eingehend hingewiesen werden. Unterricht findet an diesem Tage nicht statt. Wo der 11. August in die Ferienzeit fällt, ist entweder bei Beginn der Ferien, oder, wo das nicht mehr möglich ist, bei Wiederbeginn des Unterrichts eine entsprechende Feier zu veranstalten.

Preußen und die Amnestievorlage.

Kommunistische Bitte um Zustimmung.

Der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt:

Die „Rote Fahne" erhebt in ihrer Nummer vom 23. Juli Vorwürfe gegen die preußische Staatsregierung, weil deren Vertreter im Reichsrat gegen den badischen Antrag gestimmt und dadurch eine Erweiterung der Amnestie verhindert habe. Die Ausführungen der „Roten Fahne" gehen davon aus, daß der badische Antrag durch die verlangte Streichung der Grenze vom 1. Oktober 1923 bezweckt habe, sämtliche schwebenden politischen Verfahren niederzuschlagen, daß er also eine wesentliche Erweiterung der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Amnestie erstrebt habe. Das Gegenteil ist richtig. Die Streichung der Grenze vom 1. Oktober 1923 gemäß dem badischen Antrag hätte nämlich zur Folge gehabt, daß auch bei den vor dem 1. Oktober 1923 begangenen Straftaten die Verfahren nur dann hätten niedergeschlagen werden können, wenn voraussichtlich auf keine höhere Strafe als ein Jahr Festungshaft oder ein Jahr Gefängnis erkannt werden würde, während die Vorlage der Reichsregierung bei den vor dem 1. Oktober 1923 begangenen Straftaten die Niederschlagung ohne Rücksicht auf die Höhe der zu erwartenden Strafe eintreten lassen will. Durch die Annahme des badischen Antrags wäre also nicht eine Erweiterung, sondern eine erhebliche Einschränkung der Amnestie erreicht worden.

Im übrigen sind die Behauptungen der „Roten Fahne" über weitgehende Zusagen des Staatssekretärs Dr. Weismann bei der Besprechung mit kommunistischen Abgeordneten unzutreffend. Wie wenig die Behauptungen der „Roten Fahne" der Wahrheit entsprechen, ergibt sich schon daraus, daß es gerade die kommunistischen Abgeordneten waren, die den Staatssekretär Dr. Weismann gebeten haben, die Amnestievorlage nötigenfalls auch in der von der Reichsregierung vorgelegten Fassung anzunehmen und nicht etwa bei einer Ablehnung der preußischen Anträge gegen die Annahme zu stimmen, um so dem Reichstag Gelegenheit zu geben, über die Amnestievorlage in Beratungen einzutreten.

Noch einer: der Becker-Hannes.

Gott, war das ein Vergnügen, als bei den Januarwahlen des Jahres 1907 der Becker-Hannes aus Arnsberg als junger Abgeordneter in den Reichstag zog. Er war früher Fabrikarbeiter gewesen und hielt zum Zentrum. Dann war er Redakteur an der „Westdeutschen Volkszeitung" in Hagen. Sein Aufstieg begann. Als Erzberger ihn zum ersten Male sah und hörte, sagte er: „Das ist mein Mann, der hat das Herz auf dem rechten Fleck und den Mund da, wo er ihn haben soll." Und wirklich, wenn er in der Zentrumsfraktion sprach und für die Gleichberechtigung der Arbeiter eintrat, dann erbleichten die adligen Herren des Zentrums. Auf die war er auch besonders schlecht zu sprechen. Wie rollte der Becker-Hannes seine Augen, wenn er außerhalb der Fraktion auf den Herzog von Arenberg schimpfte, der auch einmal bei einer Nachwahl — wie, ist heute eigentlich noch unerklärlich — in den Reichstag kam. Wie schimpfte unser Becker-Hannes, als sein Kollege Johann Giesberts sich darüber freute, daß er mit dem herzoglichen Zentrumsabgeordneten einmal zusammen Kaffee trinken durfte. Und der Graf Praschma und der Landtagsabgeordnete Graf Henckel-Donnersmarck — das alles waren Leute, die Herrn Becker ein Dorn im Auge waren. Nein, von diesen ließ er sich nicht beeinflussen. Auch für den schwarzblauen Block war er nicht eingenommen. Mit Erzberger zusammen tat er alles, um das Zentrum von den Fesseln der Konservativen zu lösen. Es ging also alles soweit ganz gut. Der Becker-Hannes war bei seinen Kumpeln in seinem Wahlkreis sehr beliebt, und seine Versicherung, daß er zum Erzberger-Zirkel gehöre, konnte ihm nur von Nutzen sein. Auch die Erzbergersche Friedensresolution 1917 machte er noch mit. Von den Annexionisten wollte er nichts wissen. Sogar 1919, zur Zeit des Waffenstillstandes und des Friedensschlusses, hielt er noch zu Erzberger. Als im Frühjahr 1919 das Reichsarbeitsministerium gebildet wurde, sollte das Zentrum den Posten eines Staatssekretärs bekommen. Das gelang nicht. Es wurde für das Zentrum lediglich ein sogenannter Beirat im Reichsarbeitsministerium geschaffen. Es war dafür der damalige Reichstagsabgeordnete und jetzige zweite Bürgermeister von Breslau, Dr. Herrschel, in Aussicht genommen. Böse Leute behaupten, Herrschel habe sich schon entsprechende Visitenkarten drucken lassen. Jedenfalls ließ er sein Bild schon in illustrierte Zeitungen lancieren. Man war daher um so erstaunter, daß plötzlich nicht Herrschel, sondern Johannes Becker Beirat im Reichsarbeitsministerium wurde. Herrschel galt als Reaktionär, und nicht ganz mit Unrecht. Deshalb trat Erzberger mit Energie für seinen Freund Johannes Becker ein.

Dann kam ein Jahr später die schwere Zeit für Matthias Erzberger. Einer von denen, die ihn zuerst verließen und den Konjunkturweg nach rechts einschlugen, war der Becker-Hannes. Seitdem gings abwärts mit ihm. Im Sommer 1921 starb der zweite Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Reichsgerichtsrat Burlage. Er war zwar kein christlicher Fabrikarbeiter, aber ein wirklicher Demokrat und Republikaner, der noch kurz vor seinem Tode in einem Reichstagsausschuß offen und frei den Deutschnationalen erklärte, er habe sich am 9. November 1918 als ehemaliger alter Landwehroffizier geschämt, als er gesehen habe, wie sich die Monarchisten verkrochen. Es fand dann eine Umgruppierung in der Zentrumsfraktion statt, und Herr Becker-Arnsberg wurde stellvertretender Vorsitzender der Zentrumsfraktion. Seine proletarische Vergangenheit hat er ganz vergessen. Im vorigen Jahre hat er einmal im Reichstag erklärt: „Solange ich die Fraktion führe...." Da lachten selbst seine eigenen Fraktionsfreunde. Nein, der Becker-Hannes führt nicht. Der Becker-Hannes wird geführt von Herrn v. Guérard, vom Industriellenvertreter Lammers, vom Zementvertreter ten Hompel und nicht zuletzt vom lieben Adam Stegerwald. Und er macht selbstverständlich das Zollkompromiß mit. An seine proletarische Vergangenheit denkt er nicht mehr.

*

Die „Germania" regt sich über unsere Charakteristik von Adam Stegerwald und Josef Andre mächtig auf. Sie schimpft und poltert, so daß man ganz genau weiß, in welch hohem Maße in letzter Zeit der Herr v. Papen und der Freiherr v. Heeremann, der in aller Oeffentlichkeit gegen den Volksblockkandidaten Marx Stellung genommen hatte, bei der „Germania" Einfluß gewonnen haben. Die „Germania" spricht von „nichtsnutziger Manier". Dieses Wort hörte sich allerdings ganz nett an, wenn der verstorbene Zentrumsführer Trimborn reaktionären Freunden gegenüber in den Sitzungen des Zentrums dieses Wort mit rheinischem Humor und freundlichem Beigeschmack servierte. Das soll vorgekommen sein. So wie es die „Germania" gebraucht, beweist es nur, wie verlegen man dort ist und wie man plump in der Erwiderung sein muß — weil man selbst fühlt, daß man das Zollkompromiß vor den breiten Massen nicht verantworten kann.

Gewerkschaftsbewegung

Eine Unternehmeroffensive.

Die Industriellen bei der Reichsregierung.

Das Wolff-Bureau meldet:

In der Reichskanzlei fand heute unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers, des Reichsarbeitsministers und des Reichsbankpräsidenten eine Aussprache mit Vertretern der Rheinisch-Westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie (d. h. der Industriellen) des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Industrie- und Handelstages statt. Es wurde die gesamte wirtschaftliche und finanzielle Lage der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Rohstoff- und Eisenindustrie besprochen. Dabei bestand Uebereinstimmung darüber, daß es darauf ankommt, Mittel und Wege zu finden, um allen Produktionszweigen wieder auf die Dauer eine Wirtschaftlichkeit zu sichern. Festgestellt werden konnte, daß aussichtsreiche Verhandlungen über die Ermöglichung einer allmählichen Abstoßung der Haldenbestände des Steinkohlenbergbaus im Gange sind. Die Industrievertreter betonten, daß die Belastung mit sozialen Abgaben, Steuern und Zinsen in der gegenwärtigen Höhe nicht länger erträglich sei. Diese Fragen wurden eingehend erörtert. Die Diskussion erstreckte sich auch auf die Fragen der Preisbildung, des gesamten Verteilungsapparates und der Ausgabewirtschaft der öffentlichen Hand, insbesondere der Gemeinden.

Die Lage der Wirtschaft soll von allen beteiligten Kreisen gemeinsam weiter geprüft werden. Es war die einmütige Auffassung, daß nur eine wirksame Produktionssteigerung Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus der gegenwärtigen bedrohlichen Lage herausführen kann.

Wie weiter mitgeteilt wird, sollen am Mittwoch die Vertreter der Bergarbeiter vom Reichskanzler empfangen werden.

*

Wie aus der offiziösen Meldung hervorgeht, handelt es sich bei dem Empfang der Industriellen um einen Vorstoß der Unternehmer, die die Reichsregierung in den Fragen der Wirtschafts- und Steuerpolitik zu Maßnahmen veranlassen wollen, die den Interessen der in jeder Beziehung reaktionären Unternehmer entsprechen. Wenn der Reichskanzler nachträglich noch die Vertreter der Bergarbeiter empfangen will — und zwar nachdem diese ausdrücklich darum nachgesucht hatten —, so ist dies keine Ergänzung der vorstehend skizzierten Besprechungen. Diese umfassen einen so weiten Rahmen, daß die Vertreter sämtlicher Gewerkschaftsorganisationen dazu unbedingt gehört werden müssen.

Gerade weil die Vertreter der Spitzenorganisationen der Unternehmer ihre Klagen über die sozialen Lasten, über die Notwendigkeit der Produktionssteigerung, über die Belastung der Industrie mit hohen Bankzinsen usw. vorgetragen haben, ist es erforderlich, daß die Vertreter der Arbeiterschaft Gelegenheit haben, dazu sich zu äußern. Wir fordern dies nicht nur auf Grund der Reichsverfassung sondern insbesondere im Interesse der Wirtschaft und des Staates.

„Staatsbürgerliche" Erziehung bei der Reichsbahn.

Ausschluß der Presse, katzbuckeln nach oben.

Uns wird geschrieben:

Die Entwicklung der Reichsbahn nimmt immer sonderbarere Formen an. Der „Vorwärts" hat bereits darauf hingewiesen, daß von der Hauptverwaltung der Reichsbahn dem Personal verboten wird, irgendwelche Auskünfte an die Presse zu geben. Man denke an die Willkür und die vielen Rechtsbrüche in Vergangenheit und Gegenwart, die sich die Hauptverwaltung zuschulden kommen läßt, man denke an die Verschleuderung der Werkstätten und Schlafwagen an die Privatindustrie, die den Verdacht aufkommen ließ, daß die Hauptverwaltung die Reichsbahn absichtlich bankerottwirtschaften will, um dann, zur Sanierung des Unternehmens, einen neuen Personalabbau vornehmen zu können, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Man bedenke die Unfälle und die hierfür verantwortlichen mangelhaften Sicherheitsanlagen, die rigorose Haltung der Hauptverwaltung den streikenden Arbeitern gegenüber und vieles andere mehr.

Ueber alle diese Dinge, die die Oeffentlichkeit zweifellos stark interessieren, soll von dem sachverständigen Personal der Presse keine Auskunft gegeben werden. Selbst die verantwortlichen Sachreferenten sind in dieses Verbot mit einbegriffen; einzig und allein der Pressedezernent soll die Presse informieren, nach Richtlinien, die von der Hauptverwaltung gegeben werden. Wie diese Preßkonferenzen aussehen, welcher Art das Material ist, welches die Oeffentlichkeit dann kennen lernen würde, braucht kaum genauer ausgeführt werden. Bedauerlich ist nur, daß die gesamte bürgerliche, wie auch die kommunistische Presse gegen diese Absicht der Hauptverwaltung nicht Protest erhebt.

Bezeichnend für den „Geist", von welchem die Verwaltung jetzt wieder beseelt ist, ist der im Amtsblatt vom 30. Juni veröffentlichte Erlaß der Hauptverwaltung, den Staatssekretär Stieler in Vertretung des Generaldirektors verantwortlich gezeichnet hat. Nachdem in langen Ausführungen dem „nachgeordneten" Beamten Unterwürfigkeit dem „Vorgesetzten" gegenüber gepredigt wird, erscheint folgender Satz, der besser als lange Ausführungen die Situation erhellt:

„Zwischen Vorgesetzten und Nachgeordneten soll ein vertrauensvolles, aber kein vertrauliches Verhältnis bestehen. Das dienstliche Ansehen, wie der allgemeine Anstand (!) fordern, daß der Nachgeordnete den Vorgesetzten grüßt. Wer Dienstkleidung trägt, — wenn auch nur Dienstmütze —, hat angemessen zu grüßen. (Hacken zusammenschlagen? Stramm stehen?) Die Vorgesetzten werden entsprechend es nicht unterlassen (man beachte das famose Deutsch), durch Gegengruß zu danken. (Offenbar nur, soweit sie gut gelaunt sind.) Eisenbahnbeamte, auch solche fremder Verwaltungen, die sich durch Freikarten ausweisen, sind von den Zugschaffnern und Bahnsteigschaffnern zu grüßen."

Wenn zur Abfassung solcher Kindereien, die allerdings einen tieferen Sinn haben, Beamte der Besoldungsgruppen XII und XIII vorhanden sind — nämlich solche, die vom gesamten Personal „entsprechend" zu grüßen sind — dann beweist das nur, daß der Abbau an diesen Leuten, deren Tätigkeit wirklich nicht produktionsfördernd genannt werden kann, versehentlich vorbeigegangen ist.

Wie sagte doch Herr Stinnes und mit ihm die Reichsbahn so schön: „Nur Arbeit kann uns retten."

Wir fragen: Ist das Arbeit im Dienste der Allgemeinheit? Was sagt Herr Oeser dazu?

Der Kampf im Schriftgießereigewerbe.

Die Verbindlichkeitserklärung abgelehnt.

Von der Zentralstreikleitung der Schriftgießer wird uns geschrieben:

Der Kampf aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, der nun schon drei Wochen dauert, geht unvermindert fort. Am 13. Juli haben wieder Verhandlungen zur Schlichtung der Streitfrage vor dem Reichsarbeitsministerium stattgefunden. Die erschienenen Vertreter der Arbeitgeber hatten aber weiter keine Vollmacht zu einer anderen Schlichtung der Streitfrage, sondern bestanden auf die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 23. Juni, während die Arbeitnehmer auf 26 Proz. Lohnerhöhung bestehen blieben. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, geht der Kampf weiter.

Die Arbeitgeber leben nun in der Hoffnung, der Reichsarbeitsminister werde den Schiedsspruch vom 23. Juni verbindlich erklären, welchem nach Lage der Sache gar nicht stattgegeben werden kann. Eine Wiederaufnahme der Produktion durch die Verbindlichkeit wäre damit noch nicht gesichert. Ferner stellen die Unternehmer es so hin, als wäre ihnen der Kampf „aufgezwungen". Sie scheinen es schnell vergessen zu haben, daß von unserer Seite alle erforderlichen Schritte getan wurden, um den Konflikt zu vermeiden, während die Unternehmer jede Verständigung ablehnten. In ihrem Fachorgan stellen die Unternehmer die Verdienste der Arbeiterschaft so hin, als ob ihre Geschäfte eine Erhöhung der Löhne nicht mehr zuließen, und eine Erhöhung unserer Löhne eine Rückwirkung für die Buchdrucker haben könnte. Sie scheinen aber dabei zu vergessen: 1. daß unsere Löhne jetzt niedriger sind als die der Buchdrucker, 2. daß früher unsere Löhne mit den Maschinensetzer-Mindestlöhnen gleich waren, 3. wissen die Unternehmer genau, welche Löhne sie zahlen, und welche Löhne heute im Buchdruckgewerbe bezahlt werden. Auch den Versuch, Uneinigkeit in den Reihen der Kämpfenden herbeizuführen, können sich die Unternehmer ersparen. So geschlossen, wie die Arbeiterschaft in den Kampf getreten ist, so geschlossen wird sie kämpfen, bis der Sieg der unserige ist.

Im übrigen ist, wie wir soeben erfahren, die Verbindlichkeitserklärung abgelehnt worden. Die Unternehmer werden also schon wohl oder übel sich dazu bequemen müssen, von ihrem hohen Roß herabzusteigen.

Sie wissen nicht, was sie sagen.

Die Kommunisten sind doch undankbare Leute! Wir haben ihnen selbstlos die Ursachen ihres Bankrotts und unseres Erfolges in der Gewerkschaftsbewegung angegeben. Statt uns zu danken, schimpft die „Rote Fahne". Man wird einwenden, daß diese Feststellung keine Absonderlichkeit enthält, weil die „Rote Fahne" immer schimpft. Zugegeben. Sie macht es nur diesmal dümmer als es selbst dem dummen August erlaubt sein sollte. Allerdings, bei 34 Grad im Schatten. . . .

Also wir hatten auf Grund des Referats von Thälmann nebenbei festgestellt, daß die KPD. die Bergarbeiterunion und die Ausgeschlossenen Bauarbeiter als Sonderorganisation aufrecht erhalte. Der Gewerkschaftsredakteur der „Roten Fahne", der entweder das Referat Thälmanns nicht gelesen hat oder mit Recht annimmt, daß es seine Leser nicht merken werden, jedenfalls nicht im Bilde ist, schimpft, daß wir gelogen hätten. Wir setzen also wörtlich her, was Thälmann gesagt hat:

„. . . Im Bauarbeiterverband liegen die Verhältnisse insofern anders, als er in Sachsen, im Rheinland, in Solingen noch ein Kampffaktor ist und in den Kämpfen immerhin eine Rolle spielt und der Vorsitzende des Baugewerksbundes Päplow der größte Kommunistenfresser ist und jede Einheit mit aller Kraft sabotiert. Wir glauben, daß alle selbständigen Verbände, außer der Bergarbeiterunion und den Bauarbeitern, im nächsten Vierteljahr liquidiert sein werden. . . ."

Wir sagen nicht, auf welcher Seite, welcher Spalte diese Stelle in dem Thälmannschen Referat sich vorstehendes Zitat befindet. Der Redakteur, der uns der Lüge zeiht, weil wir an der kommunistischen Autorität des Wahlhelfers glauben, soll suchen. Strafe muß sein.

Der Pforzheimer Streik geht weiter.

Pforzheim, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik in der Pforzheimer Schmuckwaren-Industrie wird fortgesetzt. Der am Dienstag vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch, der bis 31. Juli 66 Pf., ab 1. August 68 Pf. und ab 19. September 69 Pf. Stundenlohn für den gelernten über 25 Jahre alten Arbeiter vorsieht, wurde in der am Donnerstag vorgenommenen Urabstimmung von den Arbeitnehmern fast einstimmig abgelehnt. Auch der Arbeitgeberverband hat in seiner am Freitag vormittag stattgefundenen Versammlung die Ablehnung des Schiedsspruches beschlossen. Die Ergebnisse der Abstimmungen der beiden Parteien wurden im ganzen Industriebezirk mit höchster Spannung erwartet. Es ist anzunehmen, daß der Schlichter in den allernächsten Tagen den Schiedsspruch für verbindlich erklären wird. (Während des Streiks?) Der Oberbürgermeister von Pforzheim bemüht sich, die Parteien zu neuen Verhandlungen vor den Schlichter zu bringen. Trotz der Zusammenballung von 34 000 Streikenden auf den verhältnismäßig kleinen Raum des Industriebezirks ist es bisher zu keinen Störungen der Ordnung gekommen, jedoch steigt in der Bevölkerung, insbesondere in der Geschäftswelt, die Erbitterung gegen die Unternehmer immer mehr. Innerhalb des Arbeitgeberverbandes zeigen einige Industriegruppen Neigung zur Absplitterung, wenn die verfehlte Taktik noch weiter verfolgt wird und dadurch eine Einigung mit den Gewerkschaften verhindert werden sollte.

Kündigung des Arbeitszeitabkommens der Schwerindustrie

Essen, 24. Juli. (Mtb.) Das Arbeitszeitabkommen, das am 26. Februar für die nordwestliche Eisenindustrie durch Schiedsspruch getroffen wurde und das erstmalig zum 31. August 1925 mit sechswöchiger Kündigungsfrist aufgehoben werden kann, ist nunmehr von den Metallarbeiterverbänden gekündigt worden. Was die Metallarbeiterverbände mit ihrer Kündigung beabsichtigen, ist noch nicht bekannt.

Neuer Vermittlungsversuch im englischen Bergbaukonflikt.

London, 24. Juli. (WTB.) Trotz der Aufforderung des Bergarbeiterverbandes, die Arbeit mit dem Ablaufen des jetzigen Abkommens am 31. einzustellen, hat man, wie der amtliche englische Funkdienst meldet, die Hoffnung auf eine gütliche Beilegung des Konfliktes noch nicht aufgegeben. Die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen, die man von der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses erwartet hatte, ist einstweilen dadurch unmöglich geworden, daß die Arbeitgeber trotz der Aufforderung des Vorsitzenden sich nicht zur Zurücknahme ihrer neuen Vorschläge bereitfanden. Die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses wurden gestern abgeschlossen. Das Gutachten der Ausschußmitglieder ist zurzeit in Arbeit. Anderseits hat die Regierung neuerdings einen Vermittlungsversuch unternommen. Der erste Lord der Admiralität, Bridgeman, hat beide Parteien zu gesonderten Besprechungen eingeladen. Die Einladungen wurden angenommen und man erwartet von der Besprechung Bridgemans mit dem Vollzugsausschuß der Bergarbeiter, die heute vormittag stattfand, eine günstige Wendung.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin. Versammlung aller Vertrauensmänner der Holzindustrie, soweit die Betriebe den „Vereinigten Verbänden" und der „Freien Vereinigung" angeschlossen sind, am Dienstag abend 6½ Uhr in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 31. Als Legitimation gilt Verbandsausweis und Vertrauensmännerkarte mit dem Aufdruck „Holzindustrie". Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht aller Vertrauensmänner. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands, Geschäftsstelle Groß-Berlin. Montag, vorm. 9 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25, Versammlung aller im Streik stehenden Baumaschinisten, Heizer sowie Metallarbeiter. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht!

Achtung, Bergmann-Elektrizitätswerke, Berlin! Montag nachmittag 5 Uhr findet für alle Genossinnen und Genossen bei Kroll, Bennigsdorfer Ecke Utrechter Straße, eine wichtige Fraktionssitzung statt. Parteibuch legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Arthur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

BILLIGE ANGEBOTE

Mengenabgabe vorbehalten

Musselinkleider Baumwolle, aparte Muster 3.90 5.90 6.90
Vollvoilekleider weiss, flotte moderne Fassons 5.90 9.75 13.75
Batistkasaks gemustert, in modernen Farben 3.50
Satinkasaks in schöner bunter Ausmusterung 4.90
Damen-Lack-Spangenschuhe bequeme Form, fester Absatz 14.50

Filz-Stumpen für Damen-Hüte 6.00
Haarfilz-Stumpen für Damen-Hüte, grosse Farbensortimente 12.50
Sporthemden für Knaben a. weiss. Panama ca. 60 cm 2.80 ca. 70 cm 3.50 ca. 80 cm 4.20 ca. 90 cm 4.90
Frottierstoff für Bademäntel, modernes Muster, ca. 130 cm breit 5.90
Damen-Strümpfe mit Doppelsohle und Hochferse, farbig 58 Pf.

Mengenabgabe vorbehalten

Strandjäckchen reine Wolle, weiss und farbig 3.90
Bol.-Musseline ca. 80 cm breit ..... Meter 95 Pf.
Wollbatist elfenbein, doppelbreit ..... Meter 2.90
Cheviot reine Wolle, elfenbein, ca. 130 cm breit ..... Meter 3.90
Foulard reine Seide, moderne Punktmuster, doppelbreit, Meter 4.90

Herren-Tennishosen starke weisse Köperqualität 9.50 aus weiss. Cheviot, reine Wolle 21.00
Herren-Lüstersakkos in guter Verarbeitung und Qualität 13.50 17.50 21.50
Schillerhemd Zephir 6.90
Selbstbinder reine Seide 1.75
Herren-Socken schwarz, mit verst. Spitze und Ferse 38 Pf.

HERMANN TIETZ

Nicht der gewitterschwere Himmel, nicht die drückende Schwüle, die über der Stadt brütete, hielt die Massen ab, um in gewaltigen Scharen im Lustgarten ihre Stimme gegen den Zollwucher zu erheben. Tausend von roten Fahnen und auch schwarzrotgoldene Fahnen flatterten über den Meer von Köpfen und auch mit Plakaten zeugten viele Betriebe gegen den Zollwucher. Es war ein hinreißendes Bild, wie immer wieder und wieder neue Züge kamen und sich in das Meer von Menschen ergossen. Es waren Sozialdemokraten und Kommunisten, die gegen den Zollwucher auftraten, doch die kommunistischen Scharen rächten sich dafür, daß sie keine Redner stellen durften, indem sie während der Rede singend und mit Musik um das Schloß zogen. So entstand eine Stimmung, die wahrlich nicht der Einheitsfront dient, welche die Kommunisten im Munde führen. Die Entlarvungsapostel lassen eben keine Gelegenheit vorübergehen, um die Einheit, wie sie sie auffassen, zu demonstrieren.

Doch wenn das auch die Wucht der Demonstration etwas geschwächt haben mag, der Gesamteindruck blieb ein so starker, daß er der ganzen inneren Stadt und den Zugangsstraßen das Gepräge gab. Diese Massen sind entschlossen, mit aller Hingabe den Kampf gegen den Zollwucher zu führen, das zeigte diese Demonstration mit aller Deutlichkeit. Das Aufbäumen gegen die Wuchterzölle ist der elementare Kampf des Proletariats um seine Selbsterhaltung. Rote Fahnen wehten wieder über den Lustgarten. Das rote Tuch der Internationale war aufgepflanzt gegen das Verbrechen, daß Deutsche am deutschen Volk begehen wollen. Nicht genug mit der Aushungerung während des Krieges und der Inflation, das Elend soll durch die Besitzenden zum Dauerzustand erhoben werden. Rote Fahnen flatterten durch die Straßen, Scharen auf Scharen von Arbeitern zogen Kampflieder singend durch die Stadt. Der heiße Atem des „Bis hierher und nicht weiter" war in den Massen. Gewitterwolken standen nicht nur am Himmel, sondern auch in dem großen hunderttausendfachen Gesicht der Masse. Wer in diesem einen Gesicht gelesen, wer aus einem großen Munde den Willen zum Kampfe hörte, dem mußte klar werden, daß diese Demonstration nur ein gewaltiger Auftakt war zu einem Kampf, der nicht ruht noch rastet, bis das Ziel erreicht ist.

Der Anmarsch.

In allen Stadtteilen sammelten sich die Massen, aus zahllosen Fabriken strömten sie auf die Straßen und scharten sich um die roten Banner. Insbesondere in den Bezirken des Nordens und des Osten sammelten sich die Arbeiter zum gemeinsamen Anmarsch zum Lustgarten. Der Zustrom vergrößerte sich während des Marsches. Allenthalben schlossen sich neue Teilnehmer an, die den Ernst der Stunde erkannt hatten. Trotz der Gluthitze des Hochsommertages ließen sie es sich nicht nehmen, durch die stickigen Straßen der Großstadt in Reih und Glied zu marschieren, um in gemeinsamer Kundgebung gegen die unerhörte wirtschaftliche Belastung des Volkes zu protestieren. Und auch die, die die Pflicht des Tages daran hinderte, mit dabei zu sein, gaben durch Zurufe ihre Uebereinstimmung mit den marschierenden Massen kund. Aus den Häusern und auf den Straßen, überall Zustimmung und freudige Begrüßung. Vielfach marschierten die Kommunisten mit unseren Zügen und taten sich hier durch eine Unzahl von mitgeführten Fahnen und Plakaten und leider auch durch Flugblätter der „Roten Fahne" mit ihrem bekannten unsachlichen und den Interessen der Arbeiterschaft in keiner Hinsicht dienlichen Inhalt hervor. Zuweilen kam es zu recht lebhaften Diskussionen zwischen unseren Anhängern und denen der KPD., wobei die gegenteiligen Anschauungen mit großer Schärfe zum Ausdruck gebracht wurden. Insbesondere wurde den Kommunisten immer wieder die sinnlose Taktik ihrer Zentrale und die Schreibweise ihres Zentralorgans vorgehalten. Und wenn sie dann, so in die Enge getrieben, mit ihrem Latein zu Ende waren, dann begannen sie „auf die korrupte Führerschaft der SPD." zu schimpfen, ohne hier begründete Beweise von Korruption mitteilen zu können. Häufig genug ernteten sie mit ihren Ausführungen allgemeine Heiterkeit. So wurde der Weg zum Versammlungsort, dem Lustgarten, verkürzt. Es wurde agitiert und geworben. Strömen gleich ergossen sich die Massen über den großen Platz am Neuen Museum. Unübersehbar schien der rote Fahnenwald, zwischen dem zuweilen die Fahnen der Republik leuchteten. In dieses Gewoge ernst gestimmter Menschen hallten plötzlich Trompetenstöße: das Signal für die Redner, die hier in breitester Oeffentlichkeit die schwerwiegenden Gründe, die zum Kampf gegen den Zollwucher berechtigen, darlegten.

Unsere Redner.

Von 17 Stellen sprachen unsere Redner, die Genossen Aufhäuser, Bohm-Schuch, Crispien, Dißmann, Graßmann, Keil, Künstler, Landa, Lempert, Dr. Levi, Meier, Dr. Moses, Dr. Rosenfeld, Joseph Simon, Georg Schmidt, Stampfer, Stelling zu den Massen.

Sie kennzeichneten mit großer Schärfe die durch die neuen Zölle und Steuern zu erwartende Verschlechterung der Lebenslage der breiten Massen. Sie wiesen darauf hin, daß das deutsche Volk das demokratischste Wahlrecht unter allen Kulturvölkern besitze. Leider habe sich das Volk bei den letzten Wahlen von gefühlsmäßigen Stimmungen leiten lassen. Es suchte „Retter" unter den Rechtsparteien. Anscheinend gilt auch in der Wirtschaft der bekannte Erfahrungsgrundsatz, daß ein erheblicher Teil des Volkes erst durch harte Tatsachen klug wird und dann endlich vernünftig handelt. Vielleicht könnte der Ausgang der Aufwertungsfrage, die ungeheure Steuerbelastung der breiten Massen,

die Schonung des Besitzes

durch die Zollvorlage jetzt erzieherisch wirken. Der Bürgerblock wird versuchen, die Zollvorlage mit allen Mitteln im Reichstag durchsetzen, um dadurch eine neue Kapitalsbildung der Besitzenden zu erzielen. Nie hat ein Volk so aufgeatmet wie das deutsche nach der Beendigung der englischen Hungerblockade. Noch leidet es unter den Nachwirkungen und schon sind deutsche Parteien und Regierungsgewalten entschlossen, aus eigenem Antriebe

dem deutschen Volk eine neue Hungerblockade

mit Hilfe der Hochschutzzölle aufzulegen, die eine ungeheure Preiserhöhung aller Bedarfsartikel zur Folge haben wird und einen ungeahnten Profit für die Großagrarier und Großindustriellen bedeutet. Die Zollvorlage in ihrer Gesamtheit ist nichts weiter als die große Lohnbewegung des Unternehmertums. Die notleidende Wirtschaft kann eine Armee von Unternehmersyndici besolden, für die Arbeiterschaft hat sie nichts übrig. Der Reichstag ist von diesen Leuten zu einer Börse gemacht worden; und dieses Unternehmertum, das jede Lohnerhöhung rücksichtslos bekämpft, will durch Zölle einen Faulheitsgewinn verbuchen und wird ihn erhalten, dank einer gefügigen Mehrheit im Reichstag und einer Regierung, die tatsächlich nichts anderes ist, als ein Verwaltungsrat der besitzenden Klasse. Deutschland braucht nichts dringender als freien Zutritt zum Weltmarkt und freie Einfuhr der Agrarprodukte, die Politik der Regierung geht aber auf Isolierung Deutschlands und auf die Zufuhrsperre für ausländische Produkte. Die deutsche Wirtschaft kann jedoch nur weiterbestehen und sich entfalten, wenn billig produziert wird und sie mit ihren Industrieerzeugnissen Absatz auf dem Weltmarkt findet. Die Hochschutzzollpolitik bringt jedoch die Verteuerung der Produktion und die Erschwerung des Absatzes. Die Massen des deutschen Volkes brauchen Stärkung der Kaufkraft und Kräftigung ihrer Leistungsfähigkeit, die Hochschutzzollpolitik bedingt dagegen die Steigerung der Preise, die Schwächung der Kaufkraft und die Verminderung der Leistungsfähigkeit der Massen. Die deutsche Bevölkerungspolitik erfordert bessere Ernährung der minderbemittelten Schichten, wenn Seuchengefahren beseitigt werden und die Sterblichkeitsziffern herabgedrückt werden sollen.

Die Hochschutzzollpolitik läuft auf die Verschlechterung der Volksernährung und auf die Steigerung der Sterblichkeit hinaus.

Nicht allgemeine Staats- und Volksinteressen sind es, die mit der Zollpolitik gewahrt werden, sondern nichts als wirtschaftlicher

---

Sinnenspiel.

8] **Aus einem Tagebuch.**

Mitgeteilt von Kurt Eisner.

2. August.

Es ist seit einigen Tagen mürrisches Wetter. Von „Nachsonnenuntergängen" kann man auf die Dauer doch nicht leben. Um so weniger, als sie nicht immer dann in ihrer Pracht sich zeigen, wenn man für sie empfindlich ist. Ich habe an den letzten Abenden vergebens das Brückengeländer über dem Strom durch schwärmerisch dauerhafte Anlehnung in die Gefahr versetzt, in das Wasser zu stürzen. Ich sah die zartschimmernden Regenstimmung mit den Augen eines kühnen Malvirtuosen, erfreut, aber nicht ergriffen. Heute habe ich nicht einmal den Versuch unternommen, auf der Brücke Gedichte zu entfiedeln. Die Ferienkolonie ist bereits gestern abgereist. Die Abreise war für mich verstimmend, denn ich konnte meine Absicht, von der ich den Kindern und mir eine glückliche Stunde versprach, nicht ausführen. Ihr Verschwinden erschien mir wie eine plötzliche Flucht, damit mein guter Wille tückisch zuschanden würde. Ich Tor! Hatte ich mich denn überhaupt erkundigt, wie lange die Schar hierbleiben würde? Kein Wort hatte ich mit der Lehrerin gesprochen, nur mit humoristischem Behagen genossen, wie die ungefüge Dame mit ihren Schutzbefohlenen im Wasser tollte — — so furchtbar komisch wegen ihrer Körperlichkeit und doch so liebenswürdig in ihrer Hingabe an die Wesen, die einmal für wenige Tage Lebensfreiheit und Daseinsjubel verspürte, bis sie wieder eingesperrt sind in die Grabhäuser zwischen den dunstigen Höfen.

Die Paragraphentöchter reisen morgen ab. Ich habe dann gar keine Gesellschaft mehr. In der Fremdenliste, die das Wochenblatt der Kreisstadt veröffentlichte, las ich heute, daß Fräulein Käthe Blangen hier angekommen sei. Augenscheinlich die Tochter des Malers, der diesem Ort sein Ansehen durch seine Bilder verschafft hat. Vor zwanzig Jahren wohnte ich mit ihm Zimmer an Zimmer, ich begleitete ihn auf allen seinen Streifzügen, kauerte stundenlang neben ihm, um ihm beim Malen zuzuschauen. Wir wurden allmählich innig befreundet, obzwar ich fast noch ein Knabe und er bereits ein reifer Mann; es band uns mehr als eine flüchtige Reisebekanntschaft. Damals war er verlobt. Als ich in der Zeitung später seine Vermählung las, schrieb ich ihm einen herzlichen Brief. Seitdem schwand jede Beziehung zwischen uns. Wenn ich in den folgenden Jahren im Spätherbst Binsensee aufsuchte, war er jedesmal bereits abgereist. Er war ein schöner Mann. Seine Tochter wird achtzehn Jahre alt sein. Wie mag sie aussehen? Ich werde sie nicht aufsuchen, und da sich in dem weit ausgedehnten Dorfe nur die Badegäste näher kennen, die gemeinschaftlich essen, werde ich sie auch nicht zufällig treffen. Und das ist gut! Ich habe keinen Mut zu dem Abenteuer; es würde Erinnerungen wecken, und das ist gefährlich. Zudem ist der Vater inzwischen ein großer Mann geworden, wohl auch reich, und ich bloß ein fleißiger Handwerker vom Geiste.

•

4. August.

Das Spiel! Das Spiel? Wann beginnt es? Heute beim Mittagessen sprach man von dem schlechten Kaffee, den man bei einem Ausflug nach dem zwei Stunden entfernten Walddorf in der dortigen Konditorei getrunken. Die Leute glauben, bemerkte ein grämlicher Offizier a. D., uns solch Zeug vorsetzen zu können, weil es von einer schönen Witwe und ihren fünf hübschen Töchtern, die alle schon erwachsen und noch jung sind, zubereitet und serviert wird. Denken Sie, schloß der Berichterstatter, eine Konditorei, die von sechs Weibsbildern geleitet wird, die sämtlich ihre eleganten Kostüme an ihr herausschlagen wollen! Da muß der Gast bluten.

Die Beschwerde erweckte sofort bei mir den Drang ins Weite. Es schickte sich auch, daß ich mein Abenteuer nicht hier, wo gleichsam meine Heimat ist, suchte, sondern in der weiten Fremde. Ich pilgerte also nachmittags gen Wohldorf. Aus den geheimnisvollen Schicklichkeitserwägungen, die allezeit meinen Spieltrieb oder mein Triebspiel umrankte, ging ich nicht gerade Wegs in die Konditorei, sondern schlenderte in dem Orte umher, lagerte mich am Strande, und ließ mir endlich, als es die höchste Zeit war und der Tag schon zum Abend neigte, den Weg zu dem Weiberstaat weisen. Der Ruf hatte nicht übertrieben, im Gegenteil. Der Kaffee war wirklich spottschlecht und es waren nicht nur sechs, sondern sieben lebendige Frauen in diesem merkwürdigen Etablissement. Zuerst nahm mich die stattliche Mutter in Empfang und plazierte mich in den Salon, der die unzweideutige Eigenschaft einer einstigen guten Stube bürgerlicher Herkunft durch die Einschmuggelung einiger Marmortische ins Oeffentlich-Gewerbsmäßige nur notdürftig verwandelt hatte. Dann schlüpften der Reihe nach die fünf Töchter sehr geschäftig und eilfertig durch den Salon, ohne, wie es schien, den einzigen Gast zu mustern, sämtlich die niedlichsten Schmuckperlchen in eleganter Textilfassung. Und dann erschien endlich, groß, blaß und üppig-verführerisch, das eigentümliche Dienstmädchen, das mir den Kaffee brachte; es spielte offenbar gelegentlich die Kellnerin, wenn es den jungen Damen gefiel, vornehm den Betrieb lediglich zu überwachen. Und letzteres taten sie denn auch, wie ich bemerkte, sehr ausdauernd in einem Nebenzimmer, aus dem ihr Schwatzen und Hin- und Hereilen zu mir herüberdrang. Niemand kümmerte sich in direkter Nähe um mich. Auch dieses Abenteuer drohte mir zu entschlüpfen. Da befiel mich zur rechten Zeit ein Genuß nach Backwerk, ich bediente mich der Klingel auf dem Tischchen und hatte die Genugtuung, Fräulein Erna — die Mutter rief ihre Namen laut, um sie zu zitieren —, die mittelste der fünf, herbeizulocken. Sie hörte dämonisch lächelnd meine Bestellung, schloß den schweren Eichenschrank auf, entnahm einer Büchse einige Keks und zählte sie mir auf einen zierlichen Teller, den sie mir ebenso zierlich überreichte. Und um den einsamen Fremdling zu unterhalten, der sich in der Dämmerung langweilen mußte, fragte sie, ob ich hier als Badegast wäre. Nein, nur ein Ausflug aus Binsensee."

„Wir sind auch noch nicht lange hier, mein Herr."

Ich sah sie mir an: Es lag etwas nicht Geordnetes, Deklassiertes in ihrer Erscheinung, dazu eine nervöse Sinnlichkeit, die über ihr anmutiges Gesicht ein Geriesel von lebhaft wechselndem, mimischem Geäder ausströmte. Sie war reich, kokett, aber nicht sorgfältig gekleidet. Dazu schwül parfümiert, und dem Glanz ihrer dunklen Augen mochte sie nachgeholfen haben. Ihre Sprache war temperamentvoll und verriet Bildung. War das nicht endlich so ein wirrenreiches, raffiniertes, schwieriges Geschöpf, das zu abenteuerlichen Gefühlen anreizen konnte? Ich hatte den Eindruck, als ob sie jeden Morgen nicht nur körperlich, sondern auch seelisch höchst komplizierte Toilette machte. Ich beschloß, das Gespräch fortzusetzen, das abzureißen drohte, denn das Mädchen stand zum Fortgehen bereit.

„Sie sind nicht lange hier? Nach Ihrer Sprache vermute ich eine Landsmännin."

Wahrhaftig, das war so, und wir waren nun, schon näher gekommen. Unwillkürlich, aber leider nicht unbewußt, legte ich die linke Hand — ich stehe im Rufe, schöne Hände zu haben — auf die Marmorplatte, während ich die Rechte (mit dem Ring!) kunstvoll unter den Tisch bog. Ich sprach dann die Vermutung aus, daß sie nicht in einer Konditorei aufgewachsen sei. Diese Ansicht griff sie sehr hastig auf, als ob sie nur darauf gewartet hätte, zu erklären, daß sie eigentlich nicht hierher gehöre. Ich erfuhr, daß sie die Töchter eines höheren Beamten waren, der früh gestorben. Die Pension reichte nicht aus für die ganze Familie, und so kam man auf den Gedanken, die Rente durch die Uebernahme einer Konditorei in diesem Badeort zu erhöhen. Wenn man von persönlichen Schicksalen erzählt, wird man in einer halben Stunde vertrauter, als sonst in einem Jahr. Es dämmerte über unserer eifrigen Plauderei. Die Familie im Nebenzimmer schien nichts Auffallendes an dem Zwiegespräch zu finden. Mein Abenteuer entwickelte sich.

(Fortsetzung folgt.)

Egoismus des Großunternehmertums in Industrie und Landwirtschaft, die zurzeit der deutschen Regierung das Gepräge geben. Die staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gesamtinteressen des deutschen Volkes erfordern den

schärfsten Kampf gegen eine solche Politik des Wahnsinns.

Die Zollpolitik der Regierung steht in engstem Zusammenhang mit ihrer sonstigen Außen- und Innenpolitik. Innenpolitisch entspricht sie im Geist der Bevorzugung der Interessen des Großbesitzes, der sich besonders auf den Gebieten der Steuergesetzgebung unbeschränkt austobt, sie entspricht ferner der rücksichtslosen Enteignung der verarmten Gläubiger, die allen Wahlversprechungen zum Hohn durch die Aufwertungsgesetze nicht wieder gutgemacht worden ist. Die „Rettung", die der neue Reichspräsident den verarmten Gläubigern bringen sollte, verwandelt sich nun in eine Mehrbelastung auf dem Gebiet der Steuerleistung und der Preisgestaltung. Die enttäuschten und betrogenen Gläubiger und Sparer werden von dem Zollwucher und der Erhöhung der Massenbesteuerung ebenso hart getroffen wie die gesamten übrigen Lohn- und Gehaltsempfänger. Zoll auf Brot und Fleisch, überhaupt auf alle Lebensmittel belastet die Massen am schwersten. Aber die Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie die Sozialrentner und Kriegsbeschädigten dürfen nicht vergessen, daß auch die Industriezölle eine weitere, schwere, unerträgliche Belastung sind. Allein der Textilzoll! Schon heute ist es unmöglich bei geringem Einkommen, die Kosten für Bekleidung, Schuhwerk usw. zu bestreiten. Diese habsüchtige Politik des Großkapitals, die von den Rechtsparteien im Innern betrieben wird, dient zugleich dazu, die außenpolitische Selbstdemaskierung zu verschleiern. Die Lebensinteressen der Proletarier in Stadt und Land, der Lohn- und Gehaltsempfänger, der Sparer und Gläubiger, des kleinen Mittelstandes, kurz aller, die von dem Ertrag der eigenen Arbeit leben, gebieten in geschlossener Front den

Kampf gegen die Aushungerung der Massen,

gegen die brutale Machtsucht aufzunehmen. Nieder darum mit der Hochschutzzollpolitik. Wir fordern Brot, Freiheit und Frieden für das deutsche Volk!

Der Abmarsch.

Ein Trompetenstoß und die Redner hatten ihre Ansprachen beendet. Lebhafter Beifall zeigte ihnen, daß sie mit ihren Ausführungen alles das getroffen hatten, was die Massen bewegte und was der Massen Not ist. Ein Händehochheben, die Resolution, die durch Extrablätter des „Vorwärts" an die Massen verteilt worden war, war angenommen. Dann flogen wie auf Befehl die Kopfbedeckungen herunter, und wie aus einem Munde erscholl aus den Kehlen der Arbeiter die „Internationale". Der Ruf „Nieder mit dem Brotwucher", „Hoch die Republik" tönte durch die Reihen und die Massen formierten sich zum Abmarsch. Ohne Störung vollzog er sich. Zuerst rückten die einzelnen Abteilungen der SPD., die Betriebe, die Jugend und die Reichsbannergruppen ab. Dann folgten die kommunistischen Demonstranten, die eifrig nur hin und wieder einen Zwischenruf machen, den Ausführungen unserer Redner gelauscht hatten. Die Schupo, die in zahlreichen Abteilungen, zu Fuß und zu Pferde, angerückt war, bekam kaum etwas zu tun. Eine Stunde dauerte es, bis der Platz völlig geräumt war.

Der „Weltmann".

In einem Café am Bayerischen Platz sitzen ein Herr und eine Dame. Der Kellner zeigt größten Diensteifer. Die Dame ist stark parfümiert und gepudert, sie stochert angeregt-gelangweilt in ihrem Vanille-Eis herum. Der Herr sitzt gestrafft da, ein Bein über das andere geschlagen, die Hosen ganz hoch heraufgezogen, damit die seidenen Strümpfe zu sehen sind, hin und wieder wippt er mit dem Bein, die Strümpfe strahlen in seidigem Hochglanz. Die Schuhe sind auch neu, gelbe Halbschuhe mit Wildledereinsatz. Der ganze Herr sieht sehr neu angezogen aus, und er selbst weiß es zu schätzen, daß er Anzug, Strümpfe und Schuhe vielleicht zum ersten Male trägt, er kokettiert damit, er will sie bewundern lassen. Vor seinem göttlichen Blick thront ein Monokel, er mustert Menschen und Gegenstände mit souveräner Ueberlegenheit, mit der Geste eines Menschen, dem Bars, Dielen und andere Lebemänner-Institute zur Gewohnheit geworden sind, er ist ein Mann, der eben zu leben versteht. Er schnarrt den Kellner an, und dabei bilden sich zwei teife Falten um den Mund. Hin und wieder gießt er einen Likör herunter und wirft seiner Dame einen Herrenmenschenblick zu. In der Tür erscheint ein alter Herr mit einer Aktentasche unter dem Arm, er schlurft durch das Café, er ist irgendein mit Rheumatismus gesegneter Bureauvorsteher oder ähnliches. Er geht langsam an dem Tisch des Lebemanns vorbei und sieht ihn an. Der Lebemann greift sich an den Kopf, das Monokel ist plötzlich verschwunden, dann springt er auf, der Stuhl fällt um, der Herr hat plötzlich Scharniergelenke in den Hüften erhalten, er versinkt in zwei tiefen Verbeugungen. Der alte Herr dankt kaum, er ist absolute Vorgesetztenwürde. So etwas wie einen strafenden Blick wirft er in die Gegend des Lebemanns, dann ignoriert er ihn völlig. Der Lebemann fühlt sich im höchsten Grade geniert, er weiß nicht, wie er sitzen soll, ganz klein ist er geworden, beständig zieht er seine Hosen herunter und verwahrt seine Füße unter dem Tisch. Die Dame lächelt unmerklich und verstehend. Durch eine andere Tür verläßt der alte Herr das Café. Der Lebemann sieht das im Spiegel. Sofort ist wieder die Pose des Herrenmenschen da. Monokel und seidene Strümpfe erscheinen von neuem. Er ruft den Kellner und zahlt. Mit einer Stimme, die durch das ganze Café schallt, donnert er dem Kellner, der ihm Geld zurückgeben will, ein „Stimmt" entgegen. Dann verläßt er hocherhobenen Hauptes mit seiner Dame das Café. Jeder Zoll an ihm ein Weltmann.

Straßenbahnbetriebsstörung durch Kabelbrand.

Am Freitagnachmittag wurde der Straßenbahnverkehr im Zentrum und im Westen längere Zeit durch eine Explosion und einen Kabelbrand an der Umformerstation der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke in der Königin-Augusta-Straße 37 in Mitleidenschaft gezogen. Die Explosion war in einem Post-Kabelschacht entstanden und hatten die Flammen mehrere Kabel zum „Schmoren" gebracht. Dadurch waren zahlreiche Leitungen stromlos geworden. Entstanden war die Explosion in einem Post-Kabelschacht durch Kurzschluß, wodurch andere Kabel der Elektrizitätswerke beschädigt wurden. Der Bürgersteig vor dem Hause Königin-Augusta-Straße 33 war stark beschädigt worden. Eine Person hatte leichte Verletzungen durch Steine erlitten. Infolge dieser Explosion entstand eine Störung in der Zuführung des elektrischen Stromes für die Straßenbahn, der etwa zwei Stunden dauerte.

Bei lebendigem Leib verbrannt.

Einen schrecklichen Flammentod fand am Donnerstag nachmittag der 69 Jahre alte Arbeiter Hermann Münch aus der Posener Straße 28, der seit vielen Jahren auf den Neukölliner Elektrizitätswerken an der Ecke des Weigandufers und der Teupitzer Straße beschäftigt war. Er brannte auf dem Hofe des Werkes an einem Koksofen unter freiem Himmel Muffen aus. In der dritten Stunde kam plötzlich ein heftiger Windstoß und schlug seine alte mit Oel vollgetränkte Schürze gegen den glühenden Ofen. Die Schürze stand gleich in Flammen. Der alte Mann rannte in seiner Angst in einen nahegelegenen Schuppen und wälzte sich im Sande, um das Feuer zu ersticken. Als ihm das nicht gelang, sprang er, ganz von Flammen eingehüllt, wieder auf und lief zwischen die Kabeltonnen. Bald brannten nun auch diese. Arbeiter, die jetzt auf die Hilferufe des Unglücklichen herbeieilten, versuchten, mit eigener Gefahr, ihm das brennende Zeug vom Leibe zu reißen. Es war aber zu fest geschnürt. Münch brach jetzt zusammen, und erst jetzt gelang es, das Feuer auf seinem Leibe zu ersticken. Die Feuerwehr, die gerufen wurde, brachte ihn nach dem Krankenhaus am Urban, wo er unter schrecklichen Qualen bald verschied. Der Brand wurde mit drei Löschzügen leicht bezwungen. Vernichtet wurden nur 3—4 Kabeltonnen und eine Bude.

Die unerträgliche Fleischteuerung.

Städtische Maßnahmen in Vorbereitung.

Endlich hat sich auch die städtische Ernährungsdeputation zu einer Sitzung aufgeschwungen, um die Ursachen der katastrophalen Fleischteuerung zu besprechen und den Versuch zu machen, von stadtwegen der verhängnisvollen Entwicklung der letzten Wochen entgegenzuarbeiten. Am Schluß einer sehr eingehenden Debatte konnte man feststellen, daß außer den schon bekannten und von uns auch genügend gekennzeichneten Faktoren auch die Fleischermeister mit ihrer oft skrupellosen Heraufsetzung der Kleinhandelspreise Schuld an der fürchterlichen Fleischteuerung sind. Es fand sich auf keiner Seite ein Verteidiger dieser Zustände. Die Deputation beschloß deshalb einstimmig, den Leiter des Ernährungsamtes mit der sofortigen Veranstaltung einer Enquete über die Ursachen der Teuerung im Kleinhandel zu beauftragen. Dazu sollen Sachverständige aus kommunalen wie aus privaten Betrieben herangezogen werden. Die Deputation will sich dann in einer Vollsitzung noch einmal mit dem zu sammelnden Zahlenmaterial beschäftigen und das Ergebnis der Beratung der Oeffentlichkeit mitteilen. Man verspricht sich davon eine starke moralische Wirkung, die sich dann in einer Senkung der Preise wird auswirken müssen.

Darüber hinaus setzte sich aber auch auf der bürgerlichen Seite doch die Ueberzeugung durch, daß die Stadt auch mit wirtschaftlichen Mitteln der Fleischteuerung entgegenarbeiten müsse. Man beschloß deshalb, den Magistrat zu ersuchen, den Verkauf von Gefrierfleisch in eigenen städtischen Verkaufsstellen und Läden in die Hand zu nehmen. Gegen diesen Antrag, der bezeichnenderweise von deutschnationaler Seite eingebracht wurde, protestierte lediglich der Wirtschaftsparteiler in einer lendenlahmen Prinzipienerklärung über Kommunalisierung und ähnliche verwerfliche Dinge. Es muß sich bald zeigen, ob die bürgerlichen Parteien auch im Plenum der Stadtverordnetenversammlung einem solchen Vorgehen der Stadtverwaltung zustimmen. Bisher haben sie sich nach Leibeskräften bemüht, alle kommunalen Einrichtungen zu beseitigen. Auf dem Gebiet des Fleischverkaufs liegen aber bereits eine Reihe für die Stadt günstige Erfahrungen vor. Der Apparat dafür läßt sich — wenn nicht politische Widerstände im Plenum erhoben werden, — verhältnismäßig leicht aufziehen. Während so die Vertreter der städtischen Bevölkerung aus allen Parteien unter dem Druck der Not gezwungen sind, für die Förderung des Absatzes von Gefrierfleisch einzutreten, um wenigstens ein Gegengewicht gegen die Preiskatastrophe zu schaffen, berät man im Reichstag über die gänzliche Sperrung der Einfuhr von Gefrierfleisch und über die Erhöhung des Zolls auf solche Sätze, daß die Teuerung noch weit katastrophaler werden muß. Bei den Stadtverordnetenwahlen wird die Bevölkerung Berlins Gelegenheit haben, den bürgerlichen Parteien, namentlich den Rechtsparteien zu zeigen, was sie von ihrem wirtschaftspolitischen Kurse hält.

Die Milchknappheit in Berlin.

Keine Gefährdung der Säuglingsernährung.

Durch das Zusammentreffen verschiedener Umstände, insbesondere aber infolge der großen Hitze und des gesteigerten Konsums auf dem Lande, hat seit ungefähr Mitte Juli die Milcheinfuhr in Berlin nachgelassen und sich in einigen Stadtteilen Milchknappheit bemerkbar gemacht. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, beträgt der Ausfall der Lieferung im Vergleich zu normalen Zeiten etwa 150000 Liter pro Tag. Wie schon angedeutet, ist der Grund für die Verringerung der Milcheinfuhr darin zu suchen, daß infolge der Hitze erhebliche Milchmengen in sauerem Zustande in Berlin eintreffen und für die menschliche Ernährung ausfallen, weil ein Verbot der Neutralisierung besteht. Auf der anderen Seite ist der Grund für den Ausfall der Lieferung darin zu suchen, daß sich die Landwirtschaft gegenwärtig in der Ernte befindet und so der Milchwirtschaft nicht die volle Aufmerksamkeit zuwenden kann. Bisher hat auch die geringe Abkühlung noch keine Besserung gebracht. Es wird aber mit aller Entschiedenheit betont, daß die Säuglingsernährung in keiner Weise irgendwie gefährdet ist, und daß auch die Versorgung der werdenden Mütter und Kranken in jeder Hinsicht sichergestellt ist, so daß kein Grund zur Besorgnis besteht. Eine Gefährdung der Säuglingsernährung kann, wie uns mitgeteilt wird, erst bei einer Minimaleinfuhr von 115 000 Litern für Berlin eintreten. Die jetzige Einfuhr beträgt aber noch täglich 700 000 Liter, wozu noch etwa 200 000 Liter Milch kommen, die in Berlin und der näheren Umgebung produziert werden. Hauptsächlich wird die Milchknappheit aber auf die ungeheure Steigerung des Konsums infolge der Hitze zurückgeführt.

Der Verfassungstag in Deutschland.

700 Einzelfeiern im ganzen Reich in Vorbereitung.

Die Hauptverfassungsfeier der Republikaner findet in diesem Jahre unter Anwesenheit des Bundespräsidenten Hörsing und der Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Berlin statt. Daneben werden in allen größeren Städten im Reich Verfassungsfeiern veranstaltet. Wie wir hören, sind bisher mehr als siebenhundert Einzelverfassungsfeiern im ganzen Reich in Vorbereitung.

Die Suspendierungen im Reichsmonopolamt.

Zu den neuerdings erfolgten Verhaftungen und Suspendierungen in der großen Spritschieberaffäre erfahren wir von unterrichteter Seite noch folgende Einzelheiten:

Im Zusammenhang mit der Aufdeckung erheblicher Spritschiebungen in fast allen Teilen Deutschland sind, wie bereits kurz gemeldet, drei Beamte der Verwertungsstelle des Reichsmonopolamtes für Branntwein vom Dienste suspendiert worden, und zwar die Direktoren Philipp und Horwitz, sowie ein leitender Angestellter namens Wilde. Es handelt sich bei dieser Angelegenheit, deren Untersuchung erst im Anfangsstadium steht, in der Hauptsache um Jahre lang zurückliegende Fälschungen von Einfuhrverträgen für die Lieferung von Sprit. Den suspendierten Beamten des Reichsmonopolamtes soll der Vorwurf gemacht werden, daß sie an diesen Geschäften nicht ganz uninteressiert gewesen seien und aus diesem Grunde trotz Kenntnis der vorgenommenen Fälschungen die Verträge nicht beanstandet hätten. Mit diesen Geschäften wird ferner der ehemalige Direktor der Verwertungsstelle des Monopolamtes, Klose, in Verbindung gebracht, der allerdings schon seit Jahren aus der Verwertungsstelle ausgeschieden und jetzt Direktor bei der bekannten Stonsdorfer Firma C. A. F. Körner ist. Weitere Mitteilungen über diese unerquickliche Affäre können im Interesse des Fortgangs der Untersuchung zurzeit noch nicht gemacht werden.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 25. Juli.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

3.35 Uhr nachm.: Onkel Doktor als Märchenerzähler: „Krumm-Hänschen", ein modernes Märchen, und „Kletter-Katrinchen" (erzählt von Dr. med. E. Mosbacher). **5—5.45 Uhr** nachm.: Rezitation. Dr. Wilhelm Leyhausen. **5.45—6.30 Uhr** abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferdy Kauffman. **6.55 Uhr** abends: Theodor Kappstein: „Eine Reise durch Spanien". 3. Vortrag. „Granada, Ronda, Gibraltar". **7.30 Uhr** abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Sprachunterricht. Dr. Julius Glück: „Esperanto". **8.30 Uhr** abends: „In der Laubenkolonie". Ein Hörbild. **10 Uhr** abends: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitansage. Wetterdienst. Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. **10.30—11 Uhr** abends: Tanzmusik.

Das Geständnis einer Sterbenden.

Zuchthausstrafe für einen Arzt auf Indizienbeweis.

Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte gestern nach zweitägiger Verhandlung den prakt. Arzt Dr. J. wegen Verbrechens nach § 219 (Lohnabtreibung) in einem Falle und Beihilfe zu einem Versuch in einem weiteren Falle zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 8 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft. Der Mitangeklagte, Sanitätsrat Dr. Z. wurde von der Anklage der fahrlässigen Tötung und dem Verbrechen gegen § 219 freigesprochen.

Nach den Urteilsgründen, die Landgerichtsdirektor Tolki gab, hat das Gericht Dr. J. in dem Hauptfalle als überführt erachtet durch das Geständnis der Sterbenden. Das Gesetz kenne bei § 219 keine mildernden Umstände. Wenn der Strafrahmen des über 50 Jahre alten Gesetzes auch den heutigen Anschauungen nicht mehr entspräche, so könnte die niedrigste Grenze bei der Strafe nicht genommen werden, weil es sich um einen Arzt handelte, der schon einmal in ein Verfahren verwickelt war und wußte, was auf dem Spiele stand. Eine der Ursachen zum Tode des Mädchens, war mit sein Eingriff. Mildernd war, daß er schon im vorgerückten Alter steht, und daß die Verurteilung ihn der Achtung seiner Berufskollegen entziehen werde. Staatsanwaltschaftsrat Vater beantragte wegen Fluchtverdacht bei der Höhe der Strafe den Erlaß eines Haftbefehles. Die Verteidigung widersprach dem Antrage. Der Angeklagte sei nicht geflohen, obwohl er nur 100 Mark Kaution gestellt habe. Er sei schwerhörig und vermögenslos. Die Verhaftung würde ein unabsehbares Unglück über seine Familie bringen, denn die Frau sei schwer krank. Nach kurzer Beratung beschloß das Gericht, von dem Erlaß eines Haftbefehls abzusehen. Das Gericht nimmt mit Sicherheit an, daß der Angeklagte Berufung einlegen werde und bis dahin nicht fliehen werde. Eine Verurteilung sei nicht mit mathematischer Sicherheit erfolgt, sondern auf einen Indizienbeweis, und es bestehe die Möglichkeit, daß das Berufungsgericht zu einem anderen Urteil kommen könne. Der Haftbefehl würde den Angeklagten auf das schwerste treffen und deshalb sei davon abgesehen worden.

Um die Polizeistunde.

Protest der Gastwirtsgehilfen.

Gegen die Verlängerung der Polizeistunde wendet sich energisch der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten. Die Gastwirtsgehilfen sagen mit Recht, daß die Versprechungen der Unternehmer, bei Verlängerung der Polizeistunde mehr Personal einzustellen und größeres Entgegenkommen zu zeigen, bisher niemals erfüllt worden sind. Jede Verlängerung der Polizeistunde führt zu einer Verlängerung der Arbeitszeit und noch dazu zu einer unbezahlten Verlängerung. Außerdem haben die Gastwirtsgehilfen noch die Aussicht, bei der verlängerten Arbeitszeit in den Großstädten stundenlange Wege nach den Wohnungen in Kauf nehmen zu müssen, da die Verkehrsanstalten sich weigern, ihren nächtlichen Fahrplan auszudehnen. Dazu kommen allgemeinwirtschaftliche Gründe; denn auch die Gastwirtsgehilfen haben das Recht, in ihrer Arbeitskraft geschützt zu werden. Nicht eine Verlängerung der Polizeistunde könne eine Besserung der wirtschaftlichen Lage des Gastwirtsgewerbes und der Gasthausangestellten bringen, sondern nur eine Erhöhung der Kaufkraft der großen Masse der Bevölkerung durch Gewährung von Löhnen an alle Arbeiter, Angestellte und Beamten, die der tatsächlichen Steigerung der Lebenshaltungskosten entsprechen. Bei dieser Gelegenheit muß auch der Behauptung widersprochen werden, als ob die heutige Polizeistunde gegen früher einen Rückschritt bedeute. In Wirklichkeit ist, wie amtliche Unterlagen zeigen, in der heutigen Regelung der Polizeistunde den Gastwirten und dem nächtlichen Publikum schon viel größeres Entgegenkommen gezeigt worden als in der Vorkriegszeit. Während jetzt die gewöhnliche Berliner Polizeistunde 1 Uhr ist, hatten Ende 1913 im damaligen Ortspolizeibezirk Berlin die Mehrzahl, nämlich fast 53 Proz. der Lokale, um 11 Uhr Schluß, weitere 26 Proz. um 12 Uhr, noch nicht 13 Proz. durften bis 1 Uhr offen halten und der kleine Rest bis 2 Uhr und später. — Gegen den Beschluß des Breslauer Gastwirtstages, die Polizeistunde bis 2 bzw. 4 Uhr zu verlängern und über die Ruhezeit der Angestellten nicht mehr Buch zu führen, hat die Organisation der Kellner bereits Protest eingelegt. Kopenhagen, Stockholm und London haben um 12 Uhr Polizeistunde; London will sie auf 11 Uhr herabsetzen.

Verbotene Badestellen.

Der Berliner war von jeher eine Wasserratte durch und durch. Bewundernswürdig ist es, wie er sich allen Gewalten zum Trotz seine Freibäder erobert hat. Bei der furchtbaren Hitze badet er auch an vielen verbotenen Stellen, wie z. B. im Spandauer Schiffahrtskanal bei Plötzensee. Der Reichswasserschutz fährt an dem allen vorbei und sieht nichts und das ist gut so. Denn die Menschen für ihren Drang zum Wasser auch noch zu bestrafen, wäre sicher ungerecht. Freilich badet so jeder auf eigene Gefahr und muß damit rechnen, ohne behördlichen Schutz zu ertrinken. Doch die Seen und freigegebenen Badestellen sind mehr als überfüllt, die Menschen kleben beinahe auf einander wie Fliegen auf einer Fliegentüte. Der Herdentrieb läßt aber die meisten sich nicht wohl dabei befinden. Doch die Einzelgänger und Familien, die mit jedem Groschen rechnen müssen, sie haben alle irgendwo eine verbotene Badestelle, wo sie sich einem idyllischen Strandleben hingeben. An einzelnen Stellen wird sogar von ständigen Badegästen für Ordnung gesorgt und diejenigen, die den Wald als Papierkorb ansehen, eines Besseren belehrt. Abends müssen auch die Kanäle der Stadt daran glauben. Junge Fabrikarbeiter, die den ganzen Tag in Rauch und Hitze schanzten, suchen in den Kanälen Erfrischung und setzen einem manchmal durch halsbrecherische Hechtsprünge von den Brücken in Staunen und Schrecken zugleich. „Verbotene" Badestellen. Es hat sich doch mancherlei zum Besseren gewandelt. Man kann der Polizei nur Glück dazu wünschen, daß sie da, wo es nur irgend geht, ein, ja beide Augen zudrückt und so nicht dem toten Paragraphen, sondern dem lebendigen Dasein dient.

Schwindel mit Hundertmilliardenscheinen.

Auf Zimmervermieterinnen hat es ein Gauner abgesehen, der in allen Stadtvierteln auftritt. Er sucht sich namentlich alte Frauen aus, die oft etwas vertrauensselig sind und nicht genau aufpassen. Wenn er gemietet hat, zahlt er am liebsten auf einem etwas dunklen Flur für einen Monat, indem er sagt: „Hier ist ein Hundertmarkschein." Die Vermieterinnen nehmen arglos den zusammengekniffen Schein an, geben den Ueberschuß heraus und sehen erst später, daß sie einen wertlosen Hundertmilliardenschein erhalten haben. Also Vorsicht!

Kinderaussagen.

Auf die Beschuldigung mehrerer kleiner Mädchen war ein Arbeiter Sch. angeklagt, sich in zahlreichen Fällen an diesen sittlich vergangen zu haben. Die kleinen Zeuginnen schilderten zunächst bestimmte Vorgänge mit großer Genauigkeit, wichen dann aber in ihren Schilderungen ab und gaben andere Vorstellungen der Vorgänge. Dem Verteidiger gelang es, den Nachweis zu erbringen, daß die Kinder nicht nur bei den verschiedenen Vernehmungen sich versprochen hatten, sondern zunächst auch andere Männer bezichtigt hatten und im Wiedererkennen des Angeklagten schwankend gewesen seien. Das Schöffengericht Berlin-

Mitte konnte sich daraufhin zu einer Verurteilung des bisher unbestraften Mannes zu einer Zuchthausstrafe nicht entschließen, sondern sprach ihn auf Kosten der Staatskasse frei.

Die Wasserschwierigkeiten überwunden.

Am Donnerstag und Freitag ist es, wie die Direktion der Charlottenburger Wasserwerke durch die BS-Korrespondenz mitteilen läßt, gelungen, den durch die Betriebsstörung im Werk Beelitzhof verursachten Wasserausfall wieder auszugleichen und die Wasserbehälter wieder auf den alten Stand aufzufüllen, so daß die Schwierigkeiten am heutigen Sonnabend endgültig behoben sein dürften. Auch die Arbeiten zur Steigerung der Produktionsleistung sind in den letzten Tagen erheblich gefördert worden und es ist möglich gewesen, inzwischen drei weitere Tiefbrunnen in Betrieb zu nehmen, wodurch sich die Leistungsfähigkeit des Werkes nicht unerheblich erhöht. Am heutigen Sonnabend werden ein bis zwei weitere Tiefbrunnen fertiggestellt und der Benutzung übergeben werden.

Praktische Altershilfe. Preiswerte, gut eingerichtete möblierte Zimmer weist ständig unentgeltlich innerhalb des Bezirks Prenzlauer Berg nach die Kleinrentnerfürsorge Prenzlauer Berg, Danziger Str. 64, Hof eine Treppe, Zimmer 119, Sprechstunden werktäglich von 9—1 Uhr. Telephon: Königstadt 622.

Zu dem geheimnisvollen Fund blutbefleckter Wäsche in der Bucher Forst erfahren wir, daß gestern im Laufe des Tages der Wald und die weitere Umgebung von einem größeren Aufgebot von Kriminalbeamten durchforscht wurde. Trotzdem die Nachforschungen bis in den Nachmittag fortgesetzt wurden, waren alle Bemühungen vergeblich. Es wurde keine Leiche gefunden. In der ganzen Gegend wird niemand vermißt, der als Eigentümer dieser Wäschestücke in Frage kommen könnte. Wer über die Herkunft der Wäschestücke zweckdienliche Mitteilungen machen kann, wird gebeten, diese Kriminalkommissar Riemann im Zimmer 84 des Polizeipräsidiums zuzuleiten.

Sprech-Chor für Proletarische Feierstunden. Sonntag, den 26. Juli Ausflug zum Stienitzsee. Treffpunkt: Hauptbahnhof Strausberg, morgens 8 Uhr. Nächste Uebungsstunde Donnerstag, den 6. August.

Schwarzrotgoldene Fahnen sowie rote, mit und ohne Gösch, erhält man bei Leppin, Uhlandstr. 181/82 v. 1 Tr. Einzelverkauf zu Engrospreisen, direkt ab Fabrikation. Günstigste Bezugsquelle für Händler.

Die großen Heide- und Waldbrände.

Der hannoversche Heidebrand nahezu gelöscht.

Im Anschluß an die letzten Mitteilungen ist festzustellen, daß am Freitag die Ausdehnung des Feuers sich gegen den Stand, den es seit 48 Stunden hatte, nicht verbreitert hat. Lediglich im Kreise Nienburg ließ es sich bei dem starken Winde nicht verhindern, daß das Feuer auf Forstgebiet übergesprungen ist. Und im Kreise Neustadt, wo schon Hochwald brennt, ist noch das Helstorfer Moor neu vom Brand ergriffen worden, während im Kreise Burgdorf der Brand zum Stehen gekommen ist. Nach wie vor stehen Reichswehrsoldaten, Schutzpolizisten und andere Hilfsorganisationen in angestrengtester, durch die furchtbare Hitze und die dichten Rauchwolken ungeheuerlich erschwerter Lösch- und Abwehrarbeit. Bei dem überall herrschenden Wassermangel ist die einzige mögliche Methode der Abwehr des Brandes durch das Ausschlagen der einzelnen Flammen mit großen grünen Zweigen. Andere Mittel müssen, wenn kein Regen einsetzt, gegenüber einem solchen elementaren Ereignis von so großen Dimensionen versagen. Menschenleben, Häuser und Ernte sind nach wie vor nirgends beschädigt oder vernichtet worden. — Neu ausgebrochen ist — unabhängig von dem Heidebrand an den Grenzen der Regierungsbezirke Hannover und Lüneburg — ein Moor- und Heidebrand im Regierungsbezirk Osnabrück, zu dessen Bekämpfung ebenfalls alle verfügbaren Kräfte an Reichswehr, Schutzpolizei mobilisiert worden sind.

Der Waldbrand bei Rathenow.

Der umfangreiche Waldbrand zwischen Rathenow und der Elbe ist am Donnerstag mittag an der Ostseite des Kreises Jerichow II in der Nähe von Rathenow ausgebrochen und wälzte sich mit außerordentlicher Geschwindigkeit nach Westen bis an die Elbe heran. Nach vorläufiger Schätzung sind, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, von dem Brand in einer Länge von 16 Kilometer ungefähr 25 000 Morgen heimgesucht worden. Es handelt sich hierbei um Privatforsten, die zum Teil größeren Besitzern, zum Teil bäuerlichen Eigentümern gehörten. Verluste an Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Auch Häuser sind vom Brand unberührt geblieben. Zur Bekämpfung des Brandes wurden sofort die Garnisonen in Rathenow von Osten her und von Stendal vom Westen her alarmiert und prompt, mit anderen Reichswehrtruppen, eingesetzt. Die Gefahr ist gegenwärtig beseitigt. Kleine Flackerfeuer sind noch zu bemerken, die, bei ungünstigem Wind, sich ausbreiten könnten. Da aber die Beobachtung des an sich unübersichtlichen Geländes rasch organisiert worden ist und man über genügend Mannschaften verfügt, hofft man, daß der Brand sich nicht mehr ausbreiten wird. Der Landrat des Kreises, Dr. Bentlage, hat sofort an mehreren Stellen hohe Holzgerüste als Beobachtungsposten errichten lassen und sie mit Telephonleitungen versehen, so daß jedes Neuaufflackern des Brandes sofort gesichtet und gemeldet werden kann.

Eine Drahtseilbahnkatastrophe.

Karlsruhe, 24. Juli. (TU.) Gestern abend fuhren 5 Mädchen zu ihrem Vergnügen mit der Drahtseilbahn eines Werkes bei Langenbrand, die ein Arbeiter hierzu in Gang gesetzt hatte. Plötzlich sauste der Förderschlitten mit den Mädchen in die Tiefe. Durch den Absturz wurden drei Mädchen sofort getötet, während die zwei anderen noch im Laufe der Nacht ihren schweren Verletzungen erlagen. Der Arbeiter selbst liegt mit lebensgefährlichen Verletzungen im Krankenhaus.

Bootsunglück von 21 Olympiafahrern.

Am Freitag früh um 7.30 kam, wie WTB. aus Müllheim mitteilt, ein Boot von Basel, das mit 21 Sportsleuten besetzt war, die an der Olympiade in Frankfurt a. M. teilnehmen wollten, den Rhein herunter. Infolge des herrschenden Windes stieß das Boot an der Neuburger Brücke an ein dort haltendes Schiff und kenterte. Dem Brückenwärter gelang es, die meisten Ruderer aus dem Wasser zu ziehen. Einige von ihnen konnten sich schwimmend retten. Ein Insasse ist ertrunken, einer wurde schwer, zwei andere weniger schwer verletzt. Die Verletzten fanden im Krankenhaus in Mühlhausen Aufnahme. Sechs Mann fuhren nach Frankfurt weiter, während die übrigen mit dem Zuge nach Basel zurückkehrten.

Großfeuer in Oslo. Am Freitag früh brach in Oslo, der Hauptstadt Norwegens, ein Brand aus, der bald einen so riesigen Umfang annahm, daß selbst über das Meer von Kopenhagen Löschhilfe erbeten wurde. Eine Anzahl von Silo- und Packhäusern wurde eingeäschert. Der Schaden geht in die Millionen.

Der Typhus in Hamburg. Der letzte Wochenbericht des Gesundheitsamtes meldet 47 Typhusfälle. Etwa 30 Fälle betreffen die Besatzung eines Dampfers, der in der letzten Woche Hamburg wieder verlassen hat. 14 Fälle ereigneten sich bei einer Firma. Die übrigen drei Fälle sind Einzelerkrankungen. Der Gefahr einer weiteren Ausdehnung ist durch umfassende Sicherheitsmaßnahmen vorgebeugt.

Wetter für Berlin und Umgegend: Trübe mit sinkenden Temperaturen und wiederholten gewitterartigen Regenfällen. — **Für Deutschland:** Auch im Osten langsame Abkühlung. Vielfach Regenschauer.

Gegen die Zollabschnürung.

In der Pressekorrespondenz des JGB. schreibt Robert Tremelloni über dieses wichtige Thema:

Europa wird von einer Schutzzollepidemie heimgesucht. Die Regierungen aller Länder sind einzig und allein darauf bedacht, die Wünsche der Nationalisten und Kapitalisten zu befriedigen, wobei sie sich der Gefahren, von denen unser in Zerfall geratener Kontinent bedroht wird, kaum bewußt sind oder sie auf die leichte Achsel nehmen.

Demgegenüber weisen die Wirtschafter und Soziologen unermüdlich auf die schlimmen Folgen der Gegensätze innerhalb Europas, sowie auf die chinesischen Mauern hin, die von Land zu Land aufgerichtet werden.

Die Lasten, die sich aus der neusten Entwicklung ergeben, drücken schwer auf die Schultern der Arbeiter, deren Reallöhne im Vergleich zum Jahre 1900 beträchtlich gesunken sind und deren Lebensbedingungen immer schlechter werden.

Zwei der wichtigsten Industrieländer Europas, Großbritannien und Deutschland, haben bereits Riesenschritte auf dem Wege des Schutzzolls zurückgelegt oder sind im Begriff, in dieser Richtung zu gehen. Diese Politik liefert den anderen Ländern den Vorwand, ihre nationalen Industrien ebenfalls zu „verteidigen", weitere Schranken aufzurichten und die Lage noch schwieriger zu gestalten.

Die Schäden dieser Selbstmordpolitik, auf die die Gewerkschaften der Amsterdamer Internationale mit allem Nachdruck aufmerksam machen, werden in einigen Jahren offen zutage liegen, falls sich die treibenden Kräfte nicht schon vorher auf ein Besseres besinnen. Es ist wichtig, daß die Gewerkschaftsinternationale das Banner des Freihandels hochhält und die Kampagne gegen den Schutzzoll auch auf internationales Gebiet verlegt.

An Hand umfassender statistischer Angaben, wie sie z. B. vor einigen Tagen die statistische Abteilung des amerikanischen Handelsamtes veröffentlichte, kann man ersehen, daß die Verhältnisse bereits jetzt schon sehr ungünstig liegen. Die Einfuhr und Ausfuhr der verschiedenen Erdteile in Millionen Dollar gestaltete sich in den Jahren 1913, 1923 und 1924 wie folgt:

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1913	1923	1924	1913	1923	1924
Amerika	3 475	5 947	5 748	4 055	6 732	7 491
Europa[1])	10 688	11 648	13 435	8 950	9 712	10 679
„ [2])	—	13 509	15 793	—	11 182	12 514
Asien	1 358	2 284	2 445	1 487	2 543	2 693
Afrika und Australien ...	982	1 473	1 538	878	1 291	1 444
Total[3])	16 498	21 852	23 166	15 365	20 188	22 307
Total[4])	—	23 213	25 524	—	21 658	24 142

[1]) 13 Länder. [2]) 21 Länder. [3]) 38 Länder. [4]) 46 Länder.

Dazu ist zunächst zu bemerken, daß das Total der Einfuhren mit dem Total der Ausfuhren nicht übereinstimmt, da von der Statistik nur neun Zehntel der Länder ergriffen werden konnten und die Berücksichtigung der Valuten der verschiedenen Nationen leichte Differenzen ergibt. Dessen ungeachtet können aber aus diesen Ziffern interessante Schlußfolgerungen gezogen werden.

Es ist daraus unzweideutig ersichtlich, daß der Welthandel in den letzten 10 Jahren zurückgegangen ist. Wenn man die Entwertung des Gold-Dollars (zirka 50 Proz.) mit den Schwankungen der Warenpreise ins Verhältnis bringt, kann man sagen, daß die Indexzahl des Welthandels von 100 im Jahre 1913 auf 96 im Jahre 1924 gesunken ist.

Was aber vor allem symptomatisch ist, ist die Tatsache, daß Europa der einzige Kontinent ist, dessen Handelsbilanz sich empfindlich verschlechtert hat. Setzt man die Importe mit 100 ein, so stellen sich die Exporte im Jahre 1924 bei Amerika auf 130,3, bei Asien auf 110,1, bei Afrika und Australien auf 93,8 und bei Europa auf nur 79,2.

Es ist schon wiederholt behauptet worden, daß es das Los von Europa sein werde, eine Kolonie der Vereinigten Staaten zu werden. Man darf in diesem Zusammenhang wohl sagen, daß sich die Vereinigten Staaten allerdings einer Handelsbilanz erfreuen, die auf dem Weltmarkt immer mehr ins Gewicht fällt. Während im Jahre 1913 nur 16,2 Proz. der Ausfuhren und 10,9 Proz. der Einfuhren auf Amerika entfielen, kontrolliert es im Jahre 1924 14,1 Proz. der Importe und 19 Proz. der Exporte, d. h. fast ein Fünftel des gesamten, internationalen Warenaustausches!

Diese Ziffern bestätigen die pessimistischen Voraussagen der Nitti, Ferarro, Rignano und anderer Wirtschafter und Denker.

Dies zeigt sich besonders auch, wenn man zu dem wenig erfreulichen Bild der Handelsbilanzen dasjenige der Wanderung fügt. Die Wanderungsbewegung der verschiedenen Länder der Welt war in den Jahren 1913, 1920, 1921 und 1922 die folgende:

	1913	1920	1921	1922
Auswanderung und Rückwanderung ..	3 570 000	2 020 000	1 675 000	985 638
Auswanderung ohne Rückwanderung ..	2 598 009	1 262 000	965 000	—

Setzt man die Quote des Jahres 1913 mit 100 gleich, so ist sie von 57 im Jahre 1920 auf 47 im Jahre 1921 und 27 im Jahre 1922 zurückgegangen. Die Indexziffern der darauffolgenden Jahre sind offiziell nicht bekannt. Auf alle Fälle kann man aber von einem starken Rückgang sprechen.

Angesichts aller dieser Faktoren ist es Aufgabe der international organisierten Arbeiter, immer und immer wieder auf die ernsten Folgen aufmerksam zu machen, die eine weitere Einengung der Weltwirtschaft durch eine ausgesprochene Schutzzollpolitik haben muß. Das Bekenntnis der Arbeiter zu einer Politik des Friedens, zum Gedanken der internationalen Verständigung und zur freien Zusammenarbeit erhält in diesem Augenblick eine ganz besondere Bedeutung.

Rückbildung der Hypothekenbankkonzerne?

Im deutschen Hypothekenbankwesen hat die Stabilisierung der Währung allmählich dazu geführt, daß man die historische Aufgabe, die Hypothekenvermittlung wieder in Angriff nahm und sich von den in der Inflation notwendig gewordenen geschäftsfremden Betätigungen zurückzog. Es war daher zu erwarten, daß eines Tages auch die Frage zur Diskussion gestellt wird, ob die damals von mehreren Hypothekenbankgruppen vorgenommene Konzernbildung weiterhin aufrechterhalten oder wieder preisgegeben würde. Es ist bekannt, daß diese Konzernierung von Hypothekenbanken seinerzeit in drei verschiedenen Formen erfolgte. Die engste Verbindung, die heute wohl noch ungemindert fortbesteht, stellt die Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken dar mit sieben größeren Banken, die tatsächlich eine Kombination darstellt, bei der die kaufmännische (wenn auch nicht juristische) Selbständigkeit der Mitglieder aufgehoben war. Die loseste Verbindung hatte eine Gruppe süddeutscher Hypothekenbanken, die nur eine Arbeitsgemeinschaft zur gelegentlichen gemeinsamen Durchführung lohnender Geschäfte bildet, für deren Wahrnehmung die Kapitalkraft und der Kredit der einzelnen Mitglieder genügt hätte. In der Mitte stand die deutsche Zentralbodenkreditvereinigung mit vier Banken, die zwar die Kapitalkräfte und den Kredit in dauerndem Zusammenwirken vereinigten, die kaufmännische Selbständigkeit der einzelnen Institute aber stärker betont und sich vor allem strenger als die beiden anderen Gruppen auf eigentliche Hypothekenbanken beschränkte.

Die Frage, ob diese Konzern- und Interessengemeinschaftsbindungen auch eine Rückbildung zu früheren Verhältnissen erfahren würden, ist tatsächlich jetzt von der an sich konservativsten der drei Gruppen, der deutschen Zentralbodenkreditvereinigung, gestellt worden. Wie wir hören, wollen die Preußische Centralbodenkredit Berlin, die deutsche Grundkreditbank in Gotha und Berlin, die Rhein.-Westf. Bodenkreditbank Köln und die Braunschw.-Hann. Hypothekenbank die Verknüpfung in der Verwaltungs-, Bilanzierungs- und Gewinnpolitik lösen und in eine losere Verbindung in der Art der Arbeitsgemeinschaft süddeutscher Hypothekenbanken umwandeln. Diese losere Verbindung sei jetzt, nachdem die Währung stabilisiert und der Umfang der Geschäfte sich dadurch erheblich eingeschränkt habe, um so mehr vorzuziehen, als durch das Wiederaufleben des alten Darlehensbestandes für jede der beteiligten Banken eine selbständige, dem früheren Umfang entsprechende Betätigung gesichert sei. Die zukünftige Verbindung der vier Banken soll auf die gemeinsame Vertretung der Interessen nach außen, auf Erfahrungsaustausch zwischen den Direktionen und geeignete gemeinsame Geschäfte beschränkt sein.

Ob diese Rückbildung der Zentralbodenkreditvereinigung als symptomatisch für die Preisgabe der Konzernform bei den Hypothekenbanken angesehen werden darf, darüber wird man das Urteil wohl noch zurückstellen müssen. Von der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken liegt zum mindesten noch kein Anzeichen für eine entsprechende Rückbildung vor. Im Gegenteil ist zu erwarten, wenn die von der Gemeinschaftsgruppe in New York geführten Anleiheverhandlungen Erfolg haben sollten, daß diese die Tendenz zum Zusammenschluß noch verstärken. Weiter ist zu beachten, daß auch die Zentralbodenkreditvereinigung ihren Mitgliedern so nicht die volle Unabhängigkeit zurückgeben wird. Und schließlich dürften in der Notwendigkeit des Wiederaufbaus des Realkredits und der Möglichkeit umfassender Kursregelungen für die Goldpfandbriefe auf inländischen und ausländischen Börsen Momente liegen, die der Konzernierung der Hypothekenbanken wieder förderlich sein könnten.

Der deutsche Außenhandel im Juni.

Der deutsche Außenhandel zeigt im Juni eine geringe Steigerung der Einfuhr und eine etwas größere Abnahme der Ausfuhr. Dem Werte nach betrug die

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1925 Juni	Mai	Jan./Juni	Juni	Mai	Jan./Juni
		in Millionen Mark				
1. Lebende Tiere .	15,0	12,9	60,8,	0,7	1,0	9,4
2. Lebensmittel u. Getränke . . .	344,5	292,7	1888,8	84,8	40,2	264,8
3. Rohstoffe und halbfert. Waren	484,9	520,6	3375,1	120,8	137,8	722,9
4. Fertige Waren	164,8	167,1	1069,0	530,4	549,0	3120,6
Rein. Warenvert.	1009,2	983,3	6393,2	685,7	728,0	4111,2
5. Gold u. Silber	62,6	90,4	443,1	2,0	4,2	14,9
Zusammen	1071,8	1083,8	6836,3	687,7	732,2	4132,1

Die reine Wareneinfuhr zeigt im Juni gegenüber dem Vormonat eine Steigerung um 16 Mill. M., die reine Warenausfuhr ist dagegen um rund 42 Mill. M. gefallen. Der sich auf Grund des reinen Warenverkehrs (unter Ausschaltung des Außenhandels mit Gold und Silber) ergebende Einfuhrüberschuß beträgt im Juni 323 Mill. M. gegen 266 Mill. M. im Mai und 337 Mill. M. im April. Bei der Einfuhr ist eine Zunahme um 52 Mill. M. bei Lebensmitteln und Getränken und eine Abnahme um 35,7 Mill. Mark bei Rohstoffen und halbfertigen Waren festzustellen. Der Ausfuhrrückgang verteilt sich auf alle Positionen; hauptsächlich sind daran beteiligt Rohstoffe und halbfertige Waren mit 17,6 Mill. M. und Fertigwaren mit 19 Mill. M.

Steigende Umsätze der Konsumgenossenschaften.

Der Gesamtumsatz der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. beziffert sich

im 1. Halbjahr 1925 . . . . 90 507 152,88 Rm.
„ 1. „ 1924 . . . . 74 459 754,76 „

mithin ein Mehrumsatz von 16 047 398,12 Rm. = 21,55 Proz.

In selbsthergestellten Erzeugnissen betrug der Umsatz

im 1. Halbjahr 1925 auf . . 14 605 479,37 Rm.
„ 1. „ 1924 „ . . 12 457 585,13 „

mithin ein Mehrumsatz von 2 147 894,24 Rm. = 17,24 Proz.

Der Umsatz in selbsthergestellten Erzeugnissen hat also nur eine Erhöhung von etwa 17 % erfahren, während der Gesamtumsatz um etwa 21 % gestiegen ist. Hier ist noch viel zu tun, um die Genossenschafter im Lande dahin zu bringen, in ihren Verteilungsstellen nur die Fabrikate ihrer eigenen Betriebe, mit dem Zeichen GEG, zu fordern. Nur so ist es möglich, die Fabrikate mindestens denen der Konkurrenz ebenbürtig zu gestalten.

Die Auto-Industrie der Vereinigten Staaten.

Aus einem Bericht des Department of Commerce entnehmen wir einige für die Entwicklung dieser Industrie im Jahre 1924 interessante Angaben.

Danach wird die Zahl der in der Automobil-Industrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten mit 329 563 Köpfe angegeben, die an Löhnen bzw. Gehältern 547 215 700 Dollar bezogen. Das Durchschnittsgehalt eines Arbeiters beträgt jetzt 1660 Dollar pro Jahr. Das in dieser Industrie investierte Kapital betrug am 31. Dezember v. J. 1 691 050 112 Dollar. Es wurden im letzten Jahre 3 243 285 Personenwagen und 374 317 Lastwagen abgesetzt. Der große Absatz der nordamerikanischen Automobilfabrikanten ist nicht nur auf die außerordentlich günstigen Zahlungsbedingungen, die dem Käufer eingeräumt werden, sondern auch auf die ständig zunehmende Verbilligung, die gegen das Jahr 1923 20 Proz. beträgt, zurückzuführen. — Ein nachahmenswertes Beispiel.

Die **Automobilausfuhr** ist im Jahre 1924 gegen das Vorjahr um 17,9 Proz. gestiegen; sie betrug insgesamt 178 730 Einheiten. Zu den Hauptabsatzländern gehörten **Australien** (45 522), **Argentinien** (12 827), **Kanada** (10 393), **Mexiko** (10 082). An der Ausfuhr waren die **Ford-Werke** mit mehr als 50 Proz. beteiligt.

Nach dem **Werte der Erzeugung** gemessen, die die einzelnen Industrien Amerikas in einem Jahre schaffen, steht die **Automobilindustrie** mit einem Werte von 3 163 327 875 Dollar **an der Spitze**, ihr folgt die **Eisen- und Stahlindustrie**, deren Wertziffer mit 3 154 324 671 Dollar angegeben wird, und an dritter Stelle die **Nahrungsmittel-Industrie** mit 2 585 803 000 Dollar.

Chinawirren und Weltmarkt. Der chinesische **Antimon-Export** hat in den letzten Monaten ständig abgenommen. China deckt zu **mehr als 80 Proz. den Weltbedarf** an Antimon. Die Folgen dieser Exportverminderung haben sich in **Preiserhöhungen auf dem amerikanischen Markt** ausgewirkt; auch auf dem deutschen Metallmarkt ist Antimon in den letzten zwei Wochen (von 122—124 auf 126—128 R.-M. p. 100 Kilogramm) gestiegen. Antimon, das vornehmlich zur Herstellung von **Legierungen**, Letternmetall, Geschützmetall, ferner zur Erzeugung von chemischen und medizinischen Präparaten verwendet wird, dürfte, falls die chinesischen Unruhen nicht bald beendet sein werden, angesichts der geringen Weltvorräte auf dem Weltmarkte sehr knapp werden. Eine selbstverständliche Folge davon wäre ein weiteres Steigen der Antimonpreise bzw. der aus Antimon hergestellten Produkte. — Ein zweites Produkt, das China in starkem Maße exportiert, ist **Sojabohnen-Oel**. Dieses Produkt spielt in vielen Ländern die Rolle des Olivenöls. In den Vereinigten Staaten hat sich, wie wir hören, bisher noch kein Mangel empfindlich bemerkbar gemacht, da die amerikanischen Bezieher dieses Erzeugnisses bis auf weiteres mit Sojabohnen-Oel eingedeckt sind. — Der starke Rückgang des chinesischen **Eier-Exports** in den letzten Monat hat in amerikanischen Leder- und Textilproduzentkreisen (wo chinesische Eier zur Leder- und Textilappretur verwendet werden) große Verlegenheit hervorgerufen. Die **Preise** sind in den letzten Wochen beträchtlich **gestiegen**.

Die Lage der Holzindustrie. Die Erhebungen des **Deutschen Holzarbeiterverbandes** über die Geschäftslage der Holzindustrie im Juli 1925 ergeben zahlreiche Anzeichen für einen **Wechsel der Konjunktur**. Von den Erhebungen wurden 616 Betriebe mit 102 210 Arbeitern erfaßt, gegenüber 614 Betrieben mit 100 520 Arbeitern im Monat Mai. Von diesen Betrieben waren 408 mit 70 747 Beschäftigten gut, 148 mit 24 275 Beschäftigten befriedigend und 60 Betriebe mit 7161 Beschäftigten schlecht beschäftigt. Die Entwicklung vollzog sich also wie folgt:

Von je 100 Beschäftigten entfielen auf	Juni 1924	Mai 1925	Juni 1925
gut beschäftigte Betriebe	34,5	72,8	69,2
befriedigend „ „	28,1	22,4	23,8
schlecht „ „	37,4	5,8	7,0

Die Zahl der **Arbeitslosen** stellt sich auf 9608 Personen = 3,7 Proz. der Mitglieder, gegenüber 8708 Personen = 2,88 Mitglieder im Monat Mai.

Das Kohlensyndikat für ganz Polen, das kürzlich gegründet wurde, trägt den Namen „**Gesamtpolnische Konvention**" (Konwencja Ogolno-Polska, abgekürzt KOP.); die beiden beteiligten Organisationen — die Oberschlesische Kohlenkonvention und der Rat der Kohlenindustriellen in Dabrowa Gornicza, der die Kohlenindustrie des Dombrowabeckens und des Krakauer Reviers vertritt, — behalten ihr innere Selbständigkeit, verpflichten sich aber zur **gemeinsamen Festsetzung der Verkaufskontingente, der Kohlenpreise, der Zahlungs- und Kreditbedingungen**. Ein paritätischer Vollzugsausschuß bestimmt monatlich die Produktionsmengen für jedes der drei Reviere, innerhalb derer dann die weitere Verteilung durch die Oberschlesische Konvention bezw. den Rat der Dombrowaindustriellen erfolgt. Die derzeitige Regelung weist dem **oberschlesischen** Gebiet **74 Proz.** der gesamtpolnischen Produktion zu, dem Dombrowa und dem Krakauer Revier 26 Proz. Der Vollzugsausschuß mit dem Sitz in Kattowitz setzt sich aus je fünf Mitgliedern und zwei Stellvertretern zusammen, die von den beiden genannten Organisationen gewählt werden. In den ersten Vollzugsausschuß ist von der Oberschlesischen Konvention Geheimrat **Williger** als Vorsitzender gewählt worden.

Die Sachlieferungen nach dem Dawes-Gutachten. Von Frankreich sind in den letzten 6 Wochen für ca. 6 Mill. **Goldmark Sachlieferungsaufträge** an die deutsche Industrie erteilt worden. Unter diesen Aufträgen befand sich einer in Höhe von 2 Mill. Goldmark auf eine komplette **Fabrikeinrichtung**. Außerdem sind **Schnittholz und Werkzeugmaschinen** bestellt worden. Die belgischen Aufträge über Sachlieferungskonto haben in der gleichen Zeit ca. 4 Mill. Mark betragen. Diese Aufträge sind im Gegensatz zu den französischen ausschließlich von staatlichen Organen erteilt worden, und zwar in erster Linie von der **Postverwaltung und Eisenbahn**. Ueber die Neuregelung der Sachlieferungen durch Frankreich sind die Bestimmungen noch nicht veröffentlicht worden. Es verlautet aber, daß die früheren starken Widerstände der französischen Industrie gegen die deutschen Sachlieferungen in der letzten Zeit erheblich nachgelassen haben.

Schwedens Erzausfuhr nach Deutschland. Nach einer Stockholmer Meldung des Fachblattes „Industrie-Kurier" sind von dem schwedischen Trust Gröngesberg im Monat Juni 925 000 Tonnen Erze gegen 601 000 Tonnen im Juni 1924 und 493 000 Tonnen in 1913 verladen worden. Für das erste Halbjahr 1925 belief sich die Gesamtverschiffung auf 4 136 000 Tonnen gegen 2 591 000 Tonnen im ersten Halbjahr 1924. Die starke Zunahme des Exports ist auf den gesteigerten deutschen Bedarf zurückzuführen.

Trinkt bei der Hitze
Bolle Joghurt
die erfrischendste und gesündeste Sauermilch
BOLLE
EMMO

Theater Lichtspiele usw.

Staats-Theater Schauspielhaus
Sommergastsp. 1925
Leitung: Leo Walther Stein.
Täglich 8 Uhr:
Kreuzfeuer
Lustspiel von R. Presber und L. W. Stein

Schiller-Theat.
Operettenspielzeit
8 Uhr
Annemarie
Operette von Jean Gilbert u. Robert Gilbert mit Dora — Leffler — Nyman — Spira — Baselt — Heidemann — Diegelmann — Hiller — Kuhan — Ledebour

Volksbühne
8 U.: Die deutschen Kleinstädter

Metropol-Theat.
8½ Uhr: Tausend süße Beinchen

Theater des Westens
Steinpl. 931 8 U.: Letzte Vorst. im Th. des Westens. Bis 31. Juli
USCHI
Dodol Elliot, Fr. Schulz Gertrude Berliner
M. 1, 2, 3, 4, 5 usw. — Sommerpreise

Deutsches Künstler-Theater
Letzt. Vorstellungen
8 Uhr:
Meiseken
Sonntag 7½ Uhr Premiere
Fauteuil 47
Lustspiel von Louis Verneuil

Operettenhaus am Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Der kleine Kuppler

Kleines Th.
Täglich 8 Uhr:
Rosen
von Sudermann

8 U. **Trianon-Th.**
Ueber 100 mal
Die Tugendprinzessin
Musik v. Kurt Zorlig
Kettner, Reiter, Sandt, Hellmuth, Serenyi, Radotzky, Wenkhaus

Berliner Theater
7.45 Uhr:
Anneliese v. Dessau

Komödienhaus
7.45 Uhr:
Der letzte Kuß

Elite-Sänger
Kottbuserstr. 6 • Tel. Moritzpl. 16097
Ab 1. August die größte aller Revuen:
Berlin ... da kieckste!
Elite-Revue in 12 Bildern.
8 Tage Vorverkauf.

Reichshallen-Theater
Gastspiel der berühmten
Dresdn. Viktoria-Sänger
Anfang 8 Uhr — 1. August: Wiederauftreten der Stettiner Sänger

Dönhoff-Brett'l:
Saal und Garten
Das entzückende
Juli-Programm!

WINTERGARTEN
Der auserlesene Juli-Spielplan (Rauchen gestattet)

Komische Oper
8 U. Dir.: James Klein 8 U.
Berlins erfolgreichste Revue:
Das hat die Welt noch nicht geseh'n
Sommerpreise!

LUNA
Heute
Kindertag Kind. 50 Pf. 2 Attrakt. frei / Erwachs. 1 M. 1 Attrakt. frei
Alle Attraktionen in voll. Betrieb
Feuerwerk
Grix Grigory, Rehfeldts Motorradsens.
Eintritt 1 Mk.

PARK

Entdeckung des NORDPOLS in **Groß-Berlin**
Restaurant
Alexanderstraße 46-48
Ecke Neue Königstraße.
Berlins neueste Sensation!

Reederei Eckner
Tel.: Grünau 280
Sonntag, den 26. Juli, vorm. 8½ Uhr u. nachm. 2 Uhr von Brandenburger Ufer (Jannowitzbrücke) nach [134/12
Krampenburg - Schmöckwitz
mit Salonschiff „Dora"
Einfache Fahrt 1,50 M., Kinder 50 Pf.

Rennen zu Hoppegarten
Sonnabend, d. 25. Juli
nachm. 3 Uhr

TYPOGRAPHIA
Gesangverein Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer
M. d. A. S. B. Chormeister: Alex. Weinbaum
Sonnabend, den 25. Juli 1925
abends 6 Uhr
Sommer-Konzert
im Spree-Garten Treptow
Alt-Treptow 9-13
Anfang 6 Uhr. Garten ist ab 4 Uhr geöffnet
Eintrittspreis 50 Pfennig
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

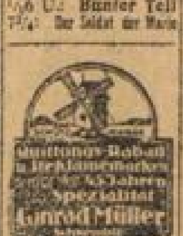
Am 22. Juli verschied nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau und gute Mutter 8/12
Martha Karsch geb. Radmann
Dies zeigen tiefbetrübt an
Friedrich Karsch u. Sohn.
NW, Emdener Str. 13
Die Einäscherung findet am Montag, den 27. Juli, vormittags 10 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

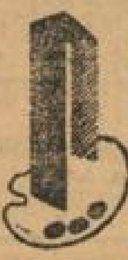
Heute nacht 10½ Uhr entschlief sanft nach schwerem Krankenlager meine liebe Kusine, unsere liebe, gute Tante
Ww. Ottilie Dietrichs geb. Baader
Die Einäscherung findet Dienstag, 28. Juli, nachm. 3½ Uhr, im Krematorium Gerichtstr. 37 statt.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Elise Bobbe, Paul Röstig und Frau Martha geb. Schrader.

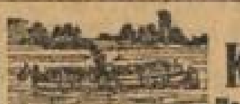
Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Residenz-Th.
8 Uhr:
Die Koblanks
Vorzeig. d. Annonce zahlen nur
halbe Kassenpreise
von 30 Pf. an

Rose-Theater
8¼ U.: Die verlorene Tochter
Gartenbühne:
7½ U.: Bunter Teil
7¾: Der Soldat der Marie




AUSSTELLUNG
zirka 60 bemalter und vollständig ausgestatteter
WOHNRÄUME
FARBE JULI BIS SEPTEMBER 1925
UND
RAUM
Schulgebäude Fürbringerstr. 33 nahe Hallesches Tor
Veranstalter: Verb. der Malereigesch. v. Berlin u. d. Vor.
Eintritt tägl. 50 Pf. Donnerstags Mark 1.—
Geöffnet von 10—7 Uhr.

Reederei  **Kieck**
Falckensteinstr. 40 Moritzpl. 8197
Ab Oberbaumbrücke täglich außer Sonnabends reizvolle Ferien-Dampfer-Extrafahrten nach
Neu-Heringsdorf und Woltersdorfer Schleuse
Abfahrt: Sonntags 12 u. 2 Uhr mittags, Wochentags 9 Uhr vorm.
Fahrpreise für Hin- und Rückfahrt:
Sonnt.: Neu-Heringsdorf 1,50 M., Woltersdorf. Schleuse 2,— M.
Wochent.: „ 1,— „ „ 1,50 „
Kinder die Hälfte.
Jeden **Montag** und **Freitag** 9 Uhr vormittags nach **Neue Mühle**
Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt: 2 Mark, Kinder 1 Mark
Tgl. 9 Uhr vorm. (auß. Sonnabd. u. Sonnt.) n. **Grünheide** Fahrpr. f. Hin- u. Rückfahrt 2 M., Kinder 1 M.
Ferner: Täglich (außer Sonnabend und Sonntag) reizvolle Dampferfahrten über **Pfaueninsel, Potsdam, Caputh,** nach **Ferch am Schwielowsee.** Abfahrt: 8½ vorm. ab Marschallbrücke (nahe Bhf. Friedrichstraße) und 9¼ vorm. ab Charlottenburg Tegeler Weg (nahe Bhf. Jungfernheide). Fahrpreis hin und zurück 3 M., Kinder die Hälfte. 7/2

Köstlich erfrischend
sind kühle Limonaden, selbstbereitet aus Reichel's **Limonaden-Sirupextrakten**
Himbeer-, Kirsch-, Citronen-, Orangen- etc. Fruchtgeschmack. Das erquickendste u. billigste Sommergetränk. Vorzüglich auch als Speisen-Beiguß. Eine Flasche ergibt 3½ Pfd. Limonaden-Sirup, M 0.85 halbe Fl. M 0.55. In Drogerien u. Apoth. erhältl., sonst bei Otto Reichel, Berlin 43 SO Eisenbahnstr. 4
Man nehme nur Marke „Lichtherz" die Qualität verbürgt.

Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies"
zu Berlin. — E. G. m. b. H.

Vermögen **Bilanz am 31. März 1925.** **Schulden**

Vermögen	Mark	Mark
Gebäudekonto 1—6	100 000,—	
(Abschr.)	1 000,—	
Grundstückskonto	107 910,—	
	18 000,—	120 910,—
Inventarkonto	204,50	
(Abschr.)	203,50	1,—
Konto für Rückstände		1 341,40
Außensteh. Forderungen		1 335,—
Gebäudekonto 7	51 367,45	
(Abschr.)	500,—	50 867,45
Grund und Boden		22 941,68
Kassakonto		3 345,43
Anteil-Gehag		750,—
Sparkassen-Guthaben		2 800,—
Sa.		204 691,96

Schulden	Mark
Hypothekenkonto	87 843,—
Geschäftsanteilkonto	28 957,—
Sparfondskonto	19 456,96
Reservefondskonto	10 243,—
Schuldverschreib.-Konto	1 450,—
Darlehnskonto	6 120,04
Geldentwertungs-Ausgleichskonto	86 488,16
Allgem. Ausgleichskonto	7 815,09
Gewinn	6 262,87
Sa.	204 691,96

Der Aufsichtsrat:
E. Bergersdorf, Vorsitzender.

Der Vorstand:
G. Dorner. P. Schiffte. G. Pfeiffer.

Die Revisionskommission:
E. Mirsch. H. Voit. F. Zimmermann.

82/10

Verkäufe

Naumann-Nähmaschinen für Hausgebrauch und Gewerbe. Teilzahlung. Reparatur-Werkstatt für alle Systeme Emil Halberth G. m. b. H. Friedrichstraße 20a. Merkur 6298.

Reißzeuge (Richter-Präzision), Sicherheits-Goldfüllfederhalter. Bureaubedarfshaus Stubner, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 56/57.

Reisedauerwäsche, allerbeste, Reichenbergerstraße 7, Schwäbische 19.

Liefere sofort Kinderwagen.

Kinderwagen spottbillig.

Auf Teilzahlung Kinderklappwagen, Ball. Große Frankfurterstraße 47.

Neu eingetroffen große Posten Teppiche, Tisch- und Chaiselonguedecken auf bequeme An- und Abzahlung. Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, Nähe Rosenthaler Platz.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Getragene Herrengarderoben, tadellos erhalten, große Auswahl, billige Preise. Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7.

Monatsgarderobe, Lothringerstraße 56, eine Treppe, Rosenthalerplatz. Von Millionären, Aerzten, Anwälten kurze Zeit getragene Kavaliergarderobe, fabelhaft billige Preise. Anzüge, Taillenmäntel, Paletots, Frack, Smoking, Gehrockanzüge, Hosen. Kein Kaufzwang. Weitester Weg lohnend. Bitte genau Hausnummer 56 beachten.

Monatsgarderobe kaufen Sie billig in Leonhard Leihhaus, Prinzenstraße 103: Anzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Paletots, Taillenmäntel, Cutaways, Sportpelze, Gehpelze, Röcke aller Art. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe.

Leihhaus Friedrichstraße 2. Gelegenheitskäufe: Herrengarderobe, Pelzwaren, auffallend billig.

Monatsgarderoben staunend billig. Roß, Kastanienallee 84.

Monatsanzüge, Sommerpaletots, Gesellschaftsanzüge, korpulente Figuren, staunend billig. Roß, früher Mulackstraße, jetzt nur Germanenstraße 25/26 und Marianenstraße 36.

Monatsanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Sommerpaletots, Cutawayanzüge, Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Halpern, Rosenthalerstr. 4, erste Etage.

Verleih von Gesellschafts-Anzügen. Rosenthalerstraße 4.

Bettenverkauf. Neue Betten 19,50, 25,00! Aussteuerbetten 30,00, 35,00! Spottbillig! Keine Lombardware! Leihhaus Brunnenstraße 47.

Teilzahlung. Gardinen, Stores, Bettdecken, Tischdecken, Steppdecken, Diwandecken, Teppiche, Bettwäsche. Geringe Anzahlung, bequeme Abzahlung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße.

Möbel

Möbel wirklich auffallend billig auf allerbequemste Teilzahlung nur im Möbelhaus Humboldt, An der Jannowitzbrücke 3/4 und Putbuser Straße 14. Straßenbahn: Brunnenstraße, Ecke Rügener Straße. 2 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen.

Teilzahlung. Möbel jeder Art. Geringe Anzahlung, bequeme Abzahlung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78 Ecke Brückenstraße.

Speisezimmer „Max" 490, „Hans" 325, „Siegfried" 450, „Georg" 750, Schlafzimmer „Irma" 650, „Hilde" 550, Kücheneinrichtung „Sonja" 120, Klubsofa „Anna" 125, Klubsessel „Else" 48 Goldmark. Riesige Auswahl. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 85.

Möbelsorgen! Bei Lechner herrliche Möbel. Lechner, Brunnenstraße 7, Nähe Rosenthaler Platz.

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Kleiderschränke 110.—, englische Bettstellen 48.—, Plüschsofas, Einzelmöbel. Zahlungserleichterung. Stein, nur Ackerstraße 20.

Möbelsucher. Neueröffnung. Möbelmagazin nur Invalidenstraße 131, Hof (am Stettinerbahnhof). Billigste Preise. Teilzahlung gestattet.

Wichtig für jedermann! Täglich werden verkauft: Kleiderschränke, Vertikos 18, Bettstellen, komplett, 16, Metallbettstellen mit Auflegematratzen 22, Flurschränke, Waschtoiletten 18, Chaiselongues 18, Kommoden 15, Büchertruhen, Schreibtische 36, Trumeaus 29, Büfetts 75, fünfzig Standuhren, Garantie, von 65,— an, Kücheneinrichtungen 38, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer 225, Klubgarnituren 175, Lederklubsessel 65. Riesenauswahl, über 300 Zimmer. Alles tatsächlich spottbillig. Steuerfrei Möbel- und Lombardspeicher, Prenzlauer Straße sechs.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 25.

Qualitätspianos auf Raten an jedermann. August Roth, Pianofabrik, G. m. b. H., Brandenburgstraße 72, Hochbahn Prinzenstraße.

Bechstein-, Blüthner-, Ibach-, Duysen-Pianos, Flügel verkauft sehr preiswert Pianohaus, Königgrätzerstraße 81. Kulante Zahlungsbedingungen.

Fahrräder

Fahrräder, fabrikneu, 55 an. Damenräder, Jugendräder, Rennmaschinen. Bei Anzahlung sofort mitzunehmen. Große Auswahl! Brandenburgstraße vier, Hochbahnstation Prinzenstraße.

Lindenstraße 63! Herrenräder, Damenräder, Rennmaschinen zu Einführungspreisen. Kleine Anzahlung, bequeme Teilzahlung. Schachmann, Lindenstr. 63.

Dürkoppfahrräder. Verkaufsstelle: Knoch, Graefenaustraße 111. Günstige Bedingungen.

Kaufgesuche

Damenfahrräder, Herrenfahrräder, auch reparaturbedürftige, kauft Zimmermann, Rheinsbergerstraße 16 I. 1081 b

Fahrräder kauft Lindenstraße 19

Verschiedenes

Reparaturwerkstatt für Uhren, reell, billig. Armbanduhren 6.75, Anker-Remontoiruhren 4.50, 7.50 usw. Unter schriftlicher Garantie. Borsigstr. 21, nahe Kieferstraße. Untergrundbahn.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Perfekte Ausarbeiterin für Modellgenre, im Hause, per sofort sucht Carstens u. Lehmann, Zimmerstr. 29, Quergeb. III. 1079 b

Wir suchen zum 15. September für unsere täglich einmal erscheinende Zeitung einen weiteren
Redakteur
der die hessische Politik, den provinziellen Teil der Kreise Friedberg und Büdingen, sowie den Feuilletonteil zu bearbeiten hat, mit dem Sitz in Frankfurt a. M. Sinn für Aktualität, Verständnis für gute Aufmachung und beste eigene Leistungen sind unbedingtes Erfordernis.
Bewerbungen sind bis zum 30. Juli unter Beifügung von Lebenslauf, Zeugnisabschriften u. Angabe der Gehaltsansprüche an den Vorsitzenden der Preßkommission Otto Ottilie, Gießen, Schanzenstr. 18, zu richten.
Verlag der „Oberhessischen Volkszeitung", Gießen.

Eine Anklage gegen die politische Justiz.

Reichstagsmehrheit gegen Frauenrechte. — Genosse Rosenfeld über die Amnestie. — Reichsanwaltschaft und Organisation Consul.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1,45 Uhr. Das Haus ist sehr schwach besetzt. Eine ganze Reihe von Abgeordneten suchen wieder Urlaub nach.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzentwurfes zur Aenderung der Personalabbauverordnung. Bei der zweiten Lesung war bekanntlich der Artikel 14, der gewisse Ausnahmebestimmungen gegen die verheirateten weiblichen Beamten enthielt, mit einer Zufallsmehrheit von 180 gegen 179 Stimmen bei einer Enthaltung gestrichen worden. Gleich zu Beginn der heutigen allgemeinen Aussprache nahm Ministerialdirektor Lotholz das Wort und erklärte, daß nach nochmaliger eingehender Prüfung die Reichsregierung nach wie vor an der Aufrechterhaltung des Artikels 14 festhalten müsse. Die Gründe für diese Stellungnahme seien bereits eingehend dargelegt worden, es erübrige sich daher, sie in diesem Stadium der Beratung zu wiederholen. Einem Kompromißantrage der Regierungsparteien, der die Wiederherstellung des Artikels 14 ausspricht, aber den verheirateten Beamtinnen in mehrfacher Richtung durch eine Milderung der Bestimmungen entgegenkommt, stimmt der Redner im Namen der Regierung zu. Die Frage, ob der Gesetzentwurf etwa verfassungändernd sei, verneint der Redner.

Abg. Frau Pfülf (Soz.):

Der Regierungsvertreter hat sich lediglich auf zwei Motive beschränkt, von denen er annimmt, daß sie draußen sehr populär sind. Man will sagen, daß all die Schwerkriegsbeschädigten und die unversorgten Beamten durch die Ablehnung des Artikels 14 aufs härteste betroffen würden. Es sind also nicht mehr wie früher die gesundheitlichen Verhältnisse der verheirateten Beamtin, die die Leistung ungünstig beeinträchtigen. Ich habe mir nach den neulichen Ausführungen des Regierungsvertreters noch einmal Statistiken angesehen und es nicht ganz uninteressant, zu sehen, wie solche Statistiken überhaupt aufgemacht werden. Von einer wissenschaftlichen Methode kann dabei nicht mehr die Rede sein. Die Zweigstelle München des Reichspostministeriums veranlaßte eine Statistik. Diese hat folgendes ergeben: Vom Jahre 1905 bis 1913 hat sich die Krankheitsziffer bei den weiblichen Post- und Telegraphenbeamten um 45 Proz. vermehrt, bei den männlichen, im Postdienst beschäftigten Beamten ist sie gewissenmaßen niedrig geblieben, aber bei den männlichen Beamten der Fernsprechabteilung ist sie um 50 Proz. höher als die allgemeine Krankheitsziffer. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich wollte damit nachweisen, daß nicht die Verheiratung der weiblichen Beamten und nicht die geringere Leistungsfähigkeit der Beamtin überhaupt, sondern die anstrengende Arbeit im Fernsprechamt es ist, die diese hohe Ziffer der Berufserkrankungen dieser Frauen veranlaßt. Die Behörden haben in die Krankheitsziffer auch die Abwesenheitstage der Frau bei Schwangerschaft und Niederkunft aufgenommen. Wo nimmt da noch der Staat das moralische Recht her, die Privatindustrie aufzufordern, der verheirateten Arbeiterin in der Zeit der Schwangerschaft und Niederkunft Erleichterungen zu verschaffen, wenn er selbst diese Fälle als Krankheitsfälle behandelt und in eine Statistik einreiht, die er gegen die weiblichen Beamten auszunützen sucht. Wenn Sie nun sagen, der Artikel 128 Abs. 2 der Reichsverfassung sei seiner Zeit aus bevölkerungspolitischen Gründen konzediert worden, es habe sich jetzt aber herausgestellt, daß die verheiratete Beamtin die Gebärwilligkeit gar nicht habe, so können Sie das ja ändern, wenn Sie der verheirateten Beamtin die Erleichterungen der Reichsrichtlinien geben. Bei den Leistungen erklärt die Regierung auf der einen Seite, die nicht verheiratete Beamtin leiste weniger, weil sie den Beruf als eine Durchgangsstation betrachte, auf der anderen Seite will sie der Frau die Möglichkeit nehmen, sich in diesem Beruf einzunisten, indem sie ihr das Recht der Verheiratung im Beruf streicht.

Eine Streichung des Artikels 128 Abs. 2 der Reichsverfassung bedeutet auch der Antrag der Regierungsparteien.

Ich mache jetzt schon darauf aufmerksam, daß mir diesen Antrag für einen verfassungändernden halten, der nur mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden kann. Der Staat sagt nun, er habe das volle Recht auf die hundertprozentige Leistungsfähigkeit eines Menschen. Dieses Recht hat der Staat ebenso wenig wie die Privatindustrie. Nicht nur die Frau, sondern alle männlichen und weiblichen Beamten müssen etwas für ihr persönliches Leben übrig behalten. Aber wenn ich mich schon einmal auf den Standpunkt der hundertprozentigen Leistungsfähigkeit stelle, so frage ich, wie kommen Sie dazu, daneben noch Nebendienstleistungen pflichtmäßig von den Beamten zu fordern. **Das ist der ungeheuerlichste Raubbau, den der Staat als Arbeitgeber vornimmt,** der doch beispielgebend auf die Arbeitgeberschaft wirken soll. Von Fürsorge für die Allgemeinheit, von volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Erwägungen ist hier keine Spur zu finden. Sie sagen, es sei Aufgabe des Staates, den Frauen ihre Pflichten gegenüber der Gesamtheit zu erleichtern, aber was wird denn getan, um den Hausfrauen die Verpflichtungen gegenüber der Gesamtheit zu erleichtern? **Warum schicken denn die bürgerlichen Parteien keine Frauen in den Zollausschuß,** damit sie dort für die Erleichterung des Lebens kämpfen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Ich weiß nicht, wer von Ihnen in der Heimarbeitsstellung gewesen ist und die Löhne gesehen hat, die an diese Heimarbeiterinnen gezahlt werden. Warum steht hier dieser Staat, dieser höchste Hüter des Familienrechtes, nicht auf und wehrt sich gegen dieses Verbrechen an der deutschen Familie und an der Frau? (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Nun wird in der Oeffentlichkeit erzählt, daß die verheirateten Beamtinnen ihre Familie ihrem Gewinnstreben opfern. Dieses Gewinnstreben einer Post- und Telegraphenbeamtin ist dieses: bei den minimalen Löhnen ihrer Männer dafür zu sorgen, daß ihree Kinder bessere Bildungs- und Lebensmöglichkeiten haben. Der Staat sollte erst einmal dem Gewinnstreben anderer Kreise sich mit etwas mehr Energie zuwenden.

Die Rednerin wendet sich dann den vorliegenden Anträgen zu, die die Regierungsparteien gestellt haben und die im wesentlichen Verschlechterungen bringen. Bei der zweiten Lesung haben wir den Artikel 14 gestrichen, um den verfassungsmäßigen Zustand wiederherzustellen. Eine wesentliche Belastung des Etats ist dadurch nicht eingetreten. **Den heute vorliegenden Antrag der Regierungsparteien werden wir aber als einen Verfassungsbruch aufs schärfste bekämpfen.** Wir erkennen den tapferen Kampf unserer weiblichen Kollegen hier im Reichstag an, der aber von ihren männlichen Kollegen leider nicht unterstützt worden ist. Jetzt sind sie dem Ellbogenzwang ihrer Fraktionen unterlegen. Die Organisationen der Beamten und Beamtinnen, die sich für die Beseitigung des Art. 14 eingesetzt haben, werden jetzt zu der Erkenntnis kommen, wo ihre Interessen gewahrt werden. Für uns aber wird es immer deutlicher, wie notwendig das passive Wahlrecht der Frauen ist, wie notwendig es aber auch ist, daß viel mehr Frauen als bisher in den Reichstag gewählt werden. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Frau Arendsee (Kom.) meint, in den bürgerlichen Parteien seien die Frauen eigentlich nur noch geduldet. Auch diese Rednerin betont die Verfassungswidrigkeit des Artikels 14.

Präsident Löbe teilt mit, daß eine Entschließung eingegangen ist, die Reichsregierung zu ersuchen, die Schwerkriegsbeschädigten, die auf Grund der Personalabbauverordnung abgebaut wurden, wieder in den Dienst einzustellen.

Abg. Koch-Weser (Dem.) legt gegen die Degradierung der Frau und Stellung unter ein Sonderrecht Einspruch ein. Die Bestimmungen, die hier erlassen werden sollen, seien verfassungswidrig. Aber auch vom sozialen Standpunkt aus sei es kurzsichtig, die Frage der Frauenarbeit in dieser Weise zu behandeln. Wir bekämpfen die Absichten der Regierung auf das schärfste.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In der Einzelberatung wird unter Ablehnung aller sonstigen Abänderungsanträge der **Antrag der Regierungsparteien auf Wiederherstellung des in zweiter Lesung gestrichenen Art. 14 der Personalabbauverordnung,** betr. die verheirateten weiblichen Beamten, mit der Aenderung, daß den Ausgeschiedenen eine Abfindungsrente in Höhe (statt „bis zur Höhe") des Ruhegehalts gewährt werden kann, in namentlicher Abstimmung **mit 232 gegen 155 Stimmen angenommen.** Auch die übrigen Anträge der Regierungsparteien auf Abänderung der Beschlüsse zweiter Lesung gelangen zur Annahme.

Eine Erklärung der Sozialdemokraten.

Vor der Schlußabstimmung gibt Abg. Steinhopf für die Sozialdemokratische Fraktion folgende Erklärung ab:

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat trotz ihrer oppositionellen Stellung zur gegenwärtigen Reichsregierung versucht, die Vorlage entsprechend den berechtigten Forderungen der betroffenen Bevölkerungskreise und den diesen gemachten Zusagen in sachlicher Mitarbeit in den Ausschüssen und im Plenum zu verbessern. Zusammen mit den anderen Oppositionsparteien und teilweise auch unterstützt von einer Anzahl Abgeordneter der Regierungsparteien ist es ihr gelungen, im Verlaufe der Ausschußberatungen und der zweiten Lesung im Plenum verschiedene erhebliche Verbesserungen der Vorlage zu erreichen. Dies gilt ganz besonders von der Streichung des Artikels 14 der Personalabbauverordnung, durch die der Art. 128 der Reichsverfassung wieder voll in Kraft gesetzt worden ist.

Leider hat sich im Verlaufe der dritten Lesung eine Mehrheit der Regierungsparteien gefunden, die den Art. 14 der Personalabbauverordnung in veränderter Fassung wiederhergestellt hat. Bedauerlicherweise stimmten für diese Wiederherstellung auch jene Abgeordneten der Regierungsparteien, die in der zweiten Lesung sich für unseren Antrag auf Streichung dieses Artikels entschieden hatten.

Nach unserer Auffassung kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß diese neue Fassung des Artikels 14 der Personalabbauverordnung an sich

eine Verletzung des Art. 128 der Weimarer Verfassung darstellt.

Der neue Art. 14 der PAV. bedarf also, um Rechtskraft zu erlangen, der Zustimmung der im Art. 76 der Reichsverfassung für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit des Reichstags. Da diese Mehrheit bei der Abstimmung nicht erreicht wurde, ist der neue Artikel 14 der PAV. nicht verfassungsmäßig zustande gekommen und mithin rechtsungültig, wie auch das ganze Gesetz.

Im Hinblick auf diesen ohne jeden zwingenden Grund erfolgten Angriff auf die Weimarer Verfassung, ferner im Hinblick darauf, daß die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt bei weitem nicht die endgültige Einstellung des Personalabbaues bringt, und weil die zugestandenen Verbesserungen trotz allem unzureichend sind, bedauert die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Vorlage in der Schlußabstimmung ablehnen zu müssen.

Sie ist dabei der festen Ueberzeugung, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs, der Länder und Gemeinden usw. für die Haltung der Fraktion vollstes Verständnis haben und sie in dem weiteren Kampf um die Beseitigung des ihnen angetanen Unrechts tatkräftig unterstützen werden. (Lebhafter Beifall bei den Soz.).

Abg. Schuldt (Dem.) schließt sich namens seiner Fraktion dieser Erklärung an. Abg. Rädel (Komm.) lehnt gleichfalls die Vorlage ab.

Abg. Guérard (Z.) erklärt, daß die Regierungsparteien nicht der Auffassung sind, daß das Gesetz eine Verfassungsänderung involviere. Mit den beschlossenen Milderungen nähere man sich ja wieder der Verfassung.

Abg. Koch (Dem.) erwidert, man könne Gesetze nicht nach dem Mehr oder Minder an Verfassungsmäßigkeit beurteilen. Gegen Recht und Staatspolitik werde hier ein schweres Unrecht gegen die verheirateten weiblichen Beamten begangen.

Präsident Löbe erklärt dazu, die Entscheidung darüber, ob eine Verfassungsänderung vorliege, stehe anderen Instanzen zu. Um das Stimmenverhältnis im Reichstage festzustellen, sei namentliche Abstimmung beantragt.

Hierauf wird das Gesetz in namentlicher Abstimmung mit 236 gegen 156 Stimmen angenommen, also mit einfacher Mehrheit. Es ist zwar eine Zweidrittelmehrheit als anwesend festzustellen, aber von dieser Mehrheit nicht wiederum eine Zweidrittelmehrzeit für das Gesetz, wie vom Präsidenten ausdrücklich festgestellt wird.

Zur Annahme gelangt insbesondere noch die Entschließung der Regierungsparteien, wonach die Reichsregierung ersucht wird, die Ausführungsbestimmungen so zu fassen, daß beim Art. 14 der Begriff „nicht mehr gesicherte wirtschaftliche Versorgung" in weitherziger, die soziale Stellung der Beamten berücksichtigender Weise festgelegt wird.

Das Haus geht über zur ersten Beratung des

Amnestiegesetzes.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.):

Die lang angekündigte Amnestie ist endlich an das Haus gekommen und aus den Zuchthäusern und Gefängnissen richten sich die Augen der Gefangenen hierher voll Erwartung, welche Beschlüsse der Reichstag fassen wird. Aber ich fürchte, daß sehr bald eine Enttäuschung eintreten wird. Dieser Gesetzentwurf ist zu Ehren Hindenburgs von der Regierung vorgelegt worden. Ueber die politischen Gefangenen werden die politischen Parteien je nach ihrer politischen Einstellung verschieden denken, aber alle sozial Empfindenden sollten doch auf die Plattform vereinigt werden:

> Amnestie für alle, die aus Hunger und Not, in der Verzweiflung über das Elend, in das sie geraten sind, gegen ein Strafgesetz verstoßen, sich an fremdem Eigentum vergriffen haben, um ihr notdürftiges Leben fristen zu können.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Regierung und Regierungsparteien fließen so oft über von Bedauern über die harten Zeiten, in denen das deutsche Volk lebt, aber das sind nur Worte. Die Regierung versagt und der „Retter" Hindenburg rettet mit dieser Amnestie kein Opfer der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse. (Hört! hört! bei den Soz.) Die Amnestie geht an der wirtschaftlichen und politischen Not vorüber. Prozesse, die durch Ausschreitungen bei Lebensmittelunruhen, bei politischen Kundgebungen entstanden sind, sollen nach dem Wunsche der Reichsregierung weitergeführt werden. Ich erinnere an die Prozesse in Schweidnitz und Lüneburg, bei denen gegen Reichsbannerleute mit einer Härte vorgegangen ist, die sonst nur aus Kommunistenprozessen bekannt ist. Bei all diesen Prozessen hatte man immer volles Verständnis für die Jungdo-, Wiking- und Stahlhelmleute, aber eine harte Faust für die Arbeiterschaft.

Weiter möchte ich die Frage aufwerfen, wie viele Frauen wandern wohl ins Gefängnis, weil sie in ihrer Not gegen den Abtreibungsparagraphen verstoßen haben. Daß diese Frauen sich hauptsächlich aus dem ärmeren Kreisen rekrutieren, bedarf keiner näheren Begründung. Die Amnestie versagt, weil Kompetenzbedenken ein Hindernis sein sollen, eine durchgreifende Amnestie zu gewähren. Es soll Landessache sein, in diesen Fällen einzugreifen. Da appelliere ich an die frühere Regierung, die ausdrücklich erklärt hat, das Reich wäre auch für eine solche Amnestie an sich zuständig, auch hervorragende Juristen in den Parteien weiter rechts haben diese Auffassung vertreten. Wie sollen wir Vertrauen zu den Ländern haben, wenn wir erlebt haben, daß im Reichsrat gegen diese Amnestie gestimmt haben Bayern, Thüringen und Oldenburg! Wenn dazu noch Sachsen sich der Reihe derjenigen anschließt, die sich der Abstimmung darüber enthalten haben, wie sollen wir abwarten, was uns die Länder bringen!

Ich frage die Regierung: Welche Vereinbarungen sind mit den Ländern getroffen, um uns davor zu schützen, daß wir durch das Ergebnis der Verhandlungen in den einzelnen Ländern enttäuscht werden? Wenn Sie jetzt nicht eine umfassende Reichsamnestie geben, sind Sie, Herr Justizminister, dafür verantwortlich, daß das einheitliche Rechtsband zerrissen wird. Wir fordern eine solche umfassende Amnestie und wir werden im Ausschuß unser möglichstes tun, um diese Vervollständigung der Amnestie herbeizuführen.

Wir vermissen in dem Amnestiegesetzentwurf u. a. auch eine Behandlung der **Disziplinarsachen.** Der Reichstag hat durch seinen Haushaltausschuß bei der Beratung des Reichsministeriums des Innern einstimmig beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, gelegentlich der Vorlegung eines Gesetzentwurfes über eine allgemeine Amnestie auch eine solche über die Amnestierung von Disziplinarvergehen der Reichsbeamten einzubringen. Wie rechtfertigt es der Herr Reichsjustizminister, daß er gegenüber einer Resolutign, deren einstimmige Annahme im Plenum zu erwarten ist, völlig schweigt?

Die Reichsamnestie soll sich nach den Vorschlägen der Regierung nur auf solche Urteile beziehen, die von einem durch das Reich eingesetzten Gericht gefällt worden sind, oder für Verfahren, die noch schweben beim Reichsgericht oder bei der Reichsanwaltschaft. Damit ist von vornherein die Amnestie eingeengt auf rein politische Delikte, und auch diese sind noch im allerengsten Rahmen gehalten.

Was mir besonders auffällt, ist, daß man nicht einmal daran denkt, den bayerischen politischen Gefangenen aus dem Jahre 1919 die Freiheit zu bringen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Amnestie ist aber weiter beschränkt auf bestimmte Delikte: Hochverrat, Geheimbündelei, Vergehen gegen das Republikschutzgesetz und damit im Zusammenhang stehende Straftaten. Eine kleine Erweiterung in bezug auf Landesverratsverfahren ist vollzogen. Straferlaß will die Amnestie gewähren, wenn die Strafe oder der Strafrest in Geldstrafe oder Haft oder Gefängnis bis zu einem Jahr oder Festungshaft bis zu einem Jahr besteht. Das ist eine ganz unzureichende Festsetzung der Grenze. Ich will Ihnen einen bayerischen Fall und einen Fall vom Staatsgerichtshof vortragen. Der erste ist der Fall des Karl Gsell, eines jungen Mannes, der in der Revolutionszeit in München eintraf und dort eine Stelle als Schreiber beim damaligen Revolutionsgericht fand. Er hat geschrieben, was man ihm diktierte, und er hat auch eines Tages die Namen der Leute geschrieben, die später erschossen worden sind. Das ist alles, was er getan hat, und dafür ist er zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die er heute noch verbüßt. Das eine wird man mir ohne Aktenkenntnis zugeben, daß nach dem immer noch geltenden Dynamitgesetz aus dem Jahre 1884 schon der Besitz von Dynamit unter gewissen Umständen mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bedroht ist. Das ist ja das Gesetz, das den Staatsgerichtshof zwingt, so scharfe Urteile auszusprechen. Das Gesetz gilt, und deshalb muß die Amnestie auch die Zuchthausurteile umfassen, damit dieses Gesetz von 1884 nicht noch weiter wirkt. Ich möchte fragen: Wo ist in Deutschland ein einziger Rechtsradikaler verurteilt worden, weil er Dynamit angewandt hat? Ich glaube, dieser Fall ist nicht festzustellen. (Zuruf aus der Mitte: Sie sind nicht gefaßt worden.) — Ich werde Ihnen nachher gleich sagen, wie man es gemacht hat, damit man sie nicht faßt.

Ich will jetzt eingehen auf eine zweite Gruppe von Fällen, wo das Verfahren noch schwebt, das eingestellt werden soll ohne weiteres dann, wenn die Handlung vor dem 1. Oktober 1923 begangen ist, bei späteren Handlungen nur dann, wenn voraussichtlich auf keine höhere Strafe als Geldstrafe oder Haft oder auf ein Jahr Festung oder Gefängnis erkannt werden würde. Da entsteht die Frage: Ist es gerechtfertigt, ausgerechnet am 1. Oktober 1923 den entscheidenden Einschnitt zu machen? Ich verstehe vollkommen, daß man die Zeit von 1923 besonders behandelt zu sehen wünscht und daß man alles, was mit der Inflation zusammenhängt, mildernd zu beurteilen versucht hat. Aber dann können Sie doch nicht den 1. Oktober als das entscheidende Datum ansehen, wo die Inflation noch gar nicht auf der Höhe war, wo sich die Wirkung der Inflation noch gar nicht in besonders hohem Maße geltend gemacht hat. Das geht nicht. **Oder Sie sagen: Lüttwitz wird nicht bestraft und die Sozialisten und Kommunisten werden bestraft.** Die Wirkung wäre, daß alle Kappisten frei sind und frei bleiben und daß die Prozesse gegen die Kommunisten fortgeführt werden. Dabei ist doch noch ein großer Unterschied zu konstatieren. Lüttwitz hat Hochverrat begangen, wie niemand bestreiten wird. Kommunisten haben ihn doch höchstens vorbereitet. Nicht nur die Kappisten sollen amnestiert werden, auch die so wenig schwer verurteilten Mitglieder der Organisation Consul und die wegen Beleidigung des früheren Reichspräsidenten Verurteilten oder noch Angeklagten.

Heute bin ich zum erstenmal in der Lage, einen dokumentarischen Beweis dafür zu liefern, daß sich die ganze Schärfe der Justiz nach links und die ganze Milde nach rechts richtet. Ich kann heute sozusagen einen Urkundenprozeß führen, nämlich durch den Hinweis auf die **Anklageschrift der Oberreichsanwaltschaft gegen** 26 Mitglieder der **Organisation Consul.** Wenn man diese Schrift liest, dann meint man eine Verteidigungsschrift und nicht eine Anklageschrift zu lesen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe als Verteidiger manche Anklage in der Hand gehabt, aber noch niemals fand ich die Wege der Verteidigung so gewiesen und geebnet wie in diesem Dokument. Der Verfasser der Anklageschrift schämt sich offenbar, daß so viel herausgekommen war. Er verweist auf den ihm offensichtlich viel zu eifrigen Staatsanwalt in Offenburg, der bei der Verfolgung der Mörder Erzbergers auf die Organisation C stieß und energisch zugriff.

Ganz deutlich klingt aus der Anklage ein Ton des Bedauerns heraus darüber, daß dieser Staatsanwalt aus Baden in seiner Unkenntnis der patriotischen Motive der Organisation C so rücksichtslos vorging. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Direkt zur Klage über die Hilfsorgane wachsen sich die Ausführungen der Anklageschrift über die in Thüringen angestellten Ermittlungen aus. In Thüringen gab es damals einen energischen

Innenminister, den sozialdemokratischen Minister **Hermann**, der nach der Ermordung Rathenaus anordnete, daß den Mordorganisationen gründlich nachgestellt werden soll. Es entbehrt wirklich nicht des Reizes, daß der Reichsanwalt auf die Anzeige dieses thüringischen Ministers wegen Hochverrats gegen eine Anzahl von Studnten 1923 gar nichts getan hat und daß er ebensowenig etwas getan hat, als derselbe Minister Hermann den General Hasse anzeigte, weil er Feststellungen des Hochverrats zu verhindern versucht hat. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Anordnungen immerhin eines Ministers, wenn auch nur eines sozialdemokratischen Ministers, fanden — so sagt die Anklageschrift — eine eifrige Vollstreckung. Das bedauert der Herr Reichsanwalt! Aber das ist doch selbstverständlich! Viele — so sagt der Reichsanwalt weiter — wurden festgenommen. **Aber die Festgenommenen haben, wie man sieht, offensichtlich das ganze Mitleid der Reichsanwaltschaft**; denn die Reichsanwaltschaft setzt hinzu: „Für die Verhafteten erwuchs bald eine bedrohliche Lage." (Hört Hört! und Heiterkeit links.) Also für diese braven Jungs, die ja gar nichts getan hatten! Und warum? Ich zitiere den Reichsanwalt: „Für den 4. Juli waren Kundgebungen der Arbeitermassen angesagt." Das war jene Rathenau-Demonstration, die von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Demokraten gemeinsam gemacht wurde. Da sagt der Herr Reichsanwalt: „Es bestand eine Gefahr für die Verhafteten, die festgenommen worden waren, weil sie verdächtigt waren, zu dem Mordgesindel zu gehören, aus dessen Reihen heraus Rathenau niedergeschossen worden ist." Das sagt der Reichsanwalt! (Abg. Lohmann: Und was ist davon erwiesen?) — Wovon? Rathenau ist tot! Oder bestreiten Sie das auch? (Abg. Lohmann: Ist erwiesen, daß sie verbündet waren mit dem Mordgesindel?) — Ach, Herr Kollege Lohmann, ich werde Ihnen darauf noch antworten. — Die thüringischen Polizeibeamten fuhren also — wie die Anklageschrift sagt — fort, zu verhören. Und nun hören Sie weiter! In der Anklageschrift heißt es wörtlich:

„Unter solchen Umständen bildeten sich Verhandlungen, gegen die seitens der Gefangenen hernach eingewendet werden konnte, daß sie weniger ihre Aussage als die Auffassung der verhörenden Beamten wiedergaben."

Daß Angeklagte sagen, die Protokolle seien nicht richtig, kommt alle Tage vor; aber daß die Reichsanwaltschaft erklärt, so sei es gewesen, ist immerhin etwas Neues. Interessant ist auch, daß die Reichsanwaltschaft über die Feststellungen in Regensburg sagt: „Diese Feststellungen führten in das Haus von Dr. Heim." (Hört! Hört! links.) Der württembergische Vertrauensmann der Organisation C war der Oberleutnant Mahn. Auf ihn wurde die Polizei aufmerksam, als sie Schulz und Tillessen verfolgte. Und wo fand sie Herrn Mahn? Bei Herrn Dr. Heim! (Lebhafte Rufe links: Hört! Hört!) Aber Dr. Heim war natürlich ganz unschuldig an der Geschichte. Nichts hören wir von einer Untersuchung gegen Dr. Heim.

Interessant ist die geschichtliche Uebersicht des Herrn Reichsanwalts über die Entstehung der Organisation Consul. Es heißt in der Anklageschrift:

Kapitän Ehrhardt erhob im Frühjahr 1920 bei den maßgebenden Stellen nachdrücklich Einwendungen gegen die Auflösung der vaterländisch gesinnten und dem Parteigetriebe fernstehenden Truppe.

(Heiterkeit links.)

Das ist die Truppe, die den Kapp-Putsch gemacht hat.

Und das soll man ernst nehmen! In der Anklageschrift wird dann über die Flucht Ehrhardts gesagt: „Ehrhardt wandte sich nach Süddeutschland und von dort über die Grenze nach Oesterreich." (Heiterkeit links.) Ja, wie wird denn das sonst genannt, wenn ein Verfolgter vor der Staatsanwaltschaft flüchtet? Da habe ich solche Ausdrücke noch nie gehört. Welche Empörung in Kommunistenprozessen, wenn der Angeklagte flüchtet. Von der Auflösung der Brigade Ehrhardt wird gesagt — ich zitiere wörtlich:

Im übrigen konnte freilich nicht in Frage kommen, daß die Angehörigen der Marine-Brigade Ehrhardt, die zwischen ihnen bestehenden Beziehungen mit der Auflösung der Brigade völlig aufgeben werden. (Lachen links.) Da sie in festem Gefüge zusammen im Kampf gestanden hatten, mußte sich das Bestreben geltend machen, einen Zusammenhalt für die Zukunft zu gewinnen.

Ja, meine Herren, welche Entrüstung zeigt dieselbe Behörde in Kommunistenprozessen, wenn von der Fortführung der KPD. nach ihrer Auflösung die Rede ist! (Zustimmung links.) Hier aber ist die Sache ganz etwas anderes. Ja, der Reichsanwalt rühmt sogar das Bekenntnis der Leute noch, wo doch die O. C.-Leute ganz dick lügen. (Hört, hört! links.) So sagt er vom Kapitänleutnant Werber — ich zitiere wörtlich: „Er legte die Wahrheit offen dar, aber mit tunlichster Schonung seiner Kameraden." (Lachen links.) Das heißt doch auf deutsch: er hielt mit der Wahrheit zurück. Von anderen heißt es:

„Ihnen fehlte das Verständnis dafür, wie dringend notwendig die vollkommene Aufklärung des wahren Zwecks und der wahren Tätigkeit der Organisation C erscheinen mußte."

Nicht weniger als drei Vereine führt der Reichsanwalt auf als Fortsetzer der OC. Von ihnen wird gesagt: „Keiner der drei Vereine trug irgendeines der Merkmale einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung an sich. Die von ihnen verfolgten Ziele stellten sich als durchaus einwandfrei dar." Mit welcher Sicherheit behauptet aber die gleiche Behörde gegenüber Kommunisten, es sei selbstverständlich, daß die Ersatzorganisationen ebensowenig einwandfreie Ziele verfolgen wie die aufgelöste Kommunistische Partei. Hier sehen Sie doch wie ganz verschieden die einen und die anderen behandelt werden. (Lebhafte Zustimmung links.)

Die Satzungen der Organisation C machen allerdings dem Herrn Reichsanwalt doch noch einige Schwierigkeiten; denn darin wird als Ziel bezeichnet: Bekämpfung der antinationalen Weimarer Verfassung, der Zweck der Sammlung von „entschlossenen" nationalen Männern ist nach den Satzungen, die vollständige Revolutionierung Deutschlands zu verhindern. 2. Bei großen inneren Unruhen deren vollständige Niederwerfung zu erzwingen und durch Einsetzung einer nationalen Regierung die Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich zu machen. 3. Die durch den Versailler Vertrag angestrebte Entmannung und Entwaffnung unmöglich zu machen und ihm seine Wehrmacht und die Bewaffnung so weit wie möglich zu erhalten." Der § 11 sagt: „Verräter verfallen der Feme"; — Satzungen, die ausreichen, um alle hier in Frage kommenden Paragraphen anzuwenden. Trotzdem sagt der Herr Oberreichsanwalt: Das Ziel war eine Verfassungsänderung auf gesetzlichem Wege. (Erregte Zurufe links.) Trotzdem sagt der Herr Reichsanwalt: Geheime Umtriebe fanden nicht statt! § 5 der Statuten verpflichtet jeden zu unbedingtem Gehorsam gegenüber der Leitung der Organisation und über alle Angelegenheiten der Organisation das strengste Stillschweigen zu bewahren. Diese Bestimmung soll sich hauptsächlich auf den Hauptzweck beziehen, ein Regiment für die Abwehr des vierten polnischen Aufstandes aufzustellen, jenes Aufstandes, der niemals stattgefunden hat. Das bedeutet doch geradezu

eine Anerkennung der Gesetzmäßigkeit der Feme!

Einem Studienrat Dr. Blanck wird bescheinigt: „ihm blieb sogar der Name der Organisation C unbekannt". Bei einem Leutnant Kopp, der Führer einer Sturmkompagnie war, findet man ein in Geheimschrift geschriebenes schwer belastendes Dokument. Kopp sagte: „Ich konnte die Geheimschrift nicht. Ich konnte das Schreiben nicht lesen." Das ist nicht erstaunlich. Das sagen Angeklagte öfter. Aber erstaunlich ist, daß der Oberreichsanwalt sagt, er konnte das Schreiben, weil ihm die Unterlagen zur Entzifferung der Geheimschrift fehlten, nicht lesen. (Stürmische Zurufe und Unterbrechungen rechts.) Ja, das beweist, wie man gegen die Rechte vorgeht und wie notwendig es ist, einen Ausgleich zu schaffen. (Stürmische Zurufe rechts: Das ist eine Anklageschrift gegen den Oberreichsanwalt! Das hat gar nichts mit der Sache zu tun!) Der Reichsanwalt untersucht, ob die Organisation Consul bewaffnet war und sagt, die Organisation Consul verfügte niemals über Waffen. Dabei ist auf Seite 28 und 94 mitgeteilt, daß der Gau L. Thüringen der Organisation Consul am Ersten jedes Monats Bestandsmeldungen über vorhandene Waffen forderte.

Es wird geprüft, ob die Verfassung untergraben ist. Der Reichsanwalt fragt, was heißt Untergrabung der Verfassung? Die Antwort lautet: Das ist eine Arbeit, die unterirdisch geleistet wird und den völligen Einsturz der angegriffenen Einrichtung bewirken soll. Wenn man aber fragt, wie er zu einer solchen Begriffsbestimmung kommt, dann zitiert er Adelungs Wörterbuch der deutschen Mundarten, ein Wörterbuch aus dem Jahre 1774. (Große Heiterkeit und lebhafte Zurufe links.) Ich will nur noch ein Wort darüber sagen, wie der Reichsanwalt in der Anklageschrift von dem Kapitänleutnant Andler spricht, der, wie die Anklageschrift sagt, im Jahre 1923 nach dem Ruhreinmarsch der Franzosen den Plan erwogen hat, der Auflehnung gegen diese Gewalttaten Ausdruck zu verleihen. Das genügt für den Reichsanwalt, um sagen zu können: Als Andler von den Franzosen gefangen genommen war, da war in Andler den Franzosen ein echter deutscher Mann in die Hände gefallen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Diese Anklageschrift trägt die Unterschrift Ebermayer. (Andauernde stürmische Unterbrechungen. Erregter Wortwechsel zwischen Sozialdemokraten und Abgeordneten auf der rechten Seite des Hauses.)

Wir hätten gewünscht, daß großzügig ohne Kleinlichkeit, ohne Tendenz allen unter den Folgen strafbarer Handlungen Leidenden Verständnis und Milde entgegengebracht wird. **Die kleinliche und tendenziöse Amnestie, die uns vorliegt, wird man aber weder in Deutschland noch im Ausland verstehen, und wir werden im Ausschuß versuchen, eine wirklich durchgreifende umfassende Amnestie zu machen.** (Lebh. Beifall bei den Soz. — Lachen und Zurufe rechts.)

Abg. Frau **Golke** (Komm.): Der „Retter" Hindenburg hat vor Monaten eine allgemeine Amnestie zugesagt, wir wußten aber von vornherein, was wir von einer Amnestie durch Hindenburg zu erwarten haben. Wir verlangen die Amnestie für alle proletarischen Gefangenen. Der Untersuchungsausschuß hat die Zustände im Moabiter Untersuchungsgefängnis aufgedeckt. Wagt der Reichstag, jetzt ein solches Gesetz in dieser Form zu beschließen, das nur der Rechten nützt? (Rufe rechts: Ist ja nicht wahr!) Wann endlich wird der Reichstag sich zu einer Amnestie für Max Hölz entschließen? (Lärm und Lachen rechts.) Viele Monate lang werden unsere Anhänger bei geringen Vergehen in Untersuchungshaft festgehalten. (Zwischenrufe rechts.) In Deutschland sind faschistische Mörder frei, aber es gibt Gott sei Dank noch ein Land, wo die Organisation Consul nicht ungestraft walten kann. Sie irren sich, wenn Sie glauben, Sie könnten durch dieses Gesetz beruhigend wirken. Nein, dieses Gesetz verschärft die Lage, und wir werden nicht ruhen, bis eine gerechte Amnestie erreicht ist. (Die Rednerin wird dauernd von andauerndem Lärm, Zwischenrufen und Gelächter der Rechten unterbrochen.)

Der Präsident schlägt sodann gemäß einem Beschlusse des Aeltestenrats vor, die Sitzung zu vertagen, um den Fraktionen noch Zeit zu Fraktionssitzungen zu geben. (Widerspruch rechts.) Die Abstimmung ergibt jedoch, daß nur eine kleine Minderheit aus Völkischen und einigen Mitgliedern der Deutschen Volkspartei die Fortsetzung der Sitzung wünschen. Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr: Kleinere Vorlagen.

Jungsozialisten Berlins und der Prov. Brandenburg

Gaukonferenz

Sonnabend, den 25. Juli, abends 1/28 Uhr, in Oranienburg, Jungdeutschlandhaus.

Gen. Dr. Viktor Engehardt spricht über die Aufgaben der Jungsozialisten. — Gäste willkommen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

Bezirksvorstand.

Heute abend 6 Uhr wichtige Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Konferenzzimmer der „Vorwärts"-Redaktion, Lindenstraße 3.

•

28. Abt. Morgen, Sonntag, Familienausflug nach Heiligensee. Treffpunkt 7.15 Uhr Stettiner Vorortbahnhof. Nachzügler treffen die Abteilung im Walde hinter der BCG.-Siedlung.

Jungsozialisten. Gruppe Süden. Heute, Sonnabend, nachm. 3 Uhr, treffen wir uns am Stettiner Vorortbahnhof zur Fahrt nach Oranienburg. — **Spielgemeinschaft.** Alle Mitglieder müssen am Sonntag spätestens 1/210 Uhr auf dem Festplatz sein. Wir brauchen für die Aufführung noch Zeltbahnen.

Sommer-Waldfest der Jungsozialisten morgen, Sonntag, im Walde bei Sachsenhausen (Oranienburg), am Teschendorfer Graben bei Seilers Gasthaus „Waldfrieden" (Terwpfen). U. a. wird Georg Büchners Lustspiel „Leonce und Lena" aufgeführt. Die Teilnehmer treffen sich bis 9 Uhr vorm. oder Nachzügler um 2 Uhr nachm. am Bahnhof Oranienburg. Zur Deckung der Unkosten wird ein Festbeitrag von 30 Pf. erhoben. Karten sind auf dem Festplatz noch zu haben. Bei ungünstigem Wetter wird das Fest im großen Saal der Jugendherberge Oranienburg abgehalten.

Jungsozialisten, Gruppe Charlottenburg. Morgen, Sonntag, Fahrt Birkenwerder—Oranienburg. Treffpunkt 6,30 Uhr Fahrkartenschalter des Stettiner Vorortbahnhofs.

Jugendveranstaltungen.

Werbebezirk Prenzlauer Berg I. Sonnabend, den 25. Juli, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Lyzeums, Greifswalder Straße 25. Werbefest zum Hamburger Jugendtag. **Lichtbildervortrag:** Im Hamburger Hafen, Alt-Hamburg. Rezitationen. Lieder zur Laute. Unkostenbeitrag 40 Pf.

Heute, Sonnabend, den 25. Juli:

Vorsitzendenkonferenz abends 7 1/2 Uhr im Jugendheim Lindenstr. 3. Jede Abteilung muß vertreten sein.

Wilmersdorf. Fahrt. Treffpunkt 8 Uhr. Rathaus.

Morgen, Sonntag, den 26. Juli:

Weißensee. 3 Uhr nachm.: Spielen vor dem Jugendheim Askestr. 157.

Werbebezirk Osten. Beteiligung an der Fahnenweihe in Steglitz. Treffpunkt 1/28 Uhr Petersburger Straße Ecke Frankfurter Allee. — Abt. Stralauer Viertel: 8 Uhr Rudolfplatz.

Schöneberg I. Treffen zur Steglitzer Fahnenweihe 1/29 Uhr Treitschke-Rundell. — Abends 6 Uhr: Heimabend mit buntem Programm.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Der Ziegenzucht-Verein Neukölln hält am Sonntag, den 26. Juli, im Garten der Berliner Kindl-Brauerei, Neukölln, Hermannstraße, seine diesjährige Ziegen- und Lämmerschau ab. Um 11 Uhr findet ein Kursus der staatlichen Ziegenbock-Körkommissionen der Bezirke Potsdam und Groß-Berlin statt.

Der Schachklub Steinitz hält am Donnerstag, 30. Juli, abends 8 Uhr, im Klublokal, Café Specht, Gr. Frankfurter Str. 66, ein Simultanspiel des Schachmeisters Herrn Bernhard Kagan ab.

Der Arbeiter-Radioklub e. V., Bezirk Lichtenberg, veranstaltet am 8. August 1925 eine Propaganda-Mondscheinfahrt, verbunden mit Radiovorführungen durch Lautsprecher, noch Rauchfangsperber. Teilnehmerkarten sind zum Preise von 2 M. zu haben in der Reichsgeschäftsstelle Petersburger Str. 30 und in den Bezirken.

Arbeitersport.

Die Arbeiterolympiade.

Der Auftakt.

Die ehemalige freie Reichsstadt Frankfurt a. M. hat in diesen Tagen viele Tausende Arbeitersportgenossen in ihren Mauern, wo sie sich zur Ersten internationalen Arbeiter-Olympiade einfinden. Zum ersten Male geben sich die sportliebenden Arbeiter aus allen Ländern ein Stelldichein, um in friedlichem Wettbewerb zu konkurrieren.

Ein gigantisches Werk baut sich vor unseren Augen auf, das aus stiller Organisationstätigkeit emporwuchs, dem nicht nur sportliche, sondern auch geistig-kulturelle Bedeutung zukommt. Der Gedanke des Völkerfriedens wird neu belebt. Durch Sprache und Rasse von einander getrennte Völker sollen durch ein derartiges Werk aufs engste aneinander geschweißt werden, um die Bahn zur Völkerverständigung weiter zu ebnen. Die Olympiade wird keine Nationen kennen, sie wird vielmehr Brüder und Schwestern unter der Fahne des Sozialismus vereinigen. Die Veranstaltung wird zugleich ein beredter Zeuge sein für das ernste Strebe der Arbeiter, das Volk körperlich und geistig zu stählen und innerlich und äußerlich freie Menschen zu schaffen, die nicht gewillt sind, ihr Leben ausschließlich unter das Joch des Kapitalismus zu verbringen. — Die Stadt zeigt bereits überall Flaggen- und Girlandenschmuck, um die Arbeitersportler und -sportlerinnen zu begrüßen. Schwimmer, Radler, Athleten, Boxer, Schützen, Hockey, Kricket- und Tennisspieler, Fußballer, Ruderer und auch Schachspieler finden sich zum Wettkampf zusammen; es gibt kein Sportgebiet, das nicht vertreten sein wird. Auch die Naturfreunde und Esperantisten werden sich zu dem Fest zahlreich einfinden. Ueber 30 Sonderzüge führen der Stadt die auswärtigen Gäste zu. Die ersten trafen bereits am Sonntag ein, sie brachten Volksgenossen aus der Tschechoslowakei.

Die Luzerner Sportinternationale ist der Träger der Ersten internationalen Arbeiter-Olympiade. Das Ausland ist offiziell durch Finnland, Lettland, die Tschechoslowakei, Oesterreich, Frankreich, Belgien und England stark, Italien, Südslawien, Polen, Portugal zahlenmäßig geringer vertreten. Rußland wird infolge der durch die Sowjets geschaffenen eigenen Sportinternationale, die gegen die Luzerner Richtung ankämpft, offiziell nicht vertreten sein. Die Teilnehmer an der Olympiade werden außer in Privatquartieren in zehn Massenquartieren untergebracht. Das Festbuch verzeichnet daneben nicht weniger als 28 Stammquartiere. Das von herrlichem Waldgelände umgebene Stadion bietet für etwa 130 000 Zuschauer Platz. Zur Austragung aller Wettkämpfe reicht die Stadionfläche aber nicht aus, und so wird sich auf allen Sportplätzen der Stadt und der engeren Umgebung ein großes sportliches Leben und Treiben entwickeln. Auf 23 Fußballplätzen werden 40 deutsche Arbeiterfußballmannschaften ihr Spielglück versuchen. Mit der Olympiade verbunden ist eine am Donnerstag abend eröffnete Ausstellung für Sport- und Körperkultur. Während der Olympiade werden zu wissenschaftlichen und statistischen Zwecken an den Sportlern Körpermessungen vorgenommen. Die „Frankfurter Volksstimme", unser Parteiblatt, bringt einen deutsch-französisch-englisch abgefaßten Begrüßungsartikel. Von allen Seiten strömen trotz des schlechten Wetters massenhaft Gäste nach Frankfurt. Am Freitag begannen die Kampfspiele mit dem Einmarsch von 60 000 Arbeitersportlern.

Fußball.

Am Sonntag findet um 5 Uhr auf dem Sportplatz in Wilmersdorf, Kühringer Straße, das Bezirksspiel des Südwesten gegen Luckenwalde statt. — Das Nord- gegen Ost-Spiel fällt der großen Hitze wegen aus. Im Norden findet ein anderes interessantes Spiel statt: Vorwärts-Polen (N.-O.) 1 gegen Freie Turnerschaft Charlottenburg 1. Die Vorwärts-Mannschaft gilt in ihrer Heimat mit zu den Spielstärksten. Das Spiel findet auf dem Minerva-Sportplatz in Plötzensee, Olympia-Radrennbahn, statt. Beginn des Spiels 5 Uhr. Vorher Schülerspiel.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Pankow. Am Sonntag, den 2. August, Familienpartie nach Tegel. Dampferfahrt usw. Abmarsch 1/27 Uhr pünktlich vom Vereinslokal Borstel, Mühlenstraße. Freitag, den 7. August, Generalversammlung, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal. — **Sportler.** Alle Sportler treffen sich zum Training auf dem Ballplatz, Nordend, um 7 Uhr abends. — **Hocken.** Spieler, welche unsere Mannschaft vervollständigen wollen, finden sich Mittwoch, 7 Uhr, auf dem Andreas-Hofer-Platz, Pankow, ein.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Freitag, den 24. Juli.

1. Rennen. 1. Charl. Mathilde (F. Bahr), 2. Good Boy (H. Grube), 3. Quera (Jauß). Tot.: 127:10. Pl.: 29, 23, 30:10. Ferner liefen: Gladiator I, Schwarzwaldmädel, Mocuna, Charley Worthy, Kronprinz I, Coriolanus, Eilade, Varilla, Celata, Heidesee.

2. Rennen. 1. Erasmus (Großmann), 2. Herostrat (L. Weiß), 3. Niederländer (Heckerl). Tot.: 17:10. Pl.: 11, 11, 13:10. Ferner liefen: Die Letzte, Max Kuser, Weinbrand, Erbprinz jr., Eitelfried, Lebemann.

3. Rennen. 1. Heidemann (R. Mills), 2. Cuba (L. Weiß), 3. Paula Bingen (Jauß jr.). Tot.: 27:10. Pl.: 13, 14:10. Ferner liefen: Lump, Wainsca.

4. Rennen. 1. True Fox (Jauß jr.), 2. Michelangelo (Th. Mills), 3. Blaumeise (G. Lautenberger). Tot.: 41:10. Pl.: 21, 15, 61:10. Ferner liefen: Kluck, Altgold, Lockung, Johanniskäfer, Koranna, Native Forbes.

5. Rennen. 1. Frankenstein (Th. Mills), 2. Progreß (F. Schulz), 3. Addie (Jauß jr.). Tot.: 22:10. Pl.: 14, 18:10. Ferner liefen: Prinz Abdell, Carleta (ausgebr.), Lord Ellerslie (ausgebr.).

6. Rennen. 1. Dr. Lew jr. (E. Treuherz), 2. Baron Ruxhaga (L. Weiß), 3. Hofmeisterin B. (Knöpner jr.). Tot.: 35:10. Pl.: 21, 20, 16:10. Ferner liefen: Kartenspieler, Allmark, Dina Watts (ausgebr.), Heidefrau.

7. Rennen. 1. Armida I (W. Rösler), 2. Handfest (A. Rückert), 3. Katzbach (Kleinau). Tot.: 83:10. Pl.: 26, 25, 39:10. Ferner liefen: Zeitgeist, Tafna, Heiderose B, Mädel, Heideprinz, Cadiar Axworthy, Verdun, Erst. Wallersomer, Billy I, Prinzessin Etawah, Matador I, Höhensonne, Odessa, Baron Axworthy, Fenelon (als erster disqualifiziert, 60 Proz. Sieg- und Platzwetten zurück).

8. Rennen. 1. Dichtung (G. Lautenberger), 2. Lindenwirtin (Jauß jr.), 3. Kapitain Halle (E. Ringius). Tot.: 29:10. Pl.: 13, 13, 27:10. Ferner liefen: Divisionär, Etatshöferin, Dante, The Kitty.

9. Rennen. 1. Pechfackel (Knöpnadel jr.), 2. Della (Großmann), 3. Sybill (F. Schulz). Tot.: 73:10. Pl.: 19, 25, 19:10. Ferner liefen: Francisco, Alpenfex, Ebenit, Clematis Mau.

Nächstes Abendrennen in Treptow. Am Donnerstag, den 30. Juli, abends 8 Uhr, findet das nächste Abendrennen der Treptower Bahn statt. Im Mittelpunkt des Interesses steht das klassische Rennen „Die Hundert", ein Dauerrennen hinter Motorführung über 100 km in zwei Läufen. Weiter enthält die Ausschreibung ein Tandemfahren über fünf Runden und ein Punktefahren über 20 Runden mit Wertungen in jeder dritten Runde für Berufsflieger, sowie ein Rennen um die Armbinde für die ehemaligen Schüler der Rütt-Schule. Getreu ihrer Tradition wird die Rennbahn Treptow auch diesmal eine erstklassige Besetzung wie bei allen bisherigen Abendrennen zustande bringen. Der Meldeschluß für die Rennen ist Sonnabend abend.

Briefkasten der Redaktion.

A. S. 105. Die Bestimmung kommt nur für Lohnempfänger in Betracht. — **M. Rudow.** Krankengeld ist nicht pfändbar. — **F. G. 100.** 1. Bis zum 18. Jahr. Die Verschiedenheit erklärt sich daraus, daß es Voll- und Teilrenten gibt. 2. Das richtet sich nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes. — **K. G. 11.** 1. Nein. 2. Die Frage kann nur an Hand der Vereinssatzungen beantwortet werden. — **B. M. 74.** 1. Der Vertrag ist nur dann rechtsgültig, wenn Sie ihn genehmigt haben. Sie haften nicht. 2. Die Klageforderung können Sie selbstverständlich erhöhen.

Sonnabend
25. Juli 1925

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Ein Ueberbleibsel.

5] **Von Martin Andersen Nexö (Konstanz).**

(Schluß.)

„Das sind gewiß die Bewohner von Rönne, die eine Vergnügungsfahrt nach Hammerhus machen," sagte Lars. „Was wird da heute gerunten! Aber es soll noch schlimmer sein, wenn die Deutschen auf einem Ausflug dort sind."

Jakob wollte eine zurechtweisende Antwort geben, beherrschte sich aber — er fühlte das Verlangen, den letzten Rest des Vorwurfs, ein Freidenker zu sein, abzuschütteln.

„Ja, die meisten Menschen wenden ihren Sonntag schlecht an," sagte er. „Und das ist eine Schande; denn der Sonntag hat trotz allem etwas, das die anderen Tage nicht haben."

In diesem Augenblick kam ihnen die Flagge des Schießstandes zu Gesicht; sie hörten den bekannten, regelmäßigen Knall, und so beschleunigten sie ihre Schritte.

Am Schießstand wurden sie mit Ungeduld erwartet. Es war der letzte Tag des Wettschießens, wer den Bezirk bei dem großen Schützenfest in Kopenhagen vertreten solle, und der Endkampf würde zwischen den beiden stattfinden.

„Da kommen ja die Zwillinge!" rief jemand. So wurden sie genannt, teils nach den beiden Höfen, teils, weil sie immer beisammen steckten. Die ganze Aufmerksamkeit richtete sich jetzt auf die beiden. Lars schoß zuerst, und er schoß ruhig und besonnen wie immer seine zehn Schuß hintereinander. Alle Zuschauer waren darüber einig, daß er außergewöhnlich gut geschossen habe.

Als er fertig war, begann er mit Karl Bohn, einem Hofbauernsohn vom Innern der Insel, Zielübungen. Sie zielten gegenseitig auf das rechte Auge; dabei konnte der, der gerade als Scheibe diente, feststellen, ob der Flintenlauf während des Abdrückens vollständig ruhig gehalten wurde.

Jakob machte alle möglichen Umstände. Er lief hin und her, ehe er sich entschloß, mit dem Schießen anzufangen, zielte und ließ die Flinte wieder sinken. Endlich nahm er sich zusammen und schoß drei Punkte in einem Zug; um ihn her wurden bewundernde Ausrufe laut.

„Paßt auf! Jetzt kommt ein Fehlschuß!" antwortete er auf ihren Beifall und setzte die vierte Kugel an den äußeren Rand der Scheibe. Der nächste Schuß war ein Sechser. Alle waren sich darüber einig, daß er jetzt absichtlich schlecht schieße.

„Du willst wohl Lars die Reise machen lassen," flüsterte ihm der Bezirksführer anerkennend zu.

„Die Leute auf den Zwillingshöfen sind nicht immer so gute Freunde gewesen," sagte einer, der daneben stand.

Jakob lächelte gutmütig, zielte sorgfältig und — schoß einen Sechser.

„Jetzt hast du gewonnen, Lars!" riefen die anderen. Bei dem frohen Klang ihrer Stimmen fuhr Jakob zusammen.

„Wer sagt das?" fragte er mit einem eigentümlichen Lächeln. Ich habe noch vier Schuß — vier Punkte. Gib mir Deine Flinte, Lars, mit ihr läßt sich's besser zielen als mit meiner."

Sie wechselten die Gewehre, Lars gab Jakob ein paar Winke, auf welchen Punkt der Scheibe er den Lauf richten solle; dann kehrte er zu seinen Zielübungen zurück. Die anderen warfen sich ringsum ins Heidekraut, um die Signale des Scheibenzeigers in aller Ruhe zu beobachten; Jakob war ihnen ein wenig zu langsam.

Plötzlich fielen gleichzeitig zwei Schüsse, ein kurzes abgerissenes Stöhnen folgte, und Karl Bohn sank in sich zusammen.

Im selben Augenblick sah Lars den Kameraden umsinken und den Scheibenzeiger einen Treffer am Schießstand melden. Er sah den roten Schimmer in dem Auge des Freundes, und es durchschauerte ihn; aber er begriff noch nicht, was geschehen war, und über sein Gesicht glitt ein mißbilligendes Lächeln — ein Vorwurf wegen des dummen Spaßes. Dann aber fiel ihm die Büchse aus der Hand; mit schweren Schritten ging er vorwärts, packte Karl unter den Armen und richtete ihn auf, während er ihm flehend in das blutüberströmte Gesicht schaute. Und er hielt ihn noch in den Armen, sah ihm noch immer ins Gesicht und bewegte die Lippen, ohne einen Ton hervorzubringen, während die anderen einen Kreis um die beiden bildeten.

Jakob war in den Kreis hineingesprungen. Er stand da vornübergeneigt, mit hängenden Armen und hängendem Unterkiefer — wie ein Wahnsinniger, der mit Grausen geschlagen ist — und gaffte den Toten an in rücksichtsloser Benommenheit. So verharrte er, bis ein letzter krampfartiger Ruck wie ein Nachhall des Lebens durch die Leiche ging; dann brach er in ein lautes Gelächter aus, sprang aus dem Kreis heraus und stürmte auf die Felsen hinauf, warf sich da nieder und bohrte das Gesicht in das Gestein, als sei dies ein Kissen, in dem er sein Gelächter ersticken wollte. Sprang dann wieder mit einem verzerrten, ganz vergrämten Gesichtsausdruck in die Höhe, benahm sich wie ein vom Teufel Besessener und verschwand schließlich zwischen den Felsen dem Meere zu.

Man machte für den Toten eine Bahre zurecht und trug ihn in den nächsten Bauernhof. Von dort wurde ein Wagen nach dem Doktor und der Behörde geschickt.

Bei den Verhören wurde festgestellt, daß die Flinte geladen gewesen sein muß, als Lars sie von Jakob erhielt. Aber niemand verstand das, denn Jakob hatte soeben damit geschossen, und man hatte ihn nicht aufs neue laden sehen; es war allen eine selbstverständliche Sache gewesen, die Flinte sei nicht geladen. Dies war ein mildernder Umstand für Lars, und er kam mit der niedrigsten Strafe für Totschlag und Unachtsamkeit davon.

Jakob wurde erst nach mehreren Tagen gefunden, und in einem geradezu jämmerlichen Zustand; sein Benehmen erinnerte in vielem an das seines Großvaters bei dessen Hochzeit. Auch er begriff nicht, wie das Gewehr hatte geladen sein können, als er es Lars gab. Im übrigen erinnerte er sich an nichts mehr und sagte willig zu allem ja, was man ihm in den Mund legte. Wenn er nur statt Lars die Strafe absitzen dürfe, könne man mit ihm machen, was man wolle — alles andere sei ihm gleichgültig. Er war, wie seine Großmutter gesagt hatte, ein Herzmensch, ein Mensch von weit stärkeren Gefühlsausbrüchen, als man gewohnt war; und er war ganz außer sich an dem Tage, wo Lars ins Gefängnis abgeführt wurde, um seine Strafe abzubüßen.

Lars saß nicht lange eingesperrt, aber doch lange genug, so daß der unheimliche Vorfall ihn ganz durchsickern und sich hemmend über alle seine Lebensäußerungen legen konnte. Als er aus dem Gefängnis wieder entlassen wurde, war er stumm und schwermütig und hatte eine entschiedene Abneigung dagegen, zu arbeiten, zu reden oder sonst etwas zu tun. Auf seinem Gesicht lag von da an immer ein Ausdruck, als kämpfe er mit den Tränen, die jeden Augenblick hervorzubrechen drohten. Aber man sah ihn nie mehr lächeln oder weinen.

Jakobs Freundschaft zu Lars entwickelte sich zu einer unbegrenzten Hingabe. Er litt unter dem schweren Kummer des anderen und war um ihn, soviel er konnte, scherzte mit ihm oder sprach ihm beruhigend zu, ohne sich durch das düstere Schweigen des anderen entmutigen zu lassen. Oder er saß tagelang stumm neben ihm.

Auch Lars konnte Jakobs Gesellschaft nicht entbehren. Er folgte jeder Bewegung des Freundes mit den Augen und war unruhig, wenn er ihn nicht bei sich hatte. Als er voriges Jahr den väterlichen Hof übernehmen sollte, machte er sein Erbteil zu Geld und zog zu dem Freunde hinüber. Durch die Summe, die er für den Hof zu erzielen wußte, überzeugte er die Leute davon, daß er völlig bei Sinnen war; aber er verscherzte sich ihre gute Meinung rasch wieder, da er das Geld in Jakobs Hof steckte.

Jetzt lebt er bei Jakob und macht sich da zu schaffen, soviel er will. Sie stecken immer beisammen, und die Leute nennen sie nach wie vor die Zwillinge. Wenn Lars sich unbeobachtet glaubt, kann er da sitzen und Jakob mit einem so unverwandt forschenden Ausdruck betrachten, als quäle ihn andauernd dieselbe Ungewißheit, aus der er sich herausgrübeln müsse. Aber die Lösung erlangt er nie, denn der einzige, der sie ihm geben sollte, kennt sie selbst nicht.

Der Fallgraf.

Am 9. Juli stößt Westarp in den Rücken des Kabinetts.

Am 22. Juli fordert er eine starke und breite Rückendeckung.

Der „Affenmensch" von Barma.

Von R. Francé.

Wenn der „vornehme Reisende" zum erstenmal nach Mentone kommt, um dort den Winter zu verbringen, und seinen Gastgeber nach der für einen Kurgast passendsten Zeiteinteilung fragt, so sagt dieser in neun Fällen von zehn mit der Großzügigkeit, die dem Riviera-Eingeborenen eigen ist: „Oh, da ist es am schönsten, Sie nehmen unser Hotelauto und fahren vormittags nach Garavan. Den Abend verbringt man am besten in Monte Carlo, wenn Sie nicht unseren Cercle bevorzugen. . . . ."

In unserem Cercle wird nämlich auch gespielt.

Aber wir simplen Reisenden nehmen nicht das sündteure Auto, sondern die Tram, die von Ventimille bis Nizza, die ganze Azurküste entlang, die bequemste Verbindung schafft, aber wir fahren doch auch nach Garavan. Denn der Ort verdient wirklich jedes Lob. Himmel und Wasser, malerische Felsenberge, geschmackvolle Villen und eine Vegetation, wie sie entzückender selbst in den Tropen nicht gefunden wird, vereinigen sich zu einem Gesamtbild, das in jeder Minute aufs neue schmeichelnd zu den Sinnen spricht: Verweile doch, hier ist es schön.

Der Rivieragast, „wie er sein soll", fährt den Strand entlang bis zu einer Gruppe von weitem auffälliger roter Felsen, die jäh ins Meer stürzen, was auf provenzalisch „Baousso rousse" heißt, ein Ausdruck, den man unter Zuhilfnahme sämtlicher französischer Jugendkenntnisse kaum in „Rochers rouges" (Rote Felsen) übersetzen kann. Bis man mit dieser Arbeit fertig ist, steht man auch schon vor dem Endpunkt des Ausfluges, einem sehr modernen Gebäude mit der Aufschrift: „Cercle privé des rochers rouges." Dort nimmt „man" das Dejeuner, sieht vom Meeresufer aus den Fliegern zu, die gewöhnlich von Nizza und Monaco herüberkommen, hört zum hundertsten Male das „Sole mio" der Zigeuner und fährt dann wieder zurück.

Man war dann bei den roten Felsen von Mentone — ohne eine Ahnung von ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung zu haben. Es sind schon die gewissenhafteren Reisenden, die den Kellner fragen, was das urweltlich aussehende Steingebäude mit der rätselhaften Inschrift: „Museum palaeolithicum" eigentlich berge. Und ab und zu läßt sich jemand, der die Zeit bis zum „Dejeuner" passend hinbringen will, verleiten, auch einzutreten. Gewöhnlich wird er sehr enttäuscht sein, denn in dem einzigen Raum des winzigen Museums liegen nur Bücher, zerbrochene Topfscherben, Feuersteinsplitter und sehr häßlich, faul und vermorscht anzusehende Knochen und Muskeln. Der kleine Kellnerjunge, der den Frank Eintrittsgeld entgegengenommen hat, gibt dazu sachgemäße Erklärungen von etwa folgendem, selbsterlauschtem Inhalt.

Der Besucher, der sich vergeblich zu orientieren trachtet, bleibt vor einem Relief stehen, das einen schönen alten Herrn mit dem Gesicht eines Phylanthropen darstellt. „Wer ist das?" fragt er.

„Das ist Sir Hanbury — er wurde verbrannt."

Entsetzt fragt der Besucher: „Ah, er verunglückte wohl?"

„Nein, sein Sohn ließ ihn verbrennen. . . . . ."

Da man bezahlt hat, gehen die meisten, die einmal so viel erfahren haben, auch in die Höhle, die zu dem Museumeintritt dazugehört, treten durch das Tor einer Mauer und stehen dann plötzlich vor einer unerwartet großen Grotte, wie sie an diesen Küsten zu Dutzenden vom Meer in die Kalkfelsen gewühlt wurden. In einem Vorhof liegen dort wieder alte Knochen, Haufen von durch ein Sieb geworfener Erde; eine Steintreppe führt einige Meter höher hinein in die Grotte, und dort liegen unter einem Glasdeckel zwei Skelette. Man braucht nicht gerade Arzt zu sein, um zu erkennen, daß sie zu den Leichen einer Frau und eines Jünglings gehören, die so recht innig verbunden, der Sohn noch im Tode wie, nach Schutz suchend bei seiner Mutter, Seite an Seite liegen. Man hat sie an dieser Stelle, aus dem die Höhle erfüllenden Lehm ausgegraben und dankenswerter Weise am Ort belassen. Eine hölzerne Treppe führt von hier wieder zwei Meter höher zu einer zweiten Vitrine, die ebenfalls ein Skelett enthält. Dieses gehört zu der Leiche eines hochgewachsenen Mannes, der seitlich daliegt, die eine Hand auf der Brust, die andere halb ausgestreckt, die Beine etwas angezogen. Auffällig ist der Riesenwuchs. Man schätzt den Mann sofort auf etwa 2 Meter Höhe, und wenn man den eigentümlich ockerrot gefärbten Schädel näher betrachtet, erkennt man, daß er sehr edel geformt ist. Er gehörte einem schon alten Manne, denn das Gebiß ist abgenutzt und lückenhaft. Aber es war wohl ein Weiser seiner Zeit, denn die tiefliegenden Augen deuten auf eine Denkerstirne, und das gesamte Profil ist fast griechisch zu nennen. Dieser Kopf saß auf einem mächtigen Körper; das liest man den kolossalen Schädelknochen ab; er gehörte aber auch zu einem Menschen feinerer Rasse. Dies bezeugen die langen Finger und die schmale, feine Hand. Der Cicerone sagt würdig, kurz und einfach dazu: „C'est un singe homme".

Und das Publikum kehrt mit dem etwas verwirrenden Gefühl um, einen leibhaftigen Affenmenschen gesehen zu haben.

In Wirklichkeit ist die „Barma grande", wie man die Höhle nennt, ebenso wie die übrigen Grotten von Mentone eine Stätte von höchster erdgeschichtlicher Bedeutung, und man hat hier, wenn auch keinen „Affenmenschen", so doch nicht weniger vor sich als ausgezeichnet erhaltene Ausgrabungen der ältesten Vorfahren des Kultureuropäers von heute, einen jener berühmten Funde, deren Kunde und Diskussion seit zwanzig Jahren die wissenschaftliche Welt erfüllt.

Es sind Menschen der Eiszeit und der Zwischeneiszeit, die in diesen Grotten hausten, zur Zeit, als es der Mensch noch nicht verstand, sich Häuser zu errichten, als er noch keine anderen Werkzeuge kannte, als aufgelesene und zurechtgeschlagene Feuersteinsplitter, mit denen er das Fleisch von den Knochen der von ihm erlegten Tiere herunterschabte. Diese drei Skelette sind so alt, daß wir ihre Herkunft gar nicht mehr durch Jahre bezeichnen können, und man mag darüber streiten, ob jene Menschen bloß 50 000 Jahre oder schon 100 000 oder gar, wie manche Forscher meinen, eine Million Jahre vor uns lebten. Wir pflegen ihre Herkunft daher auch nur nach der sie begleitenden Tierwelt und der Art ihrer steinernen Werkzeuge zu benennen. Und da mag es jedem sofort ein plastisches Bild von der wahren Bedeutung einer solchen vorgeschichtlichen Knochenstätte geben, wenn er erfährt, daß die Menschen, die in den Höhlen von Mentone gelebt haben, dort zuerst auf Nashörne und Elefanten, auf Nilpferde und Büffel, später aber auf Höhlenbären und Renntiere gejagt haben. Alle diese Knochen findet man, zusammen mit den menschlichen Resten, teils zerschlagen und angenagt auf den Aschenherden, welche die Bewohner der Höhle errichteten, und zusammen mit den Knochen der einstigen Insassen, die hier dahinlebten, sicherlich ohne Hoffnung und ohne Ahnung, was aus dem Menschengeschlecht einst noch werden mag. Die Wolken zogen damals so wie heute; wenn der Steinzeitmensch von Mentone vor seiner Höhle saß, umschmeichelte auch ihn die laue Luft wie uns; auf ihn blickte der blaue Himmel und seine lächelnde Unergründlichkeit ebenso geheimnisvoll wie auf uns späte Nachkommen, und das Meer, dessen Brandung wie feierlicher Orgelklang in diesen Totentempel der Vergangenheit heraufrauscht, sang auch ihm schon sein unbegreifliches Lied vom Werden und Vergehen der Erde. . . . .

Was eine zerbrochene Fensterscheibe verrät. Mordtaten und Ueberfälle werden nicht selten durch einen Schuß begangen, der durch eine Fensterscheibe geht. Die zerbrochene oder durchlöcherte Scheibe ist für die Arbeit des Detektivs von größter Wichtigkeit, denn sie vermag ihm allerlei Geheimnisse zu verkünden, von denen der Laie nichts ahnt. Bevor der Kriminalbeamte seine Untersuchung beginnt, sammelt er sorgsam alle Glasstücke, stellt die Scheibe wieder her und verklebt das Loch mit starkem Papier. Auf Spuren von Rauch oder auf Fingerabdrücke wird genau geachtet. Der Detektiv weiß, daß, je größer die Schnelligkeit der Kugel, desto schärfer umrissen das Loch ist. Ein Schuß aus einer schlechten Waffe oder einer, der ganz aus der Nähe abgefeuert wird, zerbricht das Glas, wie, wenn ein Stein hineingeworfen würde. Aber eine rasch fliegende Kugel schlägt einfach ein Loch, ohne große Splitter und Sprünge hervorzurufen. Eine Kugel von mittlerer Geschwindigkeit schlägt Stücke aus dem Glas heraus und hinterläßt sternförmige Sprünge. Der Detektiv kann auch feststellen, aus welcher Richtung der Schuß kam, und zwar aus den Vertiefungen, die die Kugel im Glase hinterläßt. Diese kleinen Schrammen werden herausgeschlagen, wenn die Kugel aus dem Glas heraustritt, sie befinden sich auf der Seite, die von der Stelle am weitesten entfernt ist, an der der Mann mit der Feuerwaffe stand. Der Winkel, unter dem der Schuß abgegeben worden ist, kann durch ein Studium der Schrammen und Sprünge festgestellt werden, die rund um die Oeffnung liegen. Ein Schuß, der im rechten Winkel abgefeuert ist, läßt gleichmäßig verteilte Sprünge im Glas zurück. Eine Kugel, die von rechts abgefeuert wurde, wird mehr Sprünge auf der linken Seite hervorrufen und umgekehrt.

Wie alt werden unsere Haustiere? Selbst gute Tierkenner haben häufig vollkommen unzutreffende Vorstellungen über die Lebensdauer der wichtigsten Haustiere. Am langlebigsten unter ihnen ist das Pferd, das es meist auf 27 Jahre bringt. Bei sehr guter Pflege unter besonders guten Umständen kommt es jedoch mitunter vor, daß dieses Alter um drei bis fünf Jahre überschritten wird. Die Kuh kommt dem Pferd am nächsten, erreicht aber im Höchstfall ein Alter von 25 Jahren. Das Schaf wird dagegen nur 12 Jahre, also noch nicht einmal halb so alt. Der Hund wird selten älter als 15 Jahre, sein durchschnittliches Lebensalter liegt sogar noch wesentlich tiefer, nämlich zwischen dem zwölften und dreizehnten Jahr. Die alte Regel, der zufolge ein Hundejahr sechs bis sieben Menschenjahren entsprechen soll, beruht daher auf einer durchaus richtigen Beobachtung.

Die vorgeschichtliche Darstellung eines Dinosauriers. In dem Hava Supai Cannon in der Nähe des Colorado wurde kürzlich die bildliche Darstellung eines Dinosauriers entdeckt, von der man annimmt, daß sie von einem vorgeschichtlichen Künstler stammt. Das einzigartige Zeugnis befindet sich jetzt im Oakland-Museum in Kalifornien. Es ist ein Stück roter Sandstein von der Felsenwand dieses Tals, die in einem unbekannten geologischen Zeitalter mit einer dünnen Eisenoxydschicht überzogen war. Der prähistorische Künstler hat nun mit einem spitzen Feuerstein das Bild eines Dinosauriers eingekratzt, indem er die Eisenoxydschicht entfernte, so daß an den betreffenden Stellen der rote Sandstein hervortrat. In der „Umschau" wird darauf hingewiesen, daß, wenn es sich hier wirklich um das Bild eines Dinosauriers handelt, damit die bisherige Annahme widerlegt wäre, nach der bei dem Erscheinen des Menschen auf der Erde die Dinosaurier längst ausgestorben waren.

Das Gutachten

der Spitzenverbände des Weinbaus, Weinhandels u. verwandter Berufszweige

über die Hausweinbereitung mit Vierka-Weinhefen:

Obige Spitzenverbände haben bei der Reichsregierung den Antrag eingebracht, die Vierkahefen znr Hausweinbereitung zu verbieten oder mit einer hohen Steuer zu belegen, da sie ihnen eine unerträgliche Konkurrenz bereiten.

In dem Antrag wird ausdrücklich betont, daß er gestellt würde, nachdem leider alle bisherigen Schritte und Strafanzeigen zu keinem Resultat führten, da das Weingesetz keine Handhabe biete, den Verkauf der Vierkahefen als strafbar zu untersagen.

Seit Jahren geht das Bestreben interessierter Kreise dahin, die Hausweinbereitung mit Vierka-Weinhefen unmöglich zu machen. Zuerst stellte man bei der Reichsregierung, dann bei den Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften Strafanträge. Diese wurden als unbegründet zurückgewiesen.

Dann schrieben sich berufen Fühlende sogenannte wissenschaftliche Artikel, die ja leider noch immer aus Unkenntnis von vielen Zeitungen unbezahlt aufgenommen werden. Auch einige Anonymi schrieben Artikel in Verbands-Zeitungen, die ja weniger etwas mit Wissenschaft zu tun hatten, als sich in Drohungen und Schimpfereien ergingen. In einem Artikel der Weinzeitung wurden mir aber auch Gesetzesparagraphen vorgehalten, laut welchen ich zum Mindesten reif fürs Gefängnis war.

Und alles dies verlief ergebnislos, wie obige Spitzenverbände selbst zugeben müssen, wenn sie dieses auch mit dem Wörtchen „leider" bedauern. Nun aber bekennen sie endlich Farbe:

Die Vierkahefen sind so gut, daß sie sogar dem echten Traubenwein eine unerträgliche Konkurrenz bereiten.

Jedermann wird aus diesem Satz erkennen, daß sich die Herren „leider" recht blosstellten: Man will gegen Recht und Gewissen etwas verbieten lassen, zu dessen Herstellung ich laut Weingesetz und durch meine Patente ein unumstößliches Recht habe. Man will es verbieten, um Vorteile zu haben, ohne Rücksicht auf meine Rechte, ohne Rücksicht auf die vielen Deutschen, welche in den Vierkaweinen oder Weinlingen Labsal und Erholung sehen, ohne Rücksicht auf viele Berufszweige, welche sich durch Lieferung von Utensilien zu der durch mich geschaffenen Vierka-Hausweinbereitung ernähren.

Weinbau und Weinhandel ist durch das für sie geschaffene Weingesetz geschützt und bevorzugt wie kein anderer Stand durch irgendein Gesetz. Das Reich mußte auf deren Antrag vor einigen Jahren das bekannte Maltonwein-Patent aufkaufen, um so die Maltonweinbereitung zum Schutze des Weinbaus und Weinhandels auszuschalten. Und nun soll sogar die Hausweinbereitung mit Vierka-Hefen ausgeschaltet werden auf Kosten und zum Nachteil des Bürgers und vieler Erwerbszweige.

Wenn Sie diesen Antrag aber in seiner ganzen Glorie richtig beurteilen wollen, wenn es nicht wahr werden soll, was mir vor einigen Tagen ein Weinhändler schrieb: „Sie werden diesem Ansturm doch auf die Dauer nicht Stand halten können", dann beschaffen Sie sich „Das neue Weinbuch" (deutsch 25 Pfg., englisch 50 Pfg. spanisch 50 Pfg., tschechisch, polnisch, schwedisch usw. in der Währung der betr. Länder, durch meine Lizenznehmer). Es ist lehrreich für jedermann und beweist dem Unparteiischen die Notwendigkeit der Hausweinbereitung mit Vierka-Weinhefen.

Friedrich Sauer, Gotha.